

# Vormärz

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 M. monatlich, 1,10 M. wöchentlich, 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1,10 M. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich: 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nebeneinander: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Beiträge und Besprechungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengesuche und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 24. Februar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Das österreichische Exempel.<sup>1)</sup>

II.

Den unmittelbaren Impuls erhielt der österreichische Wahlrechtskampf, der freilich seit dem Jahre 1893 niemals geruht hatte, durch die Vorgänge in Ungarn, insbesondere durch den Widerspruch, den der österreichische Ministerpräsident Gautschi der Wahlreform der ungarischen Regierung entgegengekehrt hatte. Die Regierung Fejervary-Kristofy hatte erkannt, daß die immer anmaßlicher werdende Feudaloligarchie, diese Ueberhebung der preussischen Junkertaste ins Magyarische, ihre Stärke vornehmlich aus dem Privilegienwahlrecht empfanke, das eine schmale Schicht der Bevölkerung zu Herren des Landes macht, und aus der Erwägung aller Staats- und Volksdrängungen kam sie zu der Ueberzeugung, daß Ungarn nur dann auf den Weg friedlicher und sozialer Entwicklung gelangen könne, wenn das gesamte Volk zur Entscheidung berufen werde. Diesem in einem Kronrate entwickelten Plane widerstand sich nun Gautschi, indem er das Argument ins Feld führte, daß dann die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts auch in Oesterreich unvermeidlich werde. Dieses unüberlegte Veto, das auf die Leugnung der Forderungen der österreichischen Völker hinauslief, löste bei der österreichischen Sozialdemokratie die stärkste Entrüstung aus, die sich in einem Sturm der Volksmassen kundgab. Das alte Wort: Keine Ruhe in Oesterreich, bevor das allgemeine und gleiche Wahlrecht erkämpft ist, wurde zur kraftvollen Wirklichkeit. Die Welle schlug auch ins Parlament hinein und das Abgeordnetenhaus forderte in einem Beschlusse mit großer Mehrheit die Regierung auf, eine Reform auf Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts auszuarbeiten und dem Hause ungesäumt vorzulegen. Hier nun zeigte sich, daß den österreichischen Regierungen jene dreifache Verweglichkeit, die über die Strömungen im Volke hochmütig hinwegzudenken will, nicht eignet. Als am 28. November 1906 der Zug der Viertelmillion über die Ringstraße sich bewegte und die Wucht dieser unvergleichlichen Demonstration alle Herzen erschütterte, kündigte der Ministerpräsident Gautschi im Abgeordnetenhaus die Wahlreform an. Seinem Ursprung nach ein Hörsing und seinen Ueberlieferungen nach ein normaler Beamter, fand Gautschi, von der Notwendigkeit gezwungen, für die Wahlreform doch folgende bedeutende Worte:

„Die habe ich mich der Erkenntnis verschlossen, daß die gesamte Bewegung der Zeit und auch die Entwicklung unserer Verfassung einer Ausgleichung des Wahlrechtes und einer Aufhebung aller besonderen Wahlvorrechte zustrebt, eine Forderung, die mit der Dauer der allgemeinen Wehr- und Schulpflicht an innerer Stärke stets zunahm... Das ist auch der Grund, warum die Regierung ohne Verzug an das große Werk des endgültigen Ausbaues unseres Wahlrechtes herantritt. Sie ist entschlossen, diese wichtige Aufgabe zu lösen und hofft, daß das Haus und seine Parteien ihr auf diesem Wege folgen werden... Entschlossen, eine Frage zu Ende zu bringen, die nicht mehr ohne Lösung gelassen werden kann, wird die Regierung alles aufbieten, um die Vorlage spätestens im Monat Februar auf den Tisch des Hauses zu legen...“

Diese Ankündigung der Regierung versetzte das Herrenhaus in leidenschaftliche Wut, die in der Debatte am 2. Dezember, drei Tage nach jenem Demonstrationstuge des Parlamentarismus, in schrillsten Tönen zum Ausdruck kam. Von allen Seiten, von den Feudalen wie von den sogenannten Verfassungstreuen, der liberalen Spielart der österreichischen Partei, wurde der bisher so wohlgeleitete Gautschi mit den heftigsten Bosheiten überschüttet; insbesondere wurde ihm vorgeworfen, daß er den Umzug, der den formalen Bestimmungen des Versammlungsgesetzes nicht entsprach „geduldet“ habe.

Man muß die Stellung des österreichischen Herrenhauses kennen, um zu verstehen, was derartige ganz unerhörte Angriffe gegen die Regierung bedeuten. Das österreichische Herrenhaus, gilt als die zuverlässigste Stütze des Staates, es umfaßt alles, was bei Hofe, in der Bureaucratie, in der Armee, in der Geistlichkeit, überhaupt in der Gesellschaft der oberen Zehntausend Namen und Einfluß hat. Es ist auch eine Versammlung von Ruhe und Würde, wo kein lautes Wort vernommen und jeder Ausfall abgeschliffen und abgeglättet wird. Eine oppositionelle Stellung gegen die Regierung war vom österreichischen Herrenhause seit Menschengedenken nicht erlebt worden; desto stärkerer Eindruck mußte also die Schärfe und Empörung machen, die sich der sonst so patriotischen und manierlichen Herrenhäuser bemächtigt hatte. Nimmt man nun wahr, daß jedem preussischen Ministerpräsidenten vor einem Sitzungszust der Konservativen die Knie weich werden, so nicht die Festigkeit, mit der Gautschi dem reaktionären Ansturm entgegentrat, innerlich imponierend. Ganz ungeschont erklärte Gautschi, daß auf die Stellung der Regierung die Bewegung der Massen entscheidend einwirken werde. Daß er vor anderthalb Monaten, als der erwähnte Antrag im Abgeordnetenhaus verhandelt worden war, nicht so bestimmt gesprochen habe, gab er zu, aber „er glaube, dieses Schicksal mit vielen anderen Politikern zu teilen“. Denn

niemand konnte damals voraussehen, was sich in den nächsten zwei Monaten ereignen werde und ich leugne auch gar nicht, daß diese wichtigen Ereignisse eigentlich der Grund waren, der mich veranlaßt hat und veranlassen mußte, meine jetzige Haltung in der Wahlreformfrage einzunehmen. Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß diese Frage nicht mehr ohne Lösung bleiben kann, wenn nicht große Gefahren herbeigeführt werden sollen. Hierbei mußte ich mir die Frage vorlegen, ob es wirklich die Aufgabe einer Regierung ist, sich den Ruhm der „Konsequenz“ in allen Lagen und um jeden Preis zu erwerben.

Oder soll sie vielleicht auch dann unbeweglich bleiben, wenn durch ein starres Festhalten an ihrem Standpunkte der Staat und seine ruhige Entwicklung offenkundigen Gefahren ausgesetzt ist? Wir haben uns daher entschieden, den Weg der Wahlreform zu betreten und ich möchte auch, um in der Zukunft keinerlei Zweifel aufkommen zu lassen, hier erklären, daß ich auf diesem Wege auch weiter schreiten werde, trotz aller Hindernisse, trotz aller Schwierigkeiten und Hemmungen. Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß jedes weitere Högen in der Wahlreformfrage von Gefahren begleitet gewesen wäre, denn eine Regierung, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist, gegenüber dem Staate und der Gesellschaft, konnte und kann nicht anders handeln als wir...“

Es war Gautschi nicht beschieden, die Frucht seiner ruhmreichen Initiative zu pflücken und er mußte den Schwierigkeiten der Situation weichen. Aber das große Werk stürzte mit ihm keineswegs. Nach ihm kam der Prinz Hohenlohe, also ein Mitglied des Hochadels selbst, und es ist nicht ohne Interesse, welche Vorlesung Hohenlohe seinen Standesgenossen im Herrenhause hielt. In seiner Antrittsrede am 16. Mai 1906 redete er den „Herren“ folgendermaßen ins Gewissen:

Vor allem ist es die Pflicht der Regierung, die Wahlreform durchzuführen. Es ist mir wohl bekannt, daß die erste Ankündigung der Grundzüge dieser einschneidenden Reform gerade in diesem Hause mannigfache Anfechtung erfahren hat. Ich will aber die Hoffnung nicht aufgeben, daß diese Anfechtung von Männern, deren reiche Erfahrung und lauteste Vaterlandsliebe über jeden Zweifel erhaben ist, sich modifizieren wird durch die Erkenntnis, daß die Erweiterung der öffentlichen Rechte eine zwingende Notwendigkeit geworden ist und daß viele der Befürchtungen, die ansangs ausgesprochen wurden, in Wirklichkeit nicht eintreten werden.

Ich glaube auch, eine Regierung ist nicht allein verpflichtet, auf die großen Strömungen der Zeit zu achten, sie ist ihnen gegenüber auch verantwortlich. Durch das allgemeine Wahlrecht wird dem Gebote der politischen und sozialen Gerechtigkeit entsprochen; wer zu Leistungen für den Staat verpflichtet ist, der muß auch an den öffentlichen Rechten teilnehmen. Auch wird durch die politische Gleichstellung jene Annäherung zwischen den verschiedenen sozialen Schichten angebahnt, die den sozialen Kampf nur mildern kann. Ueberblickt man alle Erwägungen, so darf man wohl sagen, keine österreichische Regierung hat eine andere Wahl, als die Wahlreform zu Ende zu führen, die ein einigendes Band zwischen den Massen und dem Staate und ein veröhnendes Band zwischen den großen nationalen Parteien zu werden verpricht.

Wir sind auch entschlossen, Gesetz und Recht gegenüber jedermann ohne Ansehen der Person zur Geltung zu bringen, denn das Gesetz muß für und gegen jeden mit gleicher Energie gehandhabt werden, weil nur dann der wahrhaft adelige Gedanke der Rechtsgleichheit im öffentlichen Bewußtsein Wurzel fassen kann. Die Gleichheit vor dem Gesetz muß ebenso unerschütterlich sein wie der Respekt vor ihm, und diesen Respekt überall unumschlinglich zur Geltung zu bringen, soll stets unsere erste Aufgabe sein...“

Aus den Händen Hohenlohes kam die Wahlreform in die Hände Beda's, dessen Unermüdlichkeit sie durch alle Gefahren und Hindernisse zum vollen Siege trug. Von welchem Geiste dieser wahrhaft staatsmännliche Kopf, der an Einsicht und Verständnis für die Notwendigkeiten der Zeit ein Duzend preussischer Samaschenköpfe überragt, bei der Förderung der Wahlreform erfüllt war, ist am besten aus seinen Worten bei der zweiten Lesung des Gesetzes (8. November 1906) zu erkennen. Er schilderte aufrichtig die Versäumnisse der Vergangenheit und zog aus ihnen folgende Lehre:

Wenn diese Ereignisse nicht die schwersten Erscheinungen in unserem staatlichen Organismus hervorgerufen haben, so ist dies nur unserer robusten wirtschaftlichen Konstitution zu danken. Aber wir dürfen nicht, auf diese vertrauensvoll weiter sinnigen, wir dürfen nicht länger politisch zurückbleiben, wir müssen uns vielmehr zu energischer politischer Tätigkeit aufraffen. Das aber vermögen wir nur dann, wenn wir den gewaltigen Strömungen, die das öffentliche Leben bewegen, ein breiteres Bett graben, wenn wir an eine Vereinfachung der Volksrechte gehen. Ein solches Beginnen muß durchaus nicht im Widerspruch stehen mit der wahrhaft konservativen Tendenz, die die Grundlagen des Staates zu festigen. Denn wer wirklich konservativ denkt, wird es sich zur Aufgabe setzen, die weitesten Kreise des Volkes an das Staatsinteresse zu fesseln, den staatlichen Sinn in möglichst tiefe Schichten zu tragen...“

Durch das allgemeine Wahlrecht wird die Masse des Volkes zur Mitarbeit bei der Bestimmung der staatlichen Schicksale herangezogen, sie wird für diese geradezu verantwortlich. Das Herz des Volkes wird zum sichereren Untergrunde des Staates. Aber gerade diese Wirkung des all-

gemeinen Stimmrechtes kann ich nicht als gefahrdrohend, geschweige denn als destruktiv betrachten.

Noch weniger dürfte der Umstand besorgniserregend sein, daß das allgemeine Wahlrecht als ein starker Impuls für die politische Organisation der Bevölkerung wirksam wird. Wir ersieht es geradezu als ein probates Mittel der politischen Erziehung. Bei all dem will ich es nicht ohne weiteres ausschließen, daß auch eine radikalere Strömung durch die weitgeöffneten Pforten des allgemeinen Stimmrechtes in dieses Haus hereinstuten wird. Aber daran fehlt es ja auch jetzt nicht und das allgemeine Wahlrecht ist schließlich das einzige Mittel, den Radikalismus, der außerhalb des Hauses gefährlich werden kann, innerhalb desselben aller Stacheln und Spigen zu entkleiden, ja ihn vielleicht sogar für das allgemeine Interesse nutzbar zu machen. Der regulierte Wildbach treibt seine Mühlen so gut wie das sanfteste Bächlein.

Wir haben keine andere Wahl mehr, als die Wahlreform zu machen. Wir haben den Radikalismus überdritten, wir können nicht mehr hinter den Radikalismus zurück. Denn das Scheitern dieses Werkes wäre gleichbedeutend mit einem Trümmerfeld, welches das Grab der kostbarsten, der wertvollsten Interessen wäre. Wer hätte den Mut, wer vermöchte die Verantwortung zu tragen, unser ganzes öffentliches Leben, unseren gesamten staatlichen Organismus den Katastrophen auszuliefern, welche die Vereitelung der Wahlreform unvermeidlich im Gefolge hätte?

Mit dieser Rede, die ein Konservativer gehalten, vergleiche man die Psiu!-Rede des Herrn v. Bethmann, der weder das Volk, noch beborendete und entrechtete Klassen, der nur die Parteien sieht und einem Krämer gleich berechnet, wer bei der Wahlreform verliert, wer gewinnen könnte! Das österreichische Exempel, in dem der Widerstand des gesamten Herrschens der Reaktion in Abgeordneten- und im Herrenhause bezwungen wurde, beweist, daß die Mächte des Staates und Rückschrittes nicht unüberwindlich sind, wenn eine Regierung vorhanden ist, die vor ihren Radomontaden nicht feige zurückweist, sich nicht zu ihrem Dienstrecht erniedrigt, vielmehr zur Richtschnur ihres Handelns das nimmt, was die Zeit gebieterisch heischt.

## Die Frankfurter Nachmittags-Demonstration.

Die Arbeiterschaft von Frankfurt a. M. hat am Mittwoch aufs neue in einer gewaltigen, entschlossenen Demonstration bekundet, daß sie sich durch Polizeimeasures nicht abschrecken läßt vom Wahlrechtskampfe. Sie hat bewiesen, daß alle Untertanen des unheimlichen Willens, das Wahlrecht und die Polizeivöllkür zu stürzen, nicht brechen können, daß sie im Gegenteil den Entschluß, das gleiche Recht zu erkämpfen, nur festigen. Die 25 000 Frankfurter Demonstranten haben das Opfer des Verdienstentgangs, des Halbtagsstreiks gebracht, um ihren Protest gegen die Junker- und Polizeimilchwirtschaft zu einem besonders eindrucksvollen zu machen — sie haben ihr Ziel glänzend erreicht und der Dank aller deutschen Proletarier gebührt ihnen für ihre tapfere und opferwillige Haltung. Ihr erhebendes Beispiel wird für den Kampf im übrigen Preußen nicht verloren sein! Ueber den Verlauf der wichtigen Kundgebung wird uns gemeldet:

Frankfurt, 23. Februar.

(Privatbesuche des „Vorwärts“.)

Nachdem gestern das Frankfurter Stadtverordnetenkollegium zu den Brutalitäten der Frankfurter Polizei Stellung genommen und gegen ihr Vorgehen fast einmütig protestiert hat, erhob heute die Frankfurter Arbeiterschaft ihre Stimme gegen die Polizeigruel der Freitagnacht. Neun Versammlungen waren auf nachmittags 4 Uhr angesetzt, aber diese neun reichten bei weitem nicht aus. Es mußten an mehreren Stadtteilen noch andere eröffnet werden. In gewaltigen Scharen kamen die Arbeiter aus den Fabriken herbeigeströmt, und wer da bisher geglaubt hatte, die Frankfurter Arbeiterschaft würde dem Ruf, die Arbeit niederzulegen, um gegen das Polizeigemezel am Donnerstag und gegen die Wahlrechtsvorlage Protest zu erheben, nicht in gewaltigem Maße folgen, der wurde eines Besseren belehrt. Wie in den größten Betrieben der Metallbranche, so verließen auch die Arbeiter aller anderen Berufe um drei 3/4 Uhr ihre Arbeitsstätten. An 25 000 Arbeiter mögen es gewesen sein, die von der Arbeit in die Versammlungsorte zogen. Alle neun Versammlungsorte waren lange vor Beginn gefüllt. Im Gewerkschaftshause wurden zwei Versammlungen abgehalten, aber um so größere Massen standen vor dem Hause, die keinen Einlaß mehr finden konnten. Man improvisierte in einem in der Nähe gelegenen Lokal noch zwei Versammlungen, aber auch diese konnten die Demonstranten nicht alle aufnehmen, so daß noch viele Hunderte auf der Straße blieben. In anderen Stadtteilen sah es ebenso aus. Im Westend wurden ebenfalls statt zwei Versammlungen deren fünf abgehalten. Auch von Bockenheim wird das gleiche berichtet.

Die Polizei hatte wieder ihre Maßregeln getroffen und sämtliche Mannschaften in den Dienst gestellt. In den Versammlungen herrschte eine begeisterte, eriste Kampfstimmung. Die Versammelten brachten ihre heftige Entrüstung über das Vorgehen der Polizei in häufigen Zustimmung-

<sup>1)</sup> Siehe Nr. 40 des „Vorwärts“ vom 17. d. Mts.



rufen und Kundgebungen zu den Ausführungen der Redner zum Ausdruck. Die Referenten erklärten, daß lediglich die Polizei die Schuld an den blutigen Vorgängen trage. Schatz wurde kritisiert, daß der Oberbürgermeister das Vorgehen der Polizei nicht verteidigt und gelobt hat und die Nationalliberalen dem Oberbürgermeister sekundiert haben. Folgende Resolution fand in allen Versammlungen einstimmige Annahme:

Die Versammelten erheben einmütig Protest gegen das probatorische Einschreiten der Polizei gegenüber friedlichen Passanten. Die Polizei hat damit den Beweis erbracht, daß sie sich in ihrer Zusammenfassung und ihrer Leitung ihrer ersten Pflicht, dem Schutze der Bevölkerung zu dienen, nicht bewußt ist. Die Polizeibehörden haben sich in zahlreichen Fällen ohne Grund der erschwerten Körperverletzung schuldig gemacht und das Leben der Einwohner in leichtfertiger Weise bedroht. Die Anwesenden versichern nach wie vor, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu den Wahlen zum Landtage eingeführt wird.

In allen Versammlungen wurden die Teilnehmer ermahnt, sich nicht provozieren zu lassen und ruhig nach Hause zu gehen. Die Partei hatte eine Anzahl Ordner gestellt, die auf der Straße die Massen aufforderte, ruhig nach Hause zu gehen und keinen Zug zu bilden. Von Bornheim kam ein großer Krupp Versammlungsbefucher, der am Polizeipräsidentium und am Gewerkschaftshause Höchrufe auf das freie Wahlrecht ausbrachte. Die Polizei verhielt sich ruhig und da keine uniformierten Polizeibeamten zu sehen waren, so wurde die Ordnung nicht gestört. Ein weiterer Beweis dafür, daß auch am Sonntag und Donnerstag alles ruhig verlaufen wäre, wenn sich die Polizei ebenso verhalten hätte, wie heute. Also liegt die ganze Schuld an den Vorgängen am Sonntag und Donnerstag bei der Polizei. Die Frankfurter Arbeiterschaft hat heute, als sie nach dem Versammlungsschluß getreu der Parole der Partei ruhig nach Hause ging, ein glänzendes Beispiel der ihr innewohnenden Disziplin gegeben.

Frankfurt, 23. Februar.

Die Beteiligung war über alle Erwartung stark, trotzdem mehrere Fabriken ihren Arbeitern angeordnet hatten, daß sie sofort entlassen würden, wenn sie sich an dem halbblutigen Massenstreik beteiligten. So hat die Schuhwarenfabrik „Perz“ erklärt, sich niemandem freigegeben werden könne. Der Direktor des Hafens erklärte den Arbeitern, die um Urlaub nachgesucht hatten, daselbe. Drei Arbeiter in der großen Nähmaschinen-Schreibmaschinen- und Fahrrad-Fabrik von Kleher wurden sofort entlassen, nachdem sie für die übrigen Arbeiter um Urlaub nachgesucht hatten.

Die Arbeiterschaft ganz Deutschlands wird sich die Namen dieser Firmen genau zu merken haben!

Eine verhältnismäßig große Beteiligung bürgerlicher Kreise an den Versammlungen war zu bemerken. Die Polizei hatte u. a. auch einige leerstehende Geschäftslokale gemietet und mit Schutzleuten besetzt.

## Der Wahlrechtskampf.

Die Frankfurter Justiz gegen die Demonstrationen.

Frankfurt a. M., 22. Februar.

Die Justiz will schnell gegen die Wahlrechtsdemonstranten arbeiten. Dem Genossen Herget ist die Anklage bereits zugestellt. Seine Verhaftung, die erfolgte, trotzdem er ganz ruhig in den Massen ging, die am Donnerstagabend sich vom Gewerkschaftshaus über die Zell bewegten, und noch mehr sein Transport inmitten der dichten Massen von Demonstranten durch drei Schutzleute, von denen zwei die Säbel gezogen und einer den Revolver auf die Massen gerichtet hatte, wirkte, wie wir schon berichtet haben, ungeheuer provozierend. Herget wurde, wie wir auch schon berichtet haben, in Haft gehalten, angeblich weil er wegen Landfriedensbruchs angeklagt werden sollte. Unsere Voraussage, daß es zu dieser Anklage nicht kommen werde, hat sich bestätigt. Die Anklage ist nur wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, wegen groben Unfugs und wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz erhoben.

Das Vergehen gegen das Vereinsgesetz wird darin erblickt, daß H. einen nicht genehmigten Umzug „geführt“ haben soll. Davon kann natürlich gar keine Rede sein; es hat keinen Umzug gegeben, folglich kann auch niemand ihn geführt oder an ihm teilgenommen haben. Mit diesem Teil der Anklage wird die Staatsanwaltschaft so wenig Erfolg haben, wie mit dem wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Wie aus dem von uns wiedergegebenen Bericht des „Generalanzeigers“, der in der Hauptsache auf Angaben von Polizeibeamten beruhen dürfte, hervorgeht, hat H. sich nicht widerlegt, was ja auch angesichts der Tatsache, daß drei mit Schlag- und schußfertigen Waffen versehene Leute ihn gepackt hatten, ausgeschlossen ist. Es wird also für die Justiz im besten Falle der grobe Unfug übrig bleiben. Wir beneiden den nicht, der im Bekennen zum Reichstagswahlrecht groben Unfug erblickt; aber über den Beschuldigten läßt sich bekanntlich nicht streiten. Zu erwarten ist aber, daß Genosse H. jetzt endlich aus der Haft entlassen wird. Bisher konnte sie damit gerechtfertigt werden, daß H. wegen Landfriedensbruchs (als Häufelführer) angeklagt werden sollte, also ihm ein Verbrechen zur Last gelegt wurde, wobei die Untersuchungshaft wegen Fluchtverdacht verhängt werden kann, ohne daß die Wahndahme weiter begründet zu werden braucht. Jetzt muß die Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft schon begründet werden und Gründe sind nicht gegeben!

So muß es kommen!

Die Polizei in Krummhorn will gegen die drei sozialdemokratischen Stadtverordneten wegen der Vorzüge am Wahlrechtskongress vorgehen. Sie sollen wegen Unfuges und Landfriedensbruchs angeklagt werden. Ferner soll gegen alle Anklage erhoben werden, die bei der Wahlrechtsfeier mehr oder weniger verletzt wurden. Unter den Verletzten befindet sich auch ein Patriot, der die Feldzüge 1864, 1866, 1870 und 71 mitgemacht, mit der Arbeiterbewegung aber gar keine Fühlung hat. Die Beamten sollen für ihr schändliches Vorgehen belohnt werden! Es soll den städtischen Kollegien von dem Magistrat ein Antrag unterbreitet werden, wonach Beamte für die Wahrnehmung ihres Dienstes Belohnungen gewährt werden sollen.

Die Wahlrechtsvorlage in den Gemeindevertretungen.

Die Stadtverordnetenversammlung in Solingen beschloß auf Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten, dem Abgeordnetenhaus eine Petition auf Ablehnung der Wahlrechtsvorlage zu überreichen, da die

Vorlage weder eine neue Wahlkreiseinteilung, noch die Beseitigung der Klassenwahl vorzieht.

In Königsberg hat der Regierungspräsident die Veranstaltung des Magistratsbeschlusses über die Wahlrechtspetition der Stadtverordnetenversammlung von Königsberg verlegt, weil der Beschluß den Grundgedanken der Städteordnung über die Zuständigkeit der städtischen Körperschaften widerspreche.

Das nennt man in Preußen „Selbstverwaltung“!

## Ministerielle Hilflosigkeit.

Eigentlich könnte einem der preussische Polizeiminister Herr v. Molke leid tun. Gibt es doch nicht eine einzige Partei, mit der er es nicht schon gründlich verstanden hätte! Die Liberalen aller Schattierungen hat er durch die sogenannte Wahlrechtsvorlage, unter der auch sein Name steht, vor den Kopf gestoßen, und jetzt haben sich Zentrum und Konservative berechnigt, um ihm seine letzten Ministertage so sower wie möglich zu machen.

Es war interessant, zu beobachten, wie die Generaldebatte zum Ministerium des Innern mit einem konzentrischen Angriff der Liberalen, konservativen Gesellschaft einsetzte. Zunächst wurde Herr Bell vom Zentrum vorgeführt, seines Zeichens Jurist, der es aber im frommen Augenverdrehen gestroht mit dem verächtlichsten Resultat aufnehmen kann. Nachdem Herr Bell über alles mögliche gesprochen hatte, glaubte er zum Schluß einen besonderen Effekt dadurch erhoffen zu müssen, daß er eine Broschüre gegen das Zentrum verlas, die der Minister so unvorsichtig war zu empfehlen, ohne daß er sich vorher mit ihrem Inhalt vertraut gemacht hätte! Hierin erklärte der Zentrumredner einen Beweis für die parteipolitische Regierungsführung in Preußen. Nun, an dem Parteiregiment der Regierung zweifelt wohl kein vernünftiger Mensch mehr, aber die Empfehlung jener Broschüre ist doch wohl weniger ein Beweis dafür als vielmehr für die grenzenlose Ungeheuerlichkeit des Ministers. Und genau so ungeschickt benahm er sich, als er einige Worte der Entschuldigung stammelte, und sich dadurch nicht nur der Lächerlichkeit preisgab, sondern auch dem Konservativen v. Pappenheim Gelegenheit gab, ihm in aller Form die Kündigung zu überreichen! Die Konservativen und das Zentrum hatten ihre Rollen eben gut einstudiert, und das Spiel wird seine Wirkung auf die, für die es berechnet war, nicht verfehlen. . . .

Welch Geistes Kind Herr v. Molke ist, das geht aus einer einzigen seiner Bemerkungen hervor. Rechtzeitig er doch das Verbot der bekannten Kieler Versammlung, in der ein englischer Genosse für die Friedensidee Propaganda machen wollte, damit: daß damals der Streik der städtischen Arbeiter Kiels ausgedroht war und in Schweden ein Generalstreik bevorstand (!). Es hieße diesem törichtem Geschwätz zu viel Ehre erweisen, wollten wir es einer auch noch so kurzen Kritik unterziehen.

In vorgerückter Stunde erhielt Genosse Liebknecht das Wort, hatte aber trotzdem bis zum Schluß das Ohr des Hauses. In alle Winkel der preussischen Verwaltung leuchtete Liebknecht hinein; deutlich zeichnete er den Polizeipräsidenten von Preußen ab, aber er begnügte sich nicht mit negativer Kritik, sondern er machte für die verschiedensten Gebiete positive Vorschläge und gab wertvolle Anregungen, die leider auf Verhinderung kaum rechnen können, weil sie eben zu vernünftig sind. Immer erregter wurden die Junker, denen unser Genosse einen wuchtigen Hieb nach dem anderen versetzte; nervös rutschte der Vizepräsident Dr. Porck auf seinem Sessel hin und her, ängstlich darüber wachend, daß die Ordnung des Hauses nicht verlegt würde. Herr Porck kann übrigens zufrieden sein: es ist ihm gelungen, Liebknecht zwei Ordnungsrufe zu erteilen und sich dadurch bei den Junkern in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Die gewaltige Anklagerede Liebknechts, aus der leider infolge eines die Redefreiheit beschränkenden Beschlusses eine ganze Reihe von Materien ausgeschieden mußte, hatte die Junker zu immer lauterem und zahlreicheren Zwischenrufen veranlaßt, hinter denen sie ihren Unmut zu verbergen suchten. Vollends unangenehm aber wurde ihnen zumute, als Liebknecht am Schluß den imposanten Wahlrechtskampf des Proletariats schilderte und die Anwendung aller dem Volke zu Gebote stehenden Mittel zur Erlämpfung seines Wahlrechts in Aussicht stellte.

Mit einer kurzen Entgegnung des Ministers, der einen Polizeibericht über die Frankfurter Vorgänge verlas und den Polizeiverwaltungen von Halle, Krummhorn und Frankfurt a. M. Anerkennung zollte, schloß die Sitzung. Die Beratung wird am Donnerstag fortgesetzt.

## Die öffentliche Meinung in Frankreich und die preussische Wahlrechtsbewegung.

Paris, 20. Februar. (Fig. Ver.)

Die Ereignisse in Preußen werden in Frankreich mit einer Aufmerksamkeit verfolgt, die in der Presse kein zureichendes Spiegelbild findet. Allerdings wird der Deutsche, der die an die Berliner Telegramme der Tagesblätter geknüpften lebhaften Kommentare hört, oft Veranlassung zu Verächtlichkeiten finden. Die große Mehrzahl der französischen Beurteiler sieht die deutschen Vorgänge mit Voraussetzungen an, die einer unrichtigen Analogie mit französischen Verhältnissen entspringen. In diesem Lande, wo die Masse des Kleinbürgertums und Bauernums in republikanischen Überzeugungen, in Traditionen, die an die große Revolution anknüpfen, erwachsen ist und der regierende Radikalismus die Funktionen des Staates den Bedürfnissen der von ihm vertretenen Klasse angepaßt hat, erscheint es wie eine Selbstverständlichkeit, daß die Macht des Junkertums und der ihm dienenden Monarchie in einem von allen demokratischen Elementen des Volkes unternommenen Ansturm niedergeworfen werden müsse. Die Vorstellung von einer zur Herrschaft berufenen, noch nicht bis zum Sozialismus vorgebrungenen, aber ihn vorbereitenden Demokratie hat sich bis in manche reformistischen Kreise der geeinigten Partei hinein erhalten. So hat ja feinerzeit Genosse Jaurès sogar im Resultat der Ostentationswahlen Anzeichen einer Stärkung der deutschen Demokratie zu lesen geglaubt. Diese von der Verleumdung der Schärfe, die die Klassengegenstände in Deutschland erfahren haben, herrührende Ueberhöhung der Kräfte und der Talente des deutschen Liberalismus tritt verständlicherweise am stärksten gerade bei jenen Beurteilern hervor, die den Wahlrechtskampf in Preußen mit Sympathie verfolgen. Bei den im allgemeinen besser unterrichteten, auch durch einen geschärften Klasseninstinkt geleiteten sozialistischen Blättern aber hat die Erkenntnis, daß der entscheidende Faktor der Bewegung das organisierte Proletariat ist, das so zur führenden Macht des politischen Fortschritts in Deutschland geworden ist, zumeist das Urteil zum Schweigen gebracht, daß der politische Verstand über die Regierungswissenschaft Veitmanns und über seine Polizeimethode im Stillen gestöhnt hat. Im allgemeinen drücken sich die sozialistischen Blätter um die grundsätzliche Beurteilung der preussischen Vorgänge herum und begnügen sich mit einer gern etwas ironisch gefärbten Reportage. Bei dieser Zurückhaltung spielen

zweifellos auch die Interessen der französischen Außenpolitik eine Rolle. Der Regierung und den auf das große marokkanische Geschäft spitzenden Kapitalistenkreisen ist der neue Kurs der deutschen Außenpolitik sympathisch und das Wohlwollen für die ihn bestimmenden Männer drückt sich in der Discretion aus, womit man ihr Horniertes Hineintreiben in die innere Krise betrachtet.

Nur das „Journal des Débats“, das freilich bei seiner Stellung zur Marokkopolitik und seinen panlawistischen Beziehungen kein Blatt vor den Mund zu nehmen braucht, spricht energisch aus, was auch der gemäßigtere Liberalismus der französischen Großbourgeoisie von der preussischen Politik und ihrem bekannnten Geist hält. In einem Artikel vom 19. Februar sagt es über den Wahlrechtsentwurf:

„Herr v. Veitmann-Hollweg hat die Hoffnungen enttäuscht, die man auf das Wort Wilhelm II. gesetzt hatte. Diese Enttäuschung und diese Unzufriedenheit würden wenig bedeuten, wenn der Entwurf den Eindruck eines Werkes machte, das einer vom guten Glauben beherrschten Regierung unwürdig ist. Indem der Kanzler die öffentliche Abstimmung aufrecht hielt und dieses Mittel der Einschüchterung verteidigte, hat er eine beunruhigende Idee von seinen Regierungsgrundsätzen gegeben. Preußen steht mit Ungarn allein, im Bestreben, einen Abstimmungsmodus aufrechtzuerhalten, der ein Ueberbleibsel feudaler Sitten ist.“

Der Artikel zeigt, daß auch in Ungarn die allgemeine Empörung den Wahlrechtsentwurf Andraffys dabongelassen hat und fährt fort:

In Ungarn läßt die Zentralgewalt in Gefahr, sich einer Revolution gegenübersehen. Aber selbst in Preußen kann man nicht ohne Ende unterdrücken. Um mit dieser Brutalität zu handeln, muß man das öffentliche Gewissen für sich haben. Dieses aber ist im gegenwärtigen Konflikt auf der Seite der Protestler. Die Manifestanten fühlen und wissen, daß sie die immense Mehrheit der Bevölkerung für sich haben. In der Wahlreform steckt eine politische Frage und eine Frage der Ehrenhaftigkeit. Herr v. Veitmann-Hollweg hat auch nicht den Schein der Ehrenhaftigkeit geteilt.“

Der Artikel setzt dann auseinander, daß der Ministerpräsident das geheime Wahlrecht auch im Herrenhaus hätte durchsetzen können und fährt fort:

„Es war ein offenes Interesse der Konservativen, in der Frage des geheimen Wahlrechts nachzugeben, um die Dreiklassenwahl zu retten. Dieses Opfer hätte sie in Wahrheit nicht gefordert. Heute vollzieht sich aber ein wahrer Aufstand gegen die Aufrechterhaltung der Dreiklassenwahl. Ohne Zweifel könnte die Regierung bei genügendem Takt mit ihm fertig werden. Aber ihre Situation wird schlimmer sein als vor Einbringung des Entwurfs. Man mag immerhin sagen, daß die beiden großen Mächte Preußens noch immer die Armes und die Bürokratie seien. Im Kampf zwischen den Feudalen und dem modernen Staat sind es nicht die ersteren, die siegen werden. In Preußen ebensowenig wie in Ungarn.“

So urteilt ein Blatt, das, wie man sieht, auf die Wahrung der kapitalistischen Interessen so ängstlich bedacht ist, daß es Veitmann eigentlich darum ärgert, weil er nicht durch eine unbedeutende Konzession einer Volksbewegung von revolutionärer Kraft vorbeugt hat. Offenbar fürchtet es deren Rückschläge auf die internationale Politik ebenso wie der „Figaro“, der gegen die preussische Wahlrechtsaktion geklärt Partei nimmt. Vor einigen Tagen schrieb dort Herr Jules Roche, einer der reaktionärsten Finanzpolitiker der französischen Bourgeoisie:

„Sie wollen im Kampfturn das gleiche und geheime Wahlrecht erringen. Es handelt sich da nicht um etwas mehr oder weniger Freiheit, sondern im Gegenteil um mehr oder weniger Stärke für die systematischen Gegner des Eigentums und der Freiheit, nicht nur in Preußen, sondern in allen Ländern.“

Aus denselben Motiven stammt die Hochachtung, die die „Parti Ouvrier“ Veitmann-Hollwegs dem „Temp“ abgewinnt. Der Wunsch, die Wahlrechtsbewegung scheitern zu sehen, treibt den Leitartikel dieses Blattes, der ehemals für die deutsche Regierungspolitik nichts weniger als freundliche Gefühle hegte, zu der Behauptung, sie habe keine tiefe Wurzel und werde an Unsicherheit eingehen.

Auf diese internationale Solidarität der Reaktionäre hat nicht nur Genosse Jaurès in der „Humanité“ hingewiesen, sondern auch der Radikalsozialist Paul Boncour in einem Artikel der „Lanterne“, der eigentlich die einzige, wirklich warme Äußerung darstellt, die die bürgerlich-demokratische Presse der preussischen Bewegung gewidmet hat. Herr Paul Boncour, der dem reformistischen Sozialismus ziemlich nahe steht, erwartet von einem Siege des allgemeinen Wahlrechts in Preußen eine Wiederbelebung des von der Bismarckschen Politik zurückgebrachten Geistes der französischen Revolution und, neben einer möglichen allgemeinen revolutionären Erschütterung der Kulturwelt, das Vordringen der arbeitenden Massen und die Durchsetzung sozialer Reformen, für die die Einstellung der internationalen Mächte die Mittel freimachen wird.

In der „Humanité“ begrüßt Francis de Pressensé das Vordringen der Sozialdemokratie, die das nationale Ideal von ehedem, das die Einheit nicht der Freiheit gegenüberstellte, gerettet hat und dem Sieg entgegenführt. In Deutschland ebenso wie in allen anderen Ländern kann nur der Sozialismus die Demokratie verwirklichen.

## Die Lage in England.

Der Beschluß der Iren, kein Tadelvotum während der Verhandlungen zu beantragen sowie die Eröffnung neuer Verhandlungen zwischen den Führern der Parteien der Majorität befestigen die Meinung, daß der Sturz des Ministeriums nicht unmittelbar zu erwarten sei. Man ist in London der Ansicht, daß in einigen Wochen, wenn die Parteien ihre gegenseitigen Absichten kennen werden, die Möglichkeit zur Erzielung eines Einverständnisses weit größer sein wird als heute.

Das besagt aber keineswegs, daß die Taktik, die Herrn Asquith beliebt, selbst in den Reihen der eigenen Partei allzuviel Anklang gefunden hätte. Genosse Barnes, der Führer der Arbeiterpartei, hat mit Recht hervorgehoben, es wäre viel richtiger, statt der unerbittlichen Resolutionen lieber gleich das Geseh zur Aufhebung des Vetorechts der Lords in Verhandlung zu nehmen. Der Handelsminister Churchill sah sich auch genötigt, energischer Töne anzuschlagen, als sie Asquith gefunden hatte. Es klang wie eine verdeckte Polemik gegen den Ministerpräsidenten, als Churchill erklärte, er habe sehr scharfe Ansichten über die Art, wie das Oberhausproblem behandelt werden müsse. Im übrigen suchte er die Regierungstaktik mit folgenden Ausführungen zu rechtfertigen:

Man könne die Aufhebung des Vetos nicht als Hebel zur Herbeiführung einer Verfassungsänderung benutzen. Es sei ein törichtes Andachtsmittel, den Versuch zu machen, auf die Verträge in der Betrofene dadurch einen Druck auszuüben, daß man ihnen drohe, sie sollten das Budget überhaupt nicht mehr erhalten. Die Regierung betrachte die Annahme des Budgets als notwendigen Beweis ihres Sieges bei den Wahlen. (Gelächter bei der Opposition.) Das



Haus habe indessen ein Recht darauf, bezüglich der das Vetorecht des Oberhauses betreffenden Resolution in Formiert zu werden, bevor die endgültige Abstimmung über das Budget erfolge. Die durch dieses Vorgehen bedingte Verzögerung sei, soweit es sich um die finanzielle Lage handle, unbedeutend. Churchill erklärte zum Schluß, auf die Frage der Garantien eingehend, es sei nutzlos und töricht, einen bestimmten Aktionsplan aufzustellen, bevor nicht der Premierminister sagen könne, daß er über eine große Majorität verfüge, welche die das Oberhaus betreffenden Vorschläge unterstütze. Die Regierung werde ihre ganze Tätigkeit dafür einsetzen, um diese Vorschläge zum Gesetz zu machen.

Churchills Verteidigung machte aber keinen besonderen Eindruck. Mehrere radikale Abgeordnete, die nach ihm zu Worte kamen, kritisierten diese zurückhaltende Politik mit aller Schärfe. Sie sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß die Regierung keine Garantien erhalten habe. Der radikale Wedgewood schlug vor, daß das Kabinett zurücktreten solle; Balfour würde es ablehnen, die Regierung zu übernehmen, und Asquith könnte sich dann weigern, sie ohne genügende Garantien weiterzuführen.

Auch die liberale Presse ist mit Herrn Asquith sehr unzufrieden. „Daily Chronicle“ stellt fest, daß der Vorschlag Barnes, die Regierung solle, statt sich mit Resolutionen aufzuhalten, sofort eine Vetobill einbringen, den allgemeinen Beifall aller liberalen Abgeordneten finde. „Daily News“ und der „Morning Leader“ warnen die Regierung, sich auf Kompromisse einzulassen, die auf eine Reform des Oberhauses nach den reaktionären Plänen Rosebergs hinausläufen und nur den Zweck hätten, die Macht des Oberhauses zu stärken; das sei keine Aufgabe für eine liberale Regierung. Die Pflicht der Regierung sei es vielmehr, das Vetorecht der Lords gänzlich abzuschaffen.

Die Situation der Regierung bleibt also kritisch. Denn gerade die vorwärtsdrängenden Elemente der Majorität sind von ihrer schwächlichen und zögernden Haltung enttäuscht, während die Zuversicht der Opposition täglich zunimmt. Sicher ist, daß die Stellung der Regierung heute noch viel schwächer ist als unmittelbar nach den Wahlen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Februar 1910.

### Hanfabund und Syndikatspolitik.

Aus dem Reichstag, 23. Februar. Die Sitzung wurde mit der Verlesung einer Anzahl fürstlicher Beileidskundgebungen zum Tode des Präsidenten Stolberg eröffnet. Dann trat das Haus in die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffs der Reichsrechnungskontrolle ein. Es soll dadurch die preussische Oberrechnungskammer zu einem Rechnungshof für das Deutsche Reich erweitert werden. Auch sind einige Einzelbestimmungen zur wirksameren und rechtzeitigeren Durchführung der Rechnungskontrolle vorgegeben. Nach kurzer Debatte wurde die Vorlage der Budgetkommission überwiesen.

In Weiterführung der zweiten Lesung des Etats für das Reichsamt des Innern kam es zu einer Auseinandersetzung über die Handelspolitik. Auf den Angriff, den in einer früheren Sitzung der Zentrumsabgeordnete Mayer-Kaufbeuren auf den Hanfabund unternommen hatte, antwortete heute der nationalliberale Abg. Stresemann. Er glaubt eine einflussreiche Wirksamkeit des Hanfabundes aus der zahlreichen Mitgliedschaft von 1/4 Million Proprietären zu können und zitierte einen Zentrumsbankier aus Aachen als Anhänger des Hanfabundes. Uebrigens der Tatsache, daß die nationalliberale Partei ein vollgerüstet Teil der Wirtschaft an den bestehenden hohen Agrarpöllen trägt, wettete er gegen die verderbliche Agrarpolitik, deren Fortführung der Hanfabund im Interesse von Industrie, Handel und Handwerk bekämpfe.

Da Herr Stresemann so auffällig gegen die Schutzpolitik geworden war, hielt es der Staatssekretär Delbrück für notwendig, für die amtliche Schutzpolitik eine Lanze zu brechen. Er operierte dabei mit dem beliebten Trugschluß, daß der Aufschwung der deutschen Industrie dem Uebergang zum Schutz Zoll zu danken sei. Während man doch mit mindestens genau dem nämlichen Recht behaupten kann, daß der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung noch weit größer geworden wäre, hätten ihn nicht die Schutzzölle gehindert. Herr Delbrück verbreitete sich auch über die Syndikatspolitik. Nach seiner Auffassung sind die Unternehmerrundstände, Kartelle, Trusts eine unvermeidliche Folge der wirtschaftlichen Entwicklung. Daß gerade die Schutzpolitik diese Entwicklung ungebührlich fördere, bestritt er indes. Mit ahnungslosen Lächeln forderte er dann den Satz zutage, daß die nicht syndizierten deutschen Industrien ohnmächtig seien gegen die syndizierten ausländischen. Die logische Konsequenz dieser Delbrück'schen Behauptung ist, daß alle deutschen Industrien sich syndizieren müssen. So weit hat der staats- und gesellschaftserhaltende Staatssekretär wohl noch gedacht. Nicht zum Bewußtsein gekommen aber ist ihm offenbar, daß mit der allgemeinen Syndizierung der Industrien auch der letzte Grund für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Betriebsweise, nämlich die Fortschrittsförderung durch das Wirken der Konkurrenz in Fortfall gekommen sein wird, und daß also dann der Phale der Syndizierung der Industrien die Sozialisierung der gesamten Volkswirtschaft auf dem Fuße folgen muß.

Bis 8 Uhr abends — der Reichstag macht in der Vera Spahn eine Periode dauernder Ueberstunden durch — verbreitete sich dann der Bädermeister Rieseberg aus Quedlinburg über die Sozialpolitik im allgemeinen und die Notwendigkeit der Mittelstandsrettung im besonderen. Der Zug sozialistischer Forschung, der früher die holprigen Gedankengänge dieses hiederigen Mannes einigermaßen amüsan machte, ist leider unter der Ungunst der Seiten völlig geschwunden. Er hat dem Tone wehmütiger Resignation eines sterbenden Klopffechters Platz gemacht, denn über ein Kleines wird der Wahlkreis Wanzleben im Reichstage nicht mehr durch seinen Rieseberg vertreten sein. In solchen bange Durchfallsahnungen hat Herr Rieseberg sich auf die Nachahmung Bethmann'scher Moralphilosophie geworfen. Da es ihm aber nicht gelang, seine Leistungen auf diesem Gebiete über das Bethmann'sche Niveau hinaufzuschrauben, hat es weiter kein Interesse, darauf einzugehen.

### Oldenburg, Jedlitz und Konforten.

Im preussischen Abgeordnetenhaus unternahm jüngst bei der Wahlrechtsdebatte der freikonserervative Führer, Freiherr v. Jedlitz, einen Vorstoß gegen das Reichstagswahlrecht, indem er gegen den Zentrumsredner Herold ausführte:

„... Daß das Reichstagswahlrecht seine großen Schatten-seiten hat, und daß vielleicht die Stunde kommt, in der man vor die Frage gestellt wird, ob Reich oder Reichstagswahlrecht“.

Herr v. Jedlitz wurde wegen dieser offenkundigen Feindseligkeit gegen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht derb angefaßt. Er versuchte daher jetzt im „Tag“ (Nr 45 vom 23. Februar) eine Rechtfertigung der freikonserватiven Anschläge:

„Die einschläglichen Reichstagswahlen von 1903 hat die Sozialdemokratie von Wahl zu Wahl an Wahlstimmen rasch zugenommen. Die Unterbrechung dieses Siegeslaufs durch die Wahlen nach der letzten Reichstagsauflösung war vorübergehender Natur; die rote Welle, welche die Signatur aller Nachwahlen bei der Reichsfinanzreform ist, läßt erkennen, daß man jetzt mit einer noch stärkeren Vorwärtsbewegung der Sozialdemokratie zu rechnen hat, als selbst vor 1903. Galt die rote Hochflut an, so ist zu erwarten, daß nach den nächsten allgemeinen Wahlen die Sozialdemokraten in größerer Zahl in den Reichstage einziehen werden, als je zuvor. Geht diese Entwicklung weiter, so ist es sehr wahrscheinlich, daß Sozialdemokraten, Polen und Dänen der Mehrheit nahe kommen... selbst eine vorübergehende Mehrheit solcher Elemente im Reichstage wird eine ernste Gefahr für den sicheren Bestand des Reiches bedeuten. Der Moment, wo man vor die Wahl gestellt wäre, ob Reich oder Reichstagswahlrecht, würde also gekommen sein, wenn die Sozialdemokratie so stark zugenommen hätte, daß mit der Möglichkeit einer sozialdemokratisch-polnischen Mehrheit gerechnet werden müßte... Dann wird man dem Beispiele Sachsens und Hamburgs folgen und das Reichstagswahlrecht so ändern, daß die Stimmen nicht mehr bloß gezählt, sondern auch gewogen werden. Wer glaubt, daß eine solche Veränderung des Reichstagswahlrechts niemals vom Reichstag zu erlangen sein würde, übersieht die Erfahrungen, die in dieser Hinsicht zu machen waren. Diese sind durchaus auf das Wort gestimmt „Nur leht beien“. Nicht bloß Sachsen und Hamburg, sondern auch Rüdorf, Kiel und andere schleswig-holsteinische Städte, lehnen, daß man, wenn erst die sozialdemokratische Hochflut bis zum Rundstieg, unbeirrt durch Prinzipien und Parteiprogramme entschlossen nach dem Rettungsanker einer Wahlrechtsänderung greift, welche die sozialdemokratische Hochflut einzudämmen geeignet ist. Daß es eine solche Wendung im Reiche wesentlich erleichtert wird, wenn man in Preußen Konzeptionen auf dem Gebiete des Wahlrechts in die Bagchale werfen kann, habe ich wiederholt im Abgeordnetenhaus wie in der Presse dargelegt. Unter diesem Gesichtspunkte ist es vielleicht ganz nützlich, bei der jetzt schwebenden Wahlreform sich noch einige Reserven zu bewahren.“

Herr v. Jedlitz sieht ein, daß eine Aenderung des Reichstagswahlrechts „dem Reiche gefährliche Krisen oder doch Erschütterungen“ bringen würde, deshalb geht sein Rat an die, die „gefährliche Krisen“ vermeiden wollen, dahin, sich wie 1907 zu einem Anti-Sozialistenblock zusammenzuschließen.

Und wenn trotzdem die „sozialdemokratische Hochflut“ steigt? Dann kommt eben der Wahlrechtsraub — vorausgesetzt, daß das Volk ihn sich gefallen läßt.

### „Ich verbitte mir...“

Die Redensart „Ich verbitte mir...“ gehört zu den Lieblingsausdrücken des langweiligen Altmenschen, der zurzeit als Reichskanzler nominell die deutschen Reichsgeschäfte leitet. Wo die Begriffe fehlen, stellt bekanntlich oft zur rechten Zeit ein Wort sich ein. Bei Herrn v. Bethmann Hollweg heißt dieses Wort: „Ich verbitte mir...“ Weh er auf Angriffe nichts zu antworten, dann spielt er die gekränkte Ledertüte und verbittet sich, daß man ihn angreift und ihn eher für alles andere hält, als für ein Genie.

Einem hiesigen Mittagsblatt gibt diese altjungferliche Redensart: „Ich verbitte mir...“ Anlaß, an einen kleinen Vorgang zu erinnern, der, wenn er auch schon vor einem Duzend Jahre passierte, doch so niedlich ist, daß er es nicht verdient, der Vergessenheit anheimzufallen. Er trug sich im Herbst des Jahres 1897 zu. Der damalige preussische Verkehrsminister Karl Thielen (er wurde erst drei Jahre später geädelt) vermählte sich in zweiter Ehe mit einer reichen Witwe vom Rhein, Frau Selma Wilhelm, geborene Freiin aus Elberfeld. Während der ministeriellen Amtsdauer des Herrn Thielen ereignete sich im Königreich Preußen eine ganze Reihe von schweren Eisenbahnunfällen. Ihm persönlich eine Schuld daran zuzurechnen, fiel wohl niemand ein, nach „oben hin“ hatte er allerdings die Verantwortung dafür zu tragen. Ein unglückseliger Zufall wollte es nun, daß kurz vor der Hochzeit des Ministers abermals eine Eisenbahnkatastrophe geschah. Doch am Hochzeitstage dachte niemand daran, Man sah fröhlich und guter Dinge beisammen, und am Schluß der Tafel verlas ein jüngerer Verwandter die eingelassenen Glückwünsch-Telegramme. Plötzlich erhob er die Stimme und kündigte an: „Telegramm Seiner Majestät des Kaisers!“ Der „Junge“ Chemann erhob sich, das gleiche tat seine ihm eben angetraute Gemahlin, und alle Gäste folgten dem Beispiele, um ehrfurchtsvoll dem Text der Kaiserdepeche zuzuhören. Die lautete kurz und bündig: „Ich verbitte mir jedes weitere Eisenbahnunglück. Wilhelm, Reg.“

Einen Augenblick herrschte tiefes Schweigen und allgemeine Bekommenheit. Dann aber wirkte der Kontrast doch so eckelnd, daß an irgend einem Ende der Tafel ein fröhliches Lachen erscholl, in das dann alle übrigen, auch der Herr Eisenbahnminister selbst, herzlich einstimmten... .

### Zur Stichwahl

#### in Mülheim-Wipperfürth-Summersbach.

Die Vertrauensmänner der Christlichsozialen Partei und des Bundes der Landwirte haben beschlossen, in der Stichwahl für den Kandidaten des Zentrums einzutreten. Die Liberalen haben bisher noch keine Parole für ihre Wähler abgegeben. Eine demokratische Versammlung in Mülheim, in der Dr. Breitfeld redete, sprach sich mit Entschiedenheit für die Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten aus.

### Ein Stürmchen im sächsischen Landtage.

Dresden, 21. Februar.

Die Nationalliberalen in der Zweiten Kammer des Sächsischen Landtages sind jetzt schloß auf die Regierung zu sprechen; sie fanden sich von ihr brüskiert. Besonders geärgert hat sie die kurz angebundene Art, wie ihr Antrag auf Reform der Zweiten Kammer vom Minister des Innern im Auftrage des Gesamtministeriums abgelehnt wurde. In großen den Zeitungstiteln machen sie unter drohenden Seitenblicken auf die Regierung ihrem Herzen Luft. Nach einem solchen Produkt liberalen Unmuts, das unter anderem auch in der „National-Zeitung“ erschien, wollen sich die Nationalliberalen im sächsischen Landtage so verhalten, daß dem Ministerium nichts anderes übrig bleiben soll, als entweder selbst zurückzutreten oder den Landtag aufzulösen. So tief soll nach diesem Artikel schon die Er-

regung in den nationalliberalen Heldenbrüsten sein, daß ein erster Konflikt nahe bevorstehe; jedenfalls werde dem sächsischen Ministerium für sein bisheriges Verhalten gegen die Liberalen bei passender Gelegenheit eine Quittung überreicht werden, die es ihm unmöglich mache, den Konsequenzen seiner Stellungnahme auszuweichen.

Das klingt sehr bedrohlich; wer aber die sächsischen Nationalliberalen näher kennt, wird dafür nur ein Lächeln übrig haben. Indes offenbarte sich in der Landtagsitzung am Montag immerhin, daß die Nationalliberalen in Angriffslimmung sind, gleichzeitig aber auch, daß die Regierung sich nicht scheut, sie noch schlimmer zu brüskieren.

Bei einer fast unmöglichen Gelegenheit kam es zum Sturm im nationalliberalen Lager. Der Abg. Weisberg trat für ein Wählrecht in seinem Wahlkreise mit erheblichem Aufwand von Worten ein. Die Regierung, insbesondere der konservativ-finanzenminister Dr. Rüter, wollte davon nichts wissen; die Deputation hatte aber die Petition wegen dieser Eisenbahn der Regierung zur Erwägung überwiesen. All das sah offenbar dem Finanzminister nicht; er geriet in biffige Stimmung, die sich über den armen Weisberg entlud. Der Minister erklärte, der Abgeordnete Weisberg habe mit seiner Rede der Sache nur geschadet, er könne noch siebenmal so reden, erreichen werde er doch nichts. Dann lehrte der Minister dem Sitzungssaal den Rücken, so daß Weisberg, als er die Anwürfe des Ministers abwehren wollte, in die Luft sprach. Diese offensichtliche Brüstung nach den giftigen Angriffen tief-große Erregung auf den nationalliberalen Banken war. Der Abgeordnete Langhammer (natl.) sprach rot vor Aufregung von einem Verhalten der Minister, das man sich nicht länger gefallen lassen dürfe, während der Vorsitzende der nationalliberalen Fraktion, Abg. Seittner, betonte, es sei nicht schön, wenn ein Minister das Haus verlasse, nachdem er eben einen Abgeordneten in verlebender Weise angegriffen habe. Diese Ausführungen begleiteten die Nationalliberalen mit erregten Zurufen. Man hörte: „Ungehört, was sich der Minister erlaubt!“, „Das ist ein starkes Stück“, „Unglaublich, wie man uns behandelt!“

Später erschien der Finanzminister wieder, ließ sich anscheinend über den Vorfall Bericht erstatten, verließ aber den Saal wieder und setzte damit der Brüstung der Nationalliberalen die Krone auf. —

### Kriegervereins-Agitation.

In der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages stand am Mittwoch die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Wehl (Gellens-Beine-Gibhorn) zur Beratung. Die Kommission beschäftigte sich mit dem gegen die Wahl vorliegenden Protest, hauptsächlich aber mit der Wahlbeeinflussung durch die Kriegervereine. Die Vorsitzenden der Kriegervereine haben in Vereinsversammlungen für Wehl in der bekannten Weise, die den Statuten des Vereins widerspricht, agitiert. Die Erhebungen und die in der Kommission vorliegenden Statuten verschiedener Kriegervereine bestätigten, daß Wehl von der Tätigkeit des Vereins ausgeschlossen sein sollte. (Die Statuten sind mit behördlicher Genehmigung festgestellt.) Trotzdem wurden Vereinsfestungen und Versammlungen zur Wahl-agitation für Wehl benutzt.

In der Kommissionsberatung traten Konserwativen und Nationalliberale der Anschauung entgegen, daß diese Tätigkeit als amtliche Beeinflussung zu betrachten sei. Mit 6 gegen 5 Stimmen erklärte jedoch die Kommission diese Agitation als amtliche Wahlbeeinflussung. Die Freistimmigen waren gespalten: ein Mitglied stimmte mit Nein, das andere enthielt sich der Stimme, obgleich darauf hingewiesen worden war, daß früher die Freistimmigen im Reichstage die schärfsten Gegner der üblichen Kriegervereins-agitation waren!

Festgestellt wurde noch, daß der Bundesvorsitzende der Kriegervereine für Nord-Hannover in der Generalversammlung dieser Vereine für Wehl agitiert und Reden gehalten hatte! Auch ein Flugblatt ist in dieser Versammlung verbreitet worden, das sich gegen Weissen und Sozialdemokraten und für den nationalliberalen Kandidaten aussprach. Die Kommission erklärte dies mit 8 gegen 4 Stimmen als eine unzulässige Agitation des Bundesvorsitzenden. Die endgültige Entscheidung wurde noch ausgesetzt.

### Oesterreich.

#### Eine Demission.

Wien, 23. Februar. (Privatdepeche des „Vorwärts“.) Der deutsche Landmannminister Dr. Schreiner hat demissioniert und der Kaiser hat die Demission angenommen. Mit Schreiner ist ein zäher Kletterer beseitigt, der sich durch chauvinistische Agitation, durch provozierendes Verhalten gegen alle nichtdeutschen Nationen und durch Dienstbefähigkeit gegenüber den Ungarn im Amte zu halten suchte. Seine Ausschiffung wird eine ruhigere Politik im Parlament erleichtern.

### Italien.

#### Partei Vorstand und Parteifraktion gegen das Kabinett.

Rom, 20. Februar. (Sig. Ver.) Der italienische Parteivorstand hat am 18. und 19. d. M. über die Stellung zum Ministerium Sonnino beraten und die Parteifraktion aufgefordert, die Haltung systematischer Opposition anzunehmen und die Agitation für das allgemeine Wahlrecht, von deren Erfolg allein die Sonderung des parlamentarischen Lebens abhängen könnte, in den Vordergrund zu stellen. Falls die Parteifraktion sich nicht zu der systematischen Opposition, die übrigens nicht eine Verneinung der einzelnen Gesetzesentwürfe einschließen soll, verstehen sollte, hielt es der Parteivorstand für nötig, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen. Die Fraktion, die nach diesem Votum gemeinsam mit dem Parteivorstand beriet, war hier in allem Wesentlichen mit diesem einer Meinung, obwohl sich auch einige Abgeordnete fanden, die sich, wie die Genossen Cabrini, Samoggia, Morgari u. a., die Möglichkeit eines politischen Votums für das Kabinett gern offen gehalten hätten.

### England.

#### Die Adressdebatte.

London, 23. Februar. Im Unterhaus begannen nach Schluß der Generaldebatte über die Adresse die Beratungen über die einzelnen Zujahranträge. Klatten Chamberlain (L) brachte einen Zujahrantrag zugunsten der Tarifreform und der Vorschläge für die Kolonien ein. Er gab zu, daß die Lage des Gewerbes sich gegen das Vorjahr ein wenig gebessert habe, erklärte jedoch, daß das Verlangen nach einer Tarifreform nicht auf irgend einer zeitweiligen Erscheinung, sondern auf der Tatsache beruhe, daß die Arbeitslosigkeit ein chronisches Uebel geworden sei, an dem Englands ganzes soziales System krankte. Er zählte alle die bekannten Gründe für die Tarifreform auf und gab seinem Ersuchen über die unbedingten Erklärungen Ausdruck, die Lloyd George über die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen in Deutschland abgegeben habe. (Beifall bei der Opposition.) Handelsminister Buzton antwortete im Namen der Regierung. Chamberlain sagte er, habe dieselbe Rede schon vor einem Jahr gehalten, das Land aber noch immer darüber in unklaren lassen, wie die Tarifreformer das von ihm stizierete Paradies nun wirklich auf die Erde verpflanzen wollten. Die Debatte wird voraussichtlich zwei Tage dauern.



# Gewerkschaftliches.

## Gegen das Koalitionsrecht!

Es sind jetzt bald vier Wochen verfloßen, seitdem wir der Öffentlichkeit von einer geheimen Eingabe des Kölner Arbeit-  
geberverbandes an das Ministerium des Innern Mitteilung  
machen konnten, in der gebeten wurde, das Recht auf Streikposten-  
stellen mittels der neuen Strafgesetzesreform zu beseitigen. Jetzt  
meldet sich nun die „Kölnische Zeitung“ zu der Sache zum Wort.  
Dah sie es gerade ist, beweist wohl den Zusammenhang zwischen  
der geheimen Eingabe und den Nationalliberalen. Komisch be-  
rührt es, wenn darauf hingewiesen wird, daß man schon lange vor  
der Veröffentlichung der Witzschrift durch die sozialdemokratische  
Presse von deren Existenz gewußt habe. Dies ist schon möglich.  
Dah sie aber zuerst durch die Arbeiterzeitungen veröffentlicht  
wurde, ist doch ein Beweis dafür, daß die Eingabe eben nicht für  
die Öffentlichkeit bestimmt war. Um dies zu verstehen, braucht  
nur beachtet zu werden, wie die „Kölnische Zeitung“ über die  
„nicht einwandfreie“ Veröffentlichung des Schriftstückes jammert.  
Noch wichtiger ist allerdings, was dem nun auch in der „Kölnischen  
Zeitung“ veröffentlichten Schriftstück als Einleitung mit auf  
den Weg gegeben wird. Einmal wird recht deutlich gegen die  
zu arbeiterfreundliche Regierung Stellung  
genommen, „man kann wahrlich nicht sagen, daß die Regierung in  
parteilicher Weise sich in Koalitionsfragen auf die Seite der  
Arbeitgeber gestellt hätte, wenn die durch die Sozialdemokratie  
zu einem objektiven und gerechten Urteil unfähig gemachte Ar-  
beiterschaft dies auch nicht anerkennt“. Das müssen wir aller-  
dings zugeben, „einsehen“ können die Arbeiter wirklich nicht, wo  
die arbeiterfreundliche Regierung sich betätigt hat. Diese  
komische Meinung der Unkennehmer wird allerdings verständlich,  
wenn man liest: „Bei den großen Freiheiten, die die Arbeit-  
nehmer für sich unter der Flagge des Koalitionsrechtes in An-  
spruch nehmen, ist allerdings nicht einzusehen, inwiefern die  
Schwarzen Listen ein Mißbrauch gewesen sein sollen!“ Viel  
wichtiger ist aber, was die „Kölnische Zeitung“ dann noch schreibt.  
Bekanntlich wies schon die geheime Eingabe darauf hin, daß jetzt  
bei der Beratung der Strafgesetzesnovelle der geeignete Moment  
zur Verwerfung, oder deutlicher, zur Verschärfung des  
Koalitionsrechtes sei. Die Justizkommission des Deutschen  
Reichstages, die sich gerade jetzt bei der Beratung der Novelle be-  
findet, hat nun vor einigen Tagen einen Beschluß gefaßt, der  
die „Kölnische Zeitung“ von neuem davon überzeugt, wie „arbeiter-  
freundlich“ die Regierung ist. Es handelt sich um den § 253 des  
Strafgesetzbuches. Wer eine Naturgeschichte des deutschen Richters  
schreiben will, wird ohne weiteres den richtigen Faden finden,  
wenn er eben diesen sogenannten „Erpressungsparagrafen“ und  
seine verschiedenen Auslegungen als Grundlage benützt. Der  
§ 253 bedroht denjenigen mit Gefängnis nicht unter einem Monat,  
der, um sich einen rechtswidrigen Vorteil zu verschaffen, einen  
anderen durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung  
oder Unterlassung nötigt. Die deutschen Partikularrechte, auch  
das preussische Strafgesetzbuch von 1851 ließen nicht jede Drohung  
schlechthin als Mittel zur Erpressung gelten, sondern nur die  
Drohung mit der Verübung eines Verbrechen oder eines Vergehens.  
Sodann gingen sie aber alle als selbstverständlich davon aus, daß  
dem rechtswidrigen Vorteil, auf den es der Erpresser abgesehen  
hatte, ein Vermögensschaden auf Seiten des anderen ent-  
sprechen müßte. Wo eine solche Schädigung nicht eingetreten war,  
konnte demnach auch nicht von einer Erpressung gesprochen werden.  
Das deutsche Strafgesetzbuch hat es unterlassen,  
dies ausdrücklich hervorzuhellen. In Deutschland ist aber der  
Befehl ausgehende Richter immer gefährlich geworden, wenn er  
zu der normalen Verknüpfung des Verhältnisses in zu enger  
Beziehung stand, und dies war auch hier der Fall. Der neue deutsche  
Richter hat dem § 253 einen ganz anderen Sinn untergelegt. Er  
argumentiert so, daß ein Vorteil schon dann rechtswidrig ist,  
wenn der Täter auf ihn keinen rechtlichen Anspruch hat! Diese  
Tatsache, deren Lächerlichkeit überdies auch die „Kölnische Zeitung“  
anerkennt, hat für die gewerkschaftlich kämpfenden Arbeiter eine  
große Bedeutung. Wenn einerseits jede Drohung zum Tat-  
bestande der Erpressung genügt, andererseits nicht mehr erfordert  
wird, als daß der Täter einen Vorteil zu erlangen sucht, auf den  
er keinen vertraglichen oder gesetzlichen Anspruch hat, so macht  
sich jeder Arbeiter der Erpressung schuldig, der dem Arbeitgeber  
mit Kündigung oder Niederlegung der Arbeit droht, sofern der  
Unternehmer nicht die verlangten Zugeständnisse macht. Tat-  
sächlich sind denn auch zahlreiche Strafurteile in diesem Sinne  
ergangen, unbekümmert darum, daß diese Anwendung des Er-  
pressungsparagrafen mit dem § 152 der Gewerbeordnung, der  
doch ausdrücklich das Koalitionsrecht zuläßt, unvereinbar ist.  
Dies sieht auch wieder die „Kölnische Zeitung“ ein; sie meint, daß  
durch den § 253 des Strafgesetzbuches ein friedliches Verhandeln  
der beiden Teile unmöglich sei. Erst durch den Streik wäre die  
Möglichkeit gegeben, den Tatbestand der „Erpressung“ zu um-  
gehen. Demnach müßte eigentlich auch die Redaktion der  
„Kölnischen Zeitung“ die Selbstverständlichkeit als eine Selbst-  
verständlichkeit auffassen, die darin liegt, daß jetzt in dem Kom-  
missionenentwurf dem § 253 der Begriff der „Vermögensschädigung“  
eingegliedert wurde. Mit der Einschlebung dieses Begriffes, der  
allerdings erst noch durch das Plenum sanktioniert werden muß,  
sind die Arbeiter vor der widerwärtigen Auslegung und Ver-  
urteilung durch den Erpressungsparagrafen geschützt. In der  
Selbstverständlichkeit, die die „Kölnische Zeitung“ selbst sehr gut  
einsieht und auch recht plausibel zu begründen versteht, soll dann  
auf einmal ein weiterer Beweis für die übergroße Arbeiter-  
freundlichkeit der Regierung liegen. Es ist schwer, ihr in diesem  
unlogischen Gedankengang weiter zu folgen. In dem Zusammen-  
hang mit dem nun veröffentlichten Geheimschreiben an das  
Ministerium des Innern wird er allerdings klar. Es soll so der  
Nachweis erbracht werden, daß die Regierung den lieben guten und  
braven Unternehmern wieder einmal bitteres Unrecht zugefügt. Es  
ist die allgewohnte Orde der Schorfmacher gegen ein  
anständiges Arbeiterrecht. Nun, die Arbeiter haben trotz der  
Drohung der Auswanderung der fleißigen und tüchtigen Unter-  
nehmer, wie sie in dem Geheimschreiben angekündigt ist, absolut  
keine Ursache, sich nur einen Schritt da zurückzugehen, wo sie in  
jahrzehntelangem Kampfe mit vieler Mühe vorwärts gekommen  
sind.

### Berlin und Umgegend.

#### Ein Transport arbeitswilliger Kartonnagenarbeiter

machte sich Dienstagnacht vom Anhalter Bahnhof in Berlin nach  
Pflanzen i. V. auf den Weg, um daselbst Hausreißerdienste für die  
streikenden Kartonnagenarbeiter zu leisten. Als Vermittler fungierte  
hier die Streikbrecheragentur W. Müller, die in der Invaliden-  
straße 118 ihr Vermittlungsbüreau aufgeschlagen hat. Der Herr  
Vermittler, der mit diesem Menschenexport jedenfalls ein sehr ein-  
trägliches Geschäft betreibt, erfreut sich in hohem Maße der Gunst  
der Polizei. Als nämlich der Vorstehende der Berliner Zahlstelle  
des Buchbinderverbandes mit einigen Organisationsvertretern auf  
dem Anhalter Bahnhof erschienen war, um sich die Hausreißer zu  
betrachten, gemigte ein Wink des Herrn Agenten und der Bahnhof-  
Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.:

Portier und ein Schuhmann bewachten nunmehr die Herren Arbeits-  
willigen, um jede Annäherung mit den Organisationsvertretern zu  
verhindern. 12 Mann waren angeworben, und 5 Mann dienten  
zur Bewachung: Herr Müller und Frau, ein Transporteur, ein  
Schuhmann und der Bahnhofsportier. Durch einen notorischen  
Arbeitswilligen, Albert Swiatkowski (in gewissen Kreisen  
„Polnischer Albert“ genannt), war dem Herrn Vermittler angezeigt  
worden, daß seine Arbeitswilligenherde nicht ganz studenrein sei,  
und so mußte einer ausscheiden. Das war ein Gastwirt, der eine  
Zahlstelle des Buchbinderverbandes beherbergt und der gar zu gern  
einmal aus eigener Anschauung einen solchen Transport und die  
Praktiken der Streikbrechervermittler kennen lernen wollte. Ihm  
wurde nunmehr mitgeteilt, daß er als Streikbrecher nicht Ver-  
wendung finden könnte.

Ob diese Garde die um eine neunstündige Arbeitszeit und 30  
bis 45 Pf.-Stundenlöhne kämpfenden Kartonnagenarbeiter wird er-  
reichen können, erscheint uns zweifelhaft, wenn auch ein solcher Wille  
reichlich vorhanden sein mag.

Die Kartonnagenarbeiter allerorts, besonders aber die Ber-  
liner, seien hiermit nochmals gewarnt, Arbeit nach Falken-  
stein und nach Plauen i. V. anzunehmen. Werde niemand  
zum Streikbrecher und Verräter an seinen Berufskollegen!

**Achtung, Stukkateure!** Bei Arbeitsangeboten nach Breslau  
oder für Breslauer Firmen nach außerhalb ist erst im Verbands-  
bureau Erlaubigung einzugehen. Die Ortsverwaltung.

**Die Gelben und die Krankenkassenwahlen.** Am Freitag finden  
die Delegiertenwahlen zur Krankenkasse der Vereinigten  
Siemenswerke statt. Die Gelben bieten nun alles auf, ihren  
Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Zu wech schädigen,  
geradezu widerwärtigen Mitteln sie dabei greifen, zeigt  
ein Zirkular, das zur „Instruktion“ an die gelben Vertrauens-  
leute vom Bevollmächtigten des Bernerwerkes gefaßt wurde.  
Wir begnügen uns heute damit, dieses vom Terrorismus schlimm-  
ster Sorte zeugende Zirkular der Öffentlichkeit zu unterbreiten:  
Instruktion für die Vertrauensleute des Berner  
Werks zu den Krankenkassenwahlen.

§ 1. Der Vertrauensmann hat die Pflicht, die Mitglieder  
seiner Abteilung auf die am Freitag den 25. Febr. 1910 statt-  
findende Wahl und denen welche mitgestimmt, weil vielleicht dieser  
oder jener der Vorge schlagenen ihren Beifall nicht findet, auf-  
merksam zu machen, daß es sich jetzt nicht um die Person, sondern  
um den Unterstützungverein handelt es daher Pflicht eines jeden  
Mitgliedes ist, die Liste des Unterstützungverein zu wählen; dies  
geschieht dadurch, daß man die Nummer 1 auf den Stim-  
zetteln schreibt.

§ 2. Die mündliche Agitation beschränkt sich nicht nur  
auf Mitglieder, sondern auch auf alle, bei denen ein Erfolg zu  
erwarten steht.

§ 3. Sind Personen im Saal mit welchen der Vertrauens-  
mann keine persönliche Rücksprache nehmen möchte, so macht er den  
nächsten Kollegen zur Pflicht dies zu tun.

§ 4. Ist ein Kandidat unserer Liste im Saal, so hat der  
Vertrauensmann denselben zur Mitarbeit aufzufordern.

§ 5. Macht sich Gegenopposition bemerkbar, so melden man  
dies sofort dem Vorstand. (Ruf.)

§ 6. Alles was Streit und Unfrieden erwecken könnte ist  
streng zu vermeiden.

§ 7. Der Vertrauensmann hat sich am Donnerstag den 24. 2.  
10. in der Zeit von 10—11 Uhr vormittags in der Arbeiter-Ab-  
nahme zu melden, um Druckmaterial in Empfang zu nehmen.

Des Geistes sind dieser gelbe Bevollmächtigte des Berner-  
werkes ist, zeigt der Inhalt des Zirkulars, das wir wörtlich ab-  
gedruckt. — Wir erwähnen noch, daß im Bernerwerk die Liste  
Nummer 2 die Kandidaten der freien Gewerkschaften enthält.

### Deutsches Reich.

Die Wötter legten beim Wöttermeister Kornad in  
Fürstenaalbe a. Spree wegen Nichtbewilligung ihrer Forde-  
rungen die Arbeit nieder. Die Forderungen waren bereits im Sep-  
tember vergangenen Jahres eingereicht worden. Aber mit Rück-  
sicht auf den noch bestehenden ungünstigen Abschluß mit den Ab-  
nehmern der Srupptonnen wurde die Forderung verweigert. Da nun  
der Abschluß fast beendet ist, traten die Wötter erneut mit ihren  
Forderungen an die Arbeitgeber heran. Da diese abermals ab-  
schlägig beschieden wurden, sahen sich die Wötter veranlaßt, in den  
Ausstand zu treten. In Fürstenaalbe werden sehr niedrige Afford-  
sätze für Srupptonnen bezahlt.

### Auge um Auge, Zahn um Zahn!

In den Egelstorf-Fahrradwerken in Brandenburg a. O. be-  
stand seit Jahren zwischen dem Unternehmer und den Arbeitern ein  
erträgliches Verhältnis, die Arbeitslöhne waren durch Tarifvertrag  
festgesetzt und auch sonst kam man sich gegenseitig nicht unnahe.  
Das wurde mit dem Tage anders, an dem die Fabrik sich in eine Aktien-  
gesellschaft umänderte. Der neue Herr Direktor Kern war ein  
fleißiger Förderer der Gelben. Die alten Arbeiter wurden nach  
und nach entlassen, angefaßt wegen Arbeitsmangels, neue Arbeiter  
aber wurden vielfach eingestellt, jedoch unter der ausdrücklichen Be-  
dingung, daß jeder Neueingestellte Mitglied des gelben Werbervereins  
werden müsse. Wer das nicht tat, wurde kurzerhand wieder ent-  
lassen. Als die Firma kürzlich bei Neueinstellungen von Arbeitern,  
die sie sehr nötig brauchte, eine Ausnahme machte, d. h. die Arbeiter  
nicht zum Eintritt in den gelben Verein zwingen wollte, protestierten  
die Gelben dagegen. Die Direktion gab dem nach. So war die  
Herrschaft der Gelben im Betriebe unbeschränkt, und daß das De-  
nungszugentum und Schmarohertum die schönsten Blüten zeitigte, ver-  
steht sich am Rande.

Diese Zustände wurden den Arbeitern, die sich nur widerwillig  
diesem Zwange beugten, denn doch zu viel. Sie setzten sich gegen  
die gelben Unverschämlichkeiten endlich zur Wehr. In der „Arbeiter-  
Radfahrer-Zeitung“ und in der Brandenburgischen Parteizeitung er-  
schienen Artikel, die diesen Terrorismus entthüllten, und ein Ver-  
treter des Metallarbeiterverbandes trat mit dem Hauptabnehmer der  
Fabrikate der Egelstorf-Fahrradwerke in Unterhandlungen und be-  
deutete ihm, daß die Arbeiterschaft als Hauptläuferin dieser Fahr-  
räder es jedenfalls wird ablehnen müssen, Fabrikate einer Firma  
zu kaufen, die das Koalitionsrecht der Arbeiter solchermaßen mit  
Füßen tritt. Auf ein Anschreiben dieses Magdeburger Vertreters  
an die Firma erhielt dieser dann eine in sehr langweiliger Tone  
gehaltene schriftliche Antwort zurück, in der die Direktion alle Schuld  
von sich wies. Sie respektierte die Koalitionsfreiheit ihrer Arbeiter,  
die Meister ihres Betriebes hätten sich vereinzelt nicht ganz ihren  
Intentionen angepaßt, sie hätten sehr wohl auf Anweisung bekommen,  
die Arbeiter unter keinen Umständen wehe aufzufordern, dem Ar-  
beiter-Hilfsverein beizutreten. Die Direktion will von jetzt an scharf  
darauf achten, daß Verstöße dagegen nicht wieder vorkommen. Kurz-  
um, die Direktion verspricht gründliche Remedur und bittet zum  
Schluß ihres Schreibens, unserem Brandenburgischen Parteiorgan von  
ihren Erklärungen Kenntnis zu geben.

Daß die Direktion so ganz unschuldig an den unheilvollen Zu-  
ständen im Betriebe war, glauben wir zwar nicht — es ist das  
immer eine sehr bequeme Ausrede für die Unternehmer, solche Miß-  
taten auf Meister und Beamte zu schieben —, wollen aber von dem  
guten Willen und der besseren Einsicht gern gebührend Notiz  
nehmen, die in diesem Falle die Gewerkschaftsorganisation und die  
organisierte Arbeiterschaft den Frevlern am Koalitionsrecht be-  
brachten.

### Die Aufnahme des Extrabeitrages im christlichen Gewerbeverein.

Der christliche Gewerbeverein der Bergarbeiter hatte beschlossen,  
eine Urabstimmung über den von den Mitgliedern zu erhebenden  
Extrabeitrag vorzunehmen. Die erste Abstimmung hat nun für den  
Bezirk Gelsenkirchen stattgefunden. Das Ergebnis ist folgendes:  
Mit „Ja“ stimmten 2650 mit „Nein“ 5110 Mitglieder. 455 Mit-  
glieder enthielten sich der Abstimmung. Dies Ergebnis zeigt, daß  
die Opferwilligkeit im Gewerbeverein keine sehr hohe ist.

### Ausland.

#### Zum Traubahnerstreik in Philadelphia.

Der Ausstand in Philadelphia nimmt, wie dem „New York  
Herald“ gemeldet wird, immer größeren Umfang an. Mehr als  
100 000 Arbeiter sind ausständig. Es sind etwa 10 000 Soldaten  
zusammengeschoben. Der Gouverneur des Staats Philadelphia hat  
mit dem Bürgermeister von Philadelphia ein gemeinsames Vor-  
gehen gegen die Streitenden vereinbart. Dreihundert Ausländische  
wurden verhaftet und ebenso viel Verletzte befinden sich in den  
Hospitälern.

### Aus der Frauenbewegung.

#### Väterliche Fürsorge eines Amtsvorstehers.

In Thale (Harz) wollten die sozialdemokratischen Frauen  
einmal des Tages Fast und Dige vergessen und arrangieren zu  
dem Zwecke ein Vergnügen. Der fürsorgliche Amtsvorsteher setzte  
die Polizeistunde für das Vergnügen auf die Mitternachtsstunde fest.  
Die Genossinnen beschritten hiergegen den Beschwerdeweg und  
erhielten darauf folgende Antwort:

Der Amtsvorsteher.

Thale a./H., d. 19. Febr. 1910.

Z. Nr. 1473.

Auf die heute bei mir mündlich angebrachte Beschwerde über  
die Festlegung der Polizeistunde der öffentlichen Lustbarkeit des  
sozialdemokratischen Frauenvereins auf 12 Uhr abends teile ich  
Ihnen mit, daß dies mit Rücksicht darauf geschehen ist, weil der  
veranstaltende Verein aus Frauen besteht, diese ihre Kinder für  
die Dauer der Lustbarkeit zurücklassen müssen, die sich dann selbst  
überlassen sind.

Des ferneren müssen die meisten Teilnehmerinnen sowie  
deren Ehemänner am Montag früh wieder zeitig zur Arbeit und  
daher der vorzeitige Schluß der Lustbarkeit aus sozialen Gründen  
geboten erscheint, welches auch nur im Interesse der Teilnehmer  
liegen kann.

Der Amtsvorsteher.

(Name unleserlich.)

Es ist gewiß keine leichte Aufgabe, die die Polizei zu er-  
füllen hat.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Ein „Pressfänger“.

Paris, 23. Februar. (B. L. V.) Der Antimilitarist Herbe,  
Chefredakteur des Blattes „Guerre Sociale“, wurde heute wegen  
eines Artikels, in dem die Tat des Apachen Liabeuf, der kürzlich  
einen Polizeibeamten getötet hatte, gepriesen wird, vom Schwur-  
gericht zu vier Jahren Gefängnis und 1000 Frank Geldstrafe ver-  
urteilt. Der Mitangeklagte Herausgeber des Blattes, Raoul, wurde  
freigesprochen.

#### Aus der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 23. Februar. (B. L. V.) Die Deputierten-  
kammer nahm das Kolonialbudget an und beriet sodann über  
das Marinebudget. Der Marineminister erklärte, er habe bei  
Übernahme des Ministeriums das Geschwader in der Nordsee nicht  
in der entsprechenden Stärke vorgefunden, und auch der Effektive-  
bestand der Schiffe im Mittelmeer sei unvollständig gewesen,  
innerhalb eines Monats jedoch seien die Effektivebestände vervoll-  
ständigt worden. Er sei entschlossen, Bizerta und die Häfen am  
Atlantischen Ozean in den Stand zu setzen, die Geschwader zu ver-  
probantieren. Im Mai würden die Geschwader mit vollständigem  
Effektivebestande bereitliegen, auf den ersten Befehl hin in See zu  
gehen. In jedem Geschwader lägen jederzeit sechs Schiffe fahrbereit.  
Er habe dreißig Schiffe wegen ihrer der Reuzzeit nicht entsprechenden  
Bauart ausscheiden müssen. Er gebe der Kammer die Versicherung,  
daß er sie niemals auffordern werde, dem Bau irgend eines  
Schiffes zuzustimmen, bevor nicht die Baupläne vollständig vor-  
liegen.

Am Schlusse seiner längeren Ausführungen erklärte der Mi-  
nister: Man darf sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß  
unsere Marine für den Fall eines großen europäischen Krieges  
noch nicht allen Anforderungen entsprechen wird. Niemand weiß  
besser als ich, was noch zu tun bleibt. Ich werde alles aufbieten,  
um mich des Vertrauens des Parlaments würdig zu erweisen. Die  
Sitzung wurde darauf geschlossen.

#### Militär gegen Streikende.

Pointe a Pitre (Guadeloupe), 23. Februar. (B. L. V.) Der  
Ausstand der Arbeiter auf den Zuckerpflanzungen dauert an. Im  
Verlaufe eines Zusammenstoßes zwischen den Ausständigen und  
Soldaten wurden drei Arbeiter getötet und mehrere verwundet.

#### Die Chinesen auf dem Marsch nach Tibet.

London, 23. Februar. (B. L. V.) Wie das Reutersche Bureau  
erfährt, sind 25000 nach japanischem Muster ausgebildete chinesische  
Soldaten von Szechuan nach Tibet aufgebracht. Sie stehen  
unter Führung des Bruders des Bizekönigs von Szechuan und  
sind mit Apparaten für drahtlose Telegraphie, mit Maschinen-  
gewehren und Gebirgsgeschützen versehen. Augenscheinlich ist beab-  
sichtigt, Chinas Herrschaft in Tibet aufzurichten, die Lage an der  
Grenze zu verbessern und der chinesischen Niederlassung neuen Mut  
einzuflüßeln. Zur Ausrüstung dieses Zuges sind in den beiden mit  
neuerdings deutschen Maschinen eingerichteten und unter  
deutscher Aufsicht stehenden Arsenalen von Chengtu sieben-  
tausend Arbeiter Tag und Nacht tätig gewesen. Die Expedition hat  
unter der Mütze und der Feindseligkeit der Grenzstämmen bereits sehr  
gelitten. In der Nähe von Datung ist sie sogar in einen  
Hinterhalt geraten und hat vierhundert Mann und eine Anzahl Ge-  
schütze verloren.

#### Der bulgarisch-türkische Grenzzwischenfall.

Konstantinopel, 23. Februar. (B. L. V.) Dem Zwischen-  
fall an der türkisch-bulgarischen Grenze wird von türkischer Seite  
ernstere Bedeutung nicht beigelegt. Nach einer Depesche er-  
öffneten die bulgarischen Soldaten plößlich das Feuer, wobei ein  
türkischer Korporal getötet und einer verwundet wurde.  
Die Porte beauftragte den türkischen Gesandten in Sofia, bei der  
bulgarischen Regierung ernsthafte Schritte zu tun, damit Maß-  
nahmen zur Verhinderung der Grenzzwischenfälle getroffen werden.

#### Betriebsbeschränkungen.

Hall River (Massachusetts), 23. Februar. (B. L. V.) Sämt-  
liche Baumwollfabriken mit einer Ausnahme haben be-  
schlossen, den Betrieb durch Schließung der Fabriken für einen Tag  
in jeder Woche einzuschränken. 25 000 Angestellte werden von  
dieser Maßnahme betroffen.



Reichstag.

42. Sitzung vom Mittwoch, den 23. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Vermuth, Dr. Delbrück. Der Platz des Abg. Bebel ist mit einem schönen Strauß roter Nelken geschmückt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Vizepräsident Dr. Spahn mit, daß aus Anlaß des Todes des Präsidenten Grafen Stolberg-Berningerde Beileidschreiben eingegangen sind vom Deutschen Kaiser, vom König von Sachsen, einer Reihe von Fürsten der Bundesstaaten sowie vom Präsidium des preussischen Herrenhauses und dem Oberbürgermeister von Königsberg.

erste Beratung des Entwurfs eines Reichskontrollgesetzes,

durch welches die Kontrolle des gesamten Reichshaushalts, des Landeshaushalts von Elbfürstentümern und des Haushalts der Schutzgebiete bis auf weiteres der preussischen Oberrechnungskammer unter der Benennung „Rechnungshof des Deutschen Reiches“ unterstellt wird.

Reichsrechnungsekretär Vermuth begründet den Entwurf, der nicht wie frühere ähnliche Gesetze nur für ein Jahr gelten, sondern die Materie bis auf weiteres, nämlich bis zum Erlaß des noch ausstehenden Gesetzes über den Rechnungshof, regeln soll. Im wesentlichen handelt es sich bei dem Entwurf um vereinfachende Bestimmungen zur Verringerung des Schreibverkehrs; so soll der Rechnungshof von der Durchführung der Einziehung von Beträgen absehen dürfen, wenn sie mit Weiterungen oder Kosten verbunden wäre, die nicht im richtigen Verhältnis zu der Höhe des Betrages ständen.

Abg. Bürke (natl.) beantragt, den Entwurf an die Budgetkommission zu überweisen, da noch im einzelnen geprüft werden müsse, ob die Vereinfachung auch ausreichende Sicherheit für die Kontrolle ergebe und ob nicht der Rechnungshof durch die geplanten Vereinfachungen zu sehr belastet werde.

Abg. Naden (Z.) schließt sich dem Antrag auf Kommissionsüberweisung an.

Abg. Fehr v. Gamp (Sp.) erklärt sich im allgemeinen mit den Verbesserungen, die der Entwurf im Rechnungswesen bringt, einverstanden; Einzelheiten könnten in der Kommission noch erwoogen werden.

Abg. Fehr v. Nichteusen (L.) erklärt sich ebenfalls für Kommissionsberatung: die Gleichgültigkeit des fast leeren Hauses beweise, daß die Materie sich für die Beratung im Plenum nicht eigne.

Hiermit schließt die Debatte; der Entwurf wird der Budgetkommission überwiesen.

zweite Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern

mit den dazu gestellten Resolutionen fortgesetzt.

Abg. Graf v. Carmer-Bischoff (Z.): Ich möchte die von meinen Freunden beantragte Resolution zur Annahme empfehlen, welche die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatbeamten noch in dieser Session wünscht. Empfehlen möchte ich ferner die Resolution des Zentrums, welche die Unfallfürsorge wünscht bei Arbeiten, die zur Rettung von Personen und zur Bergung von Gegenständen vorgenommen werden. Die Resolution des Zentrums, welche Vereinbarungen oder Maßnahmen zur Verhinderung des Gebrauchs des gesetzlichen Koalitionsrechts unter Strafe gestellt wissen will, halten wir für sehr bedenklich; es könnten dann ja Abwehrkoalitionen der Unternehmer verboten werden! Der § 152 der Gewerbeordnung bleibt am besten wie er ist. Ganz unannehmbar ist für uns die Resolution der Polen, welche das Koalitionsrecht auch für die Landarbeiter verlangen. Auf dem Lande herrschen ganz andere Verhältnisse als in der Industrie; das Koalitionsrecht der Landarbeiter würde nur einen Keil treiben in das gute Verhältnis zwischen Landwirten und Landarbeitern. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Zustimmung rechts.) In einer weiteren Resolution wünschen meine Freunde eine gesetzliche Regelung des Verkehrs mit Futur- und Dingemitteln; das läge namentlich im Interesse der kleinen Landwirte. Ferner wünschen wir, daß in Mollereien die ununterbrochene Ruhezeit auf acht Stunden täglich herabgesetzt werden darf. Den Arbeiterinnen ist in diesem Falle eine mindestens dreistündige Mittagspause zu gewähren. Dadurch wird die beständige Ruhezeit gewahrt. Eine solche Bestimmung wird niemand schaden. (Zustimmung rechts.) Eine rigorose Sonntagsruhe schädigt den kaufmännischen und ge-

werblichen Mittelstand, besonders auf dem Lande und in den kleinen Städten. (Lebhafte Beifall rechts, besonders beim Abg. Pauli-Potsdam.) Bei der Schauprüfung sollte nicht nur auf die physischen, sondern auch auf die moralischen Qualitäten der Schauprüfer gesehen werden. Vor dem blöden Geruch der Automobile muß das Publikum, besonders das ländliche, geschützt werden. (Bravol rechts.)

Abg. Dr. Stresemann (natl.): Die Schutzpolitik hat Großes geschaffen, sie kann aber verhängnisvoll werden, wenn sie zum Zollkrieg mit Ländern führt, auf deren Rohprodukte unsere Industrie angewiesen ist. Gegenüber der Ueberbannung des Schutzgebots, wie sie namentlich jetzt in Frankreich zutage tritt, muß die Reichsregierung die schärfsten zulässigen Mittel ergreifen. In Frankreich selbst erklären weite Kreise die schärfsten deutschen Repressivmaßnahmen gegenüber dem vorgeschlagenen Hochschutzzolltarif für berechtigt oder doch begreiflich. Wir wünschen dringend die Vermeidung des Zollkriegs, schlagen aber vor, die Reichsregierung mit Vollmachten gegenüber den wichtigsten Einfuhrartikeln aus Frankreich (Champagner, Kognak usw.) auszurüsten. Wenn die Vollmachten nicht zur Anwendung zu gelangen brauchen, um so besser.

Der deutsch-portugiesische Handelsvertrag hat große Befriedigung ausgelöst in — Portugal. (Große Heiterkeit.) Die Fischbörse Handelskammer hat der portugiesischen Diplomatie zu ihrem großen Erfolge gratuliert. (Hört! hört! im Zentrum und bei den National-Liberalen.) Die Kritiker an dem Vertrage hatten also recht.

Kollege Mayer-Kaufbeuren hat hier ein angebliches Flugblatt des Hansabundes verlesen. Dieses Flugblatt war — nebenbei gesagt — ein verkehrlicher Entwurf. (Hört! hört! bei den Liberalen.) Wenn aber in diesem Entwurf gesagt wird, daß wirtschaftspolitische Auffassungen nicht das eigentliche Einigungsbündnis des Zentrums bilden, warum entrüstet sich Kollege Mayer-Kaufbeuren darüber? Ich dachte, sehr einflussreiche Leute im Zentrum selbst waren es, die die konfessionelle Gemeinschaft als das eigentliche Band bezeichnet haben, durch das das Zentrum zusammengehalten wird. (Hört! hört! bei den Liberalen.) Ein Zentrumsmann selbst, Geh. Kommerzienrat Bössem in Kachen hat erklärt, daß er nach wie vor in religiöser Beziehung das Zentrum unterstützen werde, doch er aber doch dem Hansabund beitreten werde, weil das Zentrum gegen die Interessen der Industrie und des Handels verstoßen habe. (Hört! hört! links.) Uebrigens ist es auch dem Verfasser jenes angeblichen Flugblattes nicht eingefallen, das Zusammengehen des Hansabundes mit dem Zentrum zu predigen. Herr Mayer-Kaufbeuren hat nämlich den wichtigen Vorderlay weggelassen: „Wenn das Zentrum seine Wirtschaftspolitik ändert.“ (Hört! hört! bei den Liberalen.)

Herr Mayer-Kaufbeuren sprach weiter vom Interessengegensatz zwischen Großhandel und Großindustrie auf der einen und dem Kleinhandel auf der anderen Seite. Gewiß sind Gegensätze vorhanden (Hört! hört! rechts), aber sie verschwinden gegenüber dem gemeinsamen Gegenstand zu den Hochgradisten, die schon heute die Parole ausgeben: noch weitere Erhöhung der Weizenbörse! (Lebhafte Hört! hört! links.) Die Existenz des Hansabundes wird übrigens weder gefährdet durch Reden wie die des Abg. Mayer noch durch Skizzen im Jektus Busch. (Lebh. Zustimmung bei den Liberalen.) Nebenbei gesagt: Wenn der Herr Reichskanzler wieder einmal das Bedürfnis empfindet, ein Kolleg über guten Ton zu halten, so halte er es dem Wunde der Landwirte (Lebhafte stürmische Zustimmung auf der gesamten Bank. Zuruf des Abg. Goltzheim: Sei den Wählern erster Klasse! Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Bund der Landwirte kann ein Kolleg über guten Ton vorzüglich gebrauchen: Der Bund der Landwirte, der den Abg. Wassermann zum Dank für seine großen Verdienste um das Zustandekommen des Posttarifs von 1902 durch einen Diederich Hahn durch den Schmutz ziehen läßt! (Unruhe rechts, lebhaft wiederholte Zustimmung links.)

Kedner weist im ferneren Verlauf seiner Ausführungen auf die Reichsversicherungsordnung hin, die ein schwer zu bewältigendes Riesenwerk sei. Vor der Kommissionsberatung könne einen Grausen packen, wenn man etwa von Paragraph zu Paragraph Abänderungsanträge vom Kollegen Stadthagen ausführlich und tiefgründig begründet sich vorstelle. (Heiterkeit bei den Liberalen und rechts, Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück verbreitet sich über Fragen der Handelspolitik und verwahrt die Reichsregierung gegen den Vorwurf, die Interessen der Exportindustrie beim Abschluß von Handelsverträgen nicht genügend gewahrt zu haben. Die allgemeine Entwicklung geht dahin, daß jede Nation sich ihre eigene Industrie zu schaffen sucht. Die Nationen, die bisher auch ihre Rohprodukte für unsere Industrie zur Verfügung stellten, suchen jetzt diese Rohprodukte selbst zu verarbeiten. Aber eine Abkehr von unserer bewährten Schutzpolitik, unter der Industrie, Handel und Landwirtschaft emporgehoben sind, kann nicht in Betracht kommen. Ueber die künftigen Handelsverträge steht schon Betrachtungen an-

bleiben pflegen. Jedenfalls ist die Statue deshalb von hohem Wert, weil sie sichtlich als Porträt gearbeitet ist und eine in der Welt nicht erhaltene Kunst zeigt. Namentlich die Gesichtsbildung und die schwellenden Formen des Rumpfes sind mit einem Verstand von Realismus ausgeführt, für die es ein Beispiel in der afrikanischen Kunst bisher nicht gegeben hat. Es ist Lobdank gelungen, dies wertvolle Stück nach Europa zu bringen, angeblich ohne das Zartgefühl der bisherigen Besitzer zu verletzen.

Cool als Erzieher. Es war durchaus kein Wunder, daß Cool in Amerika zuerst bis zum Bahnhofs geleitet und dann, nach der „Mildentdeckung“, in allen Lokarten verurteilt wurde. Das ist einfach amerikanisch. Aber ziemlich unamerikanisch mutet es an, wenn jetzt einzelne Stimmen laut werden, die da meinen, man dürfe doch die gute Lehre nicht so ganz übersehen, die Cool der Welt erteilt habe. In einem Blatte, das in St. Louis erscheint, spricht Professor Watkins es mutig aus, daß der Rordpol sport längst eines Dämpfers bedürfte und daß es recht gut war, wenn er auf so drastische Weise erfolgte. „Ich habe nirgend gelesen“, schreibt Watkins, „daß irgend jemand an Cool die Frage gerichtet hätte, wie sich denn die Magnetnadel am Pol und runderum verhalten habe. Das mag eine Lücke in der Verichterstattung gewesen sein, aber sie war befrechend allseitig und sicherer mit von neuem den Beweis, was für Köpfe und Federn der Ruhm erfolgreicher Reisender anvertraut zu werden pflegt. Mir scheint, als spiele bei der heut gebrauchlichen Verhimmelung gewisser Reiseforscher allzuviel Geschicklichkeit von anderer Seite mit, und es ist nur zu beklagen, daß die maßgebenden gelehrten Körperschaften, die hier einen Einblick haben müßten, so viel zur Förderung des Lamtam und so gar nichts dagegen tun. Damit hängt die Beobachtung zusammen, daß die allgemeine Pflege der Erdkunde — im Sinne der positiven Verbreitung guter geographischer Kenntnisse — durchaus keine Fortschritt bei den zivilisierten Nationen macht. Am liebsten würde man die Hauptlehrstühle überall mit berühmten Reisenden besetzen oder doch mit solchen Professoren, die in fremden Ländern mindestens fünf bis sechs Tagebücher zusammengeschrieben haben. Das gibt natürlich ein Spezialistentum, mit dessen praktischen Lehrrisiken, am Bedarf der Studierenden gemessen, unmöglich viel zu gewinnen ist. Um aber auf Mr. Cool und den Rordpol zurückzukommen: der Mann hat ohne Zweifel das Verdienst erworben, daß die Jagd nach diesem geographischen Punkt nun für ein paar Jahre minder heftig und sinnlos betrieben wird. Schon längst könnten die äußersten arktischen Gegenden zuverlässiger erschlossen sein, wenn es sich nicht fast immer um persönliche Ruhmsucht und um ein rein sportliches Ziel gehandelt hätte. Wer imstande ist, einmal von der moralischen Seite des Falles abzusehen, wird einräumen müssen, daß Cool eine ziemlich geisteslos mit gutem Humor verband, als er die Menschheit von der Unkontrollierbarkeit dieses Weltlaufs überführte.“

zusteilen, würde unangemessen sein. Wissen wir doch nicht, ob der einzige große Staat, der bisher noch am Freihandel festhält, bis dahin zum Schutzoll übergegangen ist. Jetzt schon die Fragen zu erörtern, ob die Erhöhung einzelner Zollpositionen, ob ein durchgängiger Doppeltarif mit Maximal- und Minimalzöllen sich empfiehlt, ist unangängig. Bis 1917 sind unsere Zollsätze durch die Handelsverträge festgelegt.

Die Forderung nach einem Reichsartellgesetz ist leichter gestellt als durchgeführt; die Publizität, die man den Syndikaten auferlegen könnte, wird immer nur eine beschränkte sein können, schon mit Rücksicht auf das Ausland. Bei der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Wirkungen der Syndikate sollte man mit einem Syndikatgesetz mindestens noch einige Jahre warten. Wohl könnte man gelegentlich gegen ein einzelnes Syndikat wegen seiner besonderen schädlichen Wirkungen vorgehen. — Herr Stresemann forderte eine Verschleimung der im vorigen Jahre vom Reichstage gewünschten Denkschrift über die Zollwerke. Aber ich trage Bedenken, Einzelheiten über diese Werke hier mitzuteilen, es könnte das perniciös (verderblich) für diese Werke sein. An einen Gesetzentwurf zur Regelung der Pensionsverhältnisse der Privatbeamten werden wir sofort herangehen, sobald die Reichsversicherungsordnung erledigt ist.

Abg. Breßli (Pol.): In Deutschland, insbesondere in Preußen, wird den Ausländern die wirtschaftliche Niederlassung erschwert, ja sogar am Studium auf Hochschulen werden sie vielfach gehindert! Wir verlangen deshalb eine gesetzliche Regelung des Aufenthaltsrechts der Ausländer im Deutschen Reich, und zwar sollte baldigst ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt werden.

Man sucht die Berufsvereine an jedem Gebrauch der polnischen Sprache zu hindern. Auch die Gerichte verlassen sich vielfach einfach auf die Ausführungen des Polizeikommissars; so kommt es, daß vielfach Berufsvereine als politische Vereine erklärt werden! Wir müssen für die polnischen Berufsorganisationen dieselbe Behandlung verlangen, wie sie die christlichen Berufsorganisationen erfahren. Auch für die Landarbeiter verlangen wir das Koalitionsrecht.

Im Interesse der Bergarbeiter fordern wir vor allem ein einheitliches Bergrecht für das ganze Reich; dieses Bergrecht muß die geheime Abstimmung bei den Wahlen der Knappheitsältesten bringen, sowie die Maximalarbeitszeit der unter Tage Beschäftigten je nach den Verhältnissen von 6—8 Stunden. Natürlich werden wir auch der sozialdemokratischen Resolution zustimmen, nach welcher für alle Stein- und Braunkohlen-, Erz- und Kohlenbergwerke sowie für die Schiefer- und Tongruben die Arbeitszeit vom 1. Oktober 1910 ab nicht 8 $\frac{1}{2}$ , vom 1. Oktober 1911 ab nicht 8 Stunden soll überschritten dürfen. Wir selbst verlangen in einer weiteren Resolution einen Gesetzentwurf, durch welchen den Bergarbeitern die Freizügigkeit und die Freiheit des Arbeitsvertrages gewährleistet wird und paritätische Arbeitsnachweisstellen errichtet werden. Die Resolution der Konservativen, die Graf Carmer so warm befürwortet hat, können wir nicht unterstützen; wir können den Arbeiterinnen in den Mollereien die ununterbrochene zehnstündige Arbeitszeit, die ihnen das Gesetz gewährt, nicht verkürzen.

Abg. Kieseberg (Wirtsch. Sp.) betont, wie wertvoll die soziale Gesetzgebung sei, die von den Sozialdemokraten nicht genügend gewürdigt werde. Der Redner klagt dann über das Ausbleiben der sozialdemokratischen Konsumvereine, durch welche viele Mittelstandsexistenzen vernichtet werden, und jammert über die hohe Belastung des Mittelstandes durch die Sozialpolitik, die nur für die Arbeiter Sorge. Wenn die Regierung nicht helfend eingreife, müsse der Mittelstand zugrunde gehen.

Darauf vertagt sich das Haus. Persönlich bemerkt Abg. Dr. Meyer-Kaufbeuren (Z.): Gegenüber dem Abg. Stresemann muß ich bestreiten, daß in dem von ihm zitierten Flugblatt gesagt ist, der Hansabund und das Zentrum haben gleiche wirtschaftliche Anschauungen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberatung.)

Schluß 8 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

36. Sitzung, Mittwoch, den 23. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Roltke.

Ein Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Radeburg, wird an die Gemeindeforschung verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Erweiterung des Stadtkreises Spandau.

Abg. Lübbe (freil.) begrüßt die Vorlage im Interesse der Stadt Spandau und beantragt Uebersetzung an die Gemeindeforschung.

Paris—Peking in neun Tagen. In etwa zwei Jahren wird nun auch das zweite Glied der sibirischen Bahn westlich vom Baikalsee vollendet sein. Schon jetzt ist von den beiden Eisenbahnstrecken durch die Fahrt von St. Petersburg nach Oskanen verkehrt wird, die eine Linie (Perm—Jelaterinenburg) soweit fertiggestellt, daß ein Probebetrieb stattfinden konnte, an der anderen Strecke (Tjumén—Omsk) wird zurzeit noch gebaut. Die neue Linie Perm—Jelaterinenburg (schaff, wie die Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure berichtet, eine Verkürzung des Durchgangsweges von 106 Kilometer, durch die im Bau befindliche wird eine solche von 182 Kilometer erreicht werden, so daß die Gesamtverkürzung, die bis 1912 sich ergeben wird, 288 Kilometer beträgt. Dazu wird nun in den folgenden Jahren eine weitere, ganz bedeutende Verkürzung des Schienenstranges treten, der Europa mit Peking, der Endstation, verbindet. Heute geht die Strecke bekanntlich durch die Mandchurie; nun soll aber eine neue durch die Mongolei geführt werden; ein kleiner Teil davon, die Strecke Peking—Kalgan, ist bereits gebaut und ihre Fortführung bis zur mongolischen Grenze geplant. Diese Mongoleibahn wird über Kjachta gehen und sich bei der Station Mjflowaja mit der sibirischen Eisenbahn vereinigen. Alle diese teils schon ausgeführten, zum Teil in Aussicht genommenen Neuerungen und Verkürzungen werden es möglich machen, daß die künftigen direkten Pässe Paris—Peking etwas über 9 Tage zu fahren haben werden, während die jetzige Reisezeit 14 Tage beträgt.

Notizen.

— Ein Künstlerporträt Vebels. Der Berliner Maler-Maler Hermann Struck hat im Verlage von Hugo Heller u. Cie., Wien, ein lebensgroßes Porträt Vebels, eine Original-Lithographie in 300 vom Künstler signierten und handschriftlich nummerierten Abzügen hergestellt. Jedes Exemplar trägt außer der Unterschrift des Künstlers auch die eigenhändige Unterschrift Vebels. Das Exemplar kostet 30 M.

— Eine fabriklöse Kofle. Selbst in solchen Fabriken, wo die Elektrizität durch Wasserkraft erzeugt wird, ist der Kostenverbrauch, teils um Reservemaschinen zu treiben, teils um Wasser in Dampf zu verwandeln, der bei der Fabrikation vieler Materialien unumgänglich ist, immer noch ziemlich stark. In Notoden in Norwegen befindet sich aber eine Nitratfabrik, in der die Verwendung von Koflen vollständig ausgeschlossen ist. Die aus einem gewaltigen Wasserfall verwandte Kraft, die die elektrischen Motore in Bewegung setzt, wird auch bei der Heizung im Großen und bei den zahlreichen Verbampungsprozessen verwandt. Die aus den elektrischen Defen strömenden heißen Gase werden unter große Wasserfälle geleitet, wo sie die Stelle des Koflenfeuers vertreten. Die Fabrik rühmt sich, seit neun Jahren ohne ein Kilo Steinkofle gearbeitet zu haben.

Kleines feuilleton.

Das erste Fahrrad. Die Erfindung des Fahrrades, wenigstens die erste Anregung dazu, scheint doch älteren Datums zu sein, als man gewöhnlich anzunehmen geneigt ist. Man hat indessen den von dem badischen Fortschrittsforscher Karl von Drais in Sauerbrom 1817 hergestellten zweirädrigen Wagen zum Selbstfahren, nach seinem Erfinder Draisine genannt, für den Vorkämpfer des Fahrrades gehalten. Aber die „Königlich privilegierte Berlinische (Haude- und Spenerische) Staats- und gelehrte Zeitung“ bringt bereits in ihrer Nummer vom 25. März 1784 folgenden, Graeg, den 9. März, datierten Bericht: „Herr Philipp Ignaz Trexler alhier hat nun schon den zweiten Wagen fertig, mit welchem man ohne Pferd ebenso geschwind fährt, als ihn ein im Trapp laufendes Pferd ziehen könnte. Dieses Verwisch hat zwei Kläder, welche der Fährnde nach und nach mit den Füßen zu treten hat, um sich auf dem graden Wege zu erhalten; und wenn er sich wenden oder umkehren will, so ist hierzu wieder eine andere Maschine angebracht. Der erstere Wagen wurde für zwanzig Dukaten verkauft.“ Es unterliegt hiernach keinem Zweifel, daß Trexler der erste Erfinder der Idee des nachmaligen Stahrorbes gewesen ist und daß die Draisine höchstens eine größere Vollkommenheit erreicht hat. Da Trexler vermutlich noch eine größere Anzahl seiner Wagen in die Welt geschickt haben wird, so ist es auch keineswegs ausgeschlossen, daß Drais von der Konstruktion des Trexlerschen „Verwisches“ Kenntnis gehabt hat.

Wibende Kunst bei den Songonern. Ein einzigartiger Fund ist im Gebiet des Songo- oder Kassaistromes in Westafrika gemacht worden und hat ein begreifliches Aufsehen bei den Vertretern der Völkerkunde erregt. Bis her hat es als eine unumstößliche Tatsache gegolten, daß die Anwendung der bildenden Kunst zur Darstellung menschlicher Porträts in Afrika für frühere Zeiten auf das alte Ägypten beschränkt gewesen ist. Der Sach wird berichtigt durch eine Holzstatue, die der Engländer Lorday bei dem Volkstamm der Buschongo in dem bezeichneten Gebiet des Songoitaales aufgefunden hat. Nach der Beschreibung, die ihr in der Monatschrift „Man“ gewidmet wird, beweist sie, daß eine Porträtkunst schon zu alten Zeiten bis tief hinab ins Innere des afrikanischen Kontinents gereicht haben muß. Die Statue stellt nach der Uebersetzung einen Nationalhelden dar, der unter dem schwingenden Namen Schamba Wolongonga bezeichnet wird. Das Alter scheint nicht genau feststellbar zu sein. Aber die dortigen Eingeborenen nennen diesen Helden den 93. in der Dynastie ihrer Hauptlinge, während der jetzt regierende König der 121. in dieser Folge sein soll. Es würden also zwischen jenem und diesem Herrscher 28 Regierungswechsel gewesen sein. Nun müßte freilich Genaueres darüber ermittelt werden, wie lange bei jenem Regentstamm die Könige im Durchschnitt an der Herrschaft zu-



In der Begründung der Vorlage ist davon die Rede, daß der Kreis Ostbavland für diese Eingemeindung von Spandau eine Entschädigung von 2650 000 M. erhält. Ich hielt das in ersten Augenblick für einen Druckfehler. Es handelt sich hier um einen Rückzug des Kreises gegenüber der Stadt (sehr wahr! b. d. Soz.), wenn pro Hektar 3300 M. Entschädigung gefordert werden. Dazu kommt, daß das Oberverwaltungsgericht ausdrücklich entschieden hat, daß die Kreise keinerlei Recht besitzen, solche Forderungen zu erheben. Das hat auch der Regierungsvertreter in der Gemeindeforschungs-Kommission zugegeben. (Hört! hört! b. d. Soz.) Wenn trotzdem die Regierung derartige Dinge laufen läßt, so erweist sie damit den Anschein, als ob sie sich über die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts einfach hinwegsetzt. Wie will sie da verlangen, daß das Volk Achtung vor der Rechtsprechung dieses höchsten preussischen Gerichtshofes hat? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) So sehr ich die Anlage der Stadtgemeinde Spandau verstehe, sich gerade nach dieser Seite hin auszubehnen, so liegt doch in der Gewährung dieser enormen Entschädigungssumme eine gewisse Leichtfertigkeit, die sich später als außerordentlich gefährlich erweisen kann. Mögen auch der Gemeinde die betreffenden Bezirke im Augenblick besonders wertvoll erscheinen, da in ihnen eine Reihe großer industrieller Unternehmungen liegen, was für die Gemeinde eine bedeutende Steuereinnahme bedeutet, so ist es doch durchaus nicht sicher, daß diese immer so bleibt. Ich erinnere daran, daß die Vorhänge z. B. wiederholt nach anderen Gegenden verlegt worden sind. So können auch Spandau später diese großen Steuerzahler verloren gehen. Jedenfalls steht die Entschädigung in gar keinem Verhältnis zu den Leistungen des Kreises für diese Bezirke. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es ist nichts als eine Cleverpolitik, die der Gemeinde Spandau gegenüber durchgeführt wird. Wenn die Regierung dem zustimmt, beweist sie dadurch, daß sie einer bestimmten einflussreichen Gruppe Vorteile zuschminkt zum Schaden der Gemeinde, die gezwungen ist, sich zu erwehren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Brandenstein (konf.): Dem Antrag auf Kommissionsberatung schließe ich mich an. Eine Diskussion über die Sache selbst wäre bei dem gegenwärtigen Stand der Angelegenheit völlig überflüssig.

Abg. Lüdtke (freil.): Die Entschädigungssumme ist allerdings groß, sie wird aber nicht nur für die hier zur Eingemeindung gelangenden Bezirke gezahlt. Nebenbei haben die eigenen Parteigenossen des Herrn Borgmann in der Stadtverordnetenversammlung in Spandau für die Bewilligung der 2 650 000 M. gestimmt. (Hört! hört! rechts. Abg. Borgmann (Soz.): Der Rat gehorcht, nicht dem eignen Trieb!) Die Vorlage geht hierauf an die Gemeindeforschungs-Kommission. Einige kleinere Etats werden nach unwesentlicher Debatte bewilligt.

Es folgt der Etat des Ministeriums des Innern. Ein Antrag des Berichterstatters v. Pappenheim (konf.), die Frage der Wahlrechtsreform und andere, über welche Gesetzentwürfe vorliegen, von der Generaldebatte auszuscheiden, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und eines Teils der Freisinnigen angenommen.

Bei den „Beihilfen an unterstützungsbedürftige Krieger“ teilt sich

Abg. Behr-Kruschwitz (Z.) die Art der Verteilung der Veteranenbeihilfen: Der Herr Abg. Zubeil hat im Reichstag behauptet, daß Gesuche um Gewährung von Veteranenbeihilfen aus politischen Gründen abgelehnt worden seien. Das glaube ich nicht. Wir sind allerdings auch Klagen über Nichtgewährung von Beihilfen zugegangen; ich bin aber überzeugt, daß lediglich die unzulängliche Fassung des Gesetzes daran schuld ist. Ich habe die Beschwerden vertrauensvoll dem Minister übergeben.

Ein Regierungsvertreter erwidert, daß gegenwärtig etwa zwei Drittel aller vorhandenen Veteranen die Beihilfe beziehen. Jeder Veteran, dessen Hilfsbedürftigkeit im Sinne des Gesetzes vorliegt, bekomme die Beihilfe. Politische Rücksichten kommen bei der Gewährung von Veteranenbeihilfe überhaupt nicht in Betracht.

Der Titel wird bewilligt. Es folgt die allgemeine Debatte beim Titel „Ministergehalt“.

Abg. Bell (Z.): Ueber die so außerordentlich wichtige Wahlrechtsvorlage werde ich nicht sprechen, da sie aus der Beratung ausgeschaltet worden ist. Im Anschluß daran scheint es aber doch der Prüfung wert, ob nicht

unser Kommunalwahlrecht

der Abänderung bedürftig ist. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß, ebenso wie für den preussischen Landtag, auch für die Gemeinden das geheime Wahlrecht eingeführt werden müsse. (Drabol) In Krefeld hat die nationalliberale Mehrheit der Stadtverordneten eine Abänderung des Wahlrechts beschlossen, durch welche die Wähler ihres Wahlrechts in der zweiten Abteilung verlustig gingen. (Hört! hört! Juraus im Zentrum: Acht liberal! Juraus links.) Wenn Sie (nach links) nachweisen, daß vom Zentrum in anderen Fällen ebenso gehandelt worden ist, werde ich das genau so beurteilen. (Drabol im Zentrum. Na! na! links.) Was

die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts

anbetrifft, so ist in der Kommission der Fall Kiel angeführt worden. Ein englischer Arbeiter wollte dort in seiner Muttersprache eine Ansprache halten. Er gehörte einer Deputation an, die vorher von dem früheren Staatsminister v. Werlepsch feierlich begrüßt worden war. Trotzdem hat der Herr Regierungspräsident diese Rede verboten. (Hört! hört!) Das steht im Widerspruch mit den Erklärungen, die seinerzeit bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes abgegeben wurden. Dasselbe gilt für das Verbot der polnischen Versammlung beim Katholikentag, das Herr Porck früher schon mit Recht auf das schärfste verurteilt hat. In dieser Versammlung sollte lediglich ein Vortrag eines Geistlichen über das Thema „Die Arbeit im Lichte des Glaubens“ gehalten werden, ohne jede Diskussion. Trotz Darlegung dieses Sachverhalts hat der Regierungspräsident, drei Monate nachdem er die Anzeige bekommen hatte, erklärt, daß keine Veranlassung vorliege, in diesem Falle eine Ausnahme zu machen. (Hört! hört! im Zentrum.)

Zum Schluß muß ich noch eine Sache zur Sprache bringen, bei der die Ehre der Zentrumsparlei lebhaft engagiert ist. Es ist eine Pruschkäre erschienen „Fürst Bülow und seine Zeit“. Der Verfasser verbirgt sich unter dem Namen „Germanikus“. Dieses Buch enthält von der ersten bis zur letzten Seite die unerhörtesten Beschimpfungen der Zentrumsparlei und eine Fülle von Schmähungen gegen die katholische Kirche. So heißt es z. B.: Der Haupterfolg des Wahlgesetzes von 1907 war die solange vergeblich ersehnte Auslösung des Krummstabs aus den Insignien der Hohenzollernschen Kaiserkrone. (Hört! hört! im Zentrum.) Die Nationalliberalen werden in der Pruschkäre dem Zentrum gegenüber als die Partei der reinen Selbstlosigkeit in nationalen Dingen hingestellt. (Schalendes Gelächter im Zentrum.) Vom Minister v. Studt heißt es, daß er viel zu lange im Amte geblieben sei, lediglich deshalb, weil er sich der Gunst der Kaiserin und damit des Kaisers erfreute. Nach dem Zusammenbruch des Blocks werden dann in der zweiten Auflage des Buches die schärfsten Angriffe gegen die Konserpativen gerichtet, denen Treulosigkeit und Ueberfall aus dem Hinterhalt vorgeworfen wird, weil sie die Reichsbürgerschaften abgelehnt hätten. (Hört! hört!) An sich handelt es sich hier um ein Pamphlet, über das man einfach zur Tagesordnung übergehen könnte; was aber der Sache einen pikanten Beigeschmack gibt, ist, daß diesem Buch durch den Verleger eine warme Empfehlung des Ministers des Innern beigelegt werden konnte. (Stürmisches Hört! hört! im Zentrum und rechts.) Es heißt in dem Briefe des Ministers: „Für die Uebersetzung des Buches „Fürst Bülow und seine Zeit“, von dessen Inhalt ich mit Interesse Kenntnis genommen habe (hört! hört!) spreche ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank aus. (Hört! hört! im Zentrum.) Wenn ich aus

grundfälligen Erwägungen heraus davon absehen muß, die nachgeordneten Behörden auf das Buch hinzuweisen, habe ich doch gern eine empfehlende Besprechung in der „Berliner Korrespondenz“ veranlaßt und hoffe, hierdurch weitere Kreise zur Bekanntschaft des Buches anzuregen.“ (Hört! hört! im Zentrum.) Ich will nun allerdings gern annehmen, daß der Herr Minister des Innern dieses Buch trotz seiner Empfehlung gar nicht gelesen hat. (Weiterkeit.) Der Titel „Fürst Bülow und seine Zeit“ ruft ja die Tatsache in Erinnerung, daß schon viel wichtigere Schriftstücke ungelesen unterschrieben worden sind. (Große Heiterkeit und sehr gut! im Zentrum.) Aber ich kann doch dem Minister und dem Ministerium des Innern den Vorwurf einer bedauerlichen Unvorsichtigkeit nicht ersparen. Ich möchte dem Minister zurufen: quidquid agis, prudenter agas et respice finem. (Was Du auch tust, tue klug und bedenke das Ende.) (Recht! Weiß! im Zentrum.)

Minister v. Nolcke:

Es ist doch wohl eine Pflicht der Höflichkeit, sich für die Uebersetzung eines Buches zu bedanken. Ich habe mich für sehr viele Bücher bedankt und habe sie auch meistens gelesen. (Weiterkeit.) Mit dem Inhalt identifiziere ich mich dadurch in keiner Weise. Die Stelle, die der Herr Redner verlesen hat, mißversteh ich durchaus nicht. Ich habe das Buch

durcheinander

(Hört! hört! im Zentrum und rechts), und es sind doch auch andere ganz amüsante Stellen darin. Darum sollte ich, nachdem das Buch in der „Kreuzzeitung“ und im „Militärwochenblatt“ besprochen war und nachdem der Reichstagsler Fürst Bülow sich in einem höchlich schmeichelnden Briefe bedankt hatte (hört! hört!), dem Verfasser nicht den Gefallen tun, daß auch in der „Berliner Korrespondenz“ das Buch erwähnt würde? Es ist das mit allerhöchster Vorsicht geschehen, indem darauf hingewiesen wurde, daß der Verfasser als Privatmann die politischen Vorgänge nur nach seiner subjektiven Anlage zu beurteilen vermöge, es sei erklärlich, daß sein Urteil in manchen Dingen schiefgreife und sein journalistischer Eifer bisweilen über das Ziel hinausschieße. Jedenfalls habe ich mich in halsstarrischer Weise mit dem Verfasser weder identifizieren wollen noch können.

Was das Verbot der polnischen Versammlung in Breslau anbelangt, so ist der Regierungspräsident durchaus objektiv vorgegangen. (Unruhe im Zentrum.) Er hat sich an den Regierungspräsidenten in Oppeln gewandt, dieser hat die Landräte gehört, und es ist festgestellt worden, daß die große Mehrzahl der Mitglieder der in Frage kommenden polnischen Vereine imstande war, einen Vortrag in deutscher Sprache zu verstehen.

In Kiel handelte es sich um eine Veranstaltung der sozialdemokratischen Partei. Es sollte angeblich über die allgemeine Abrüstungsfrage gesprochen werden. Aber das Thema lautete: „Sozialdemokratie, Weltfrieden und internationale Verbrüderung“. (Hört! hört! rechts.) Außerdem fiel die Verlesung in die Zeit des schwedischen Generalsstreiks, und der Verlauf der Versammlung hat die Annahme des Regierungspräsidenten vollauf bestätigt, daß über diesen Generalsstreik gesprochen werden sollte. Es ist ausdrücklich zu seiner materiellen Unterstützung aufgefordert worden. Wenn die Sozialdemokratie in Kiel das Bedürfnis fühlt, sich über die internationale zu unterhalten, so mag sie das unter sich tun. Hierzu ausländische Genossen zuzulassen, liegt nicht im Staatsinteresse. Der Ausländer steht überhaupt nicht unter dem Vereinsgesetz. (Der Minister seht sich unter eisigem Schweigen des Hauses, das nach einer Weile allgemeine Heiterkeit auslöst.)

Abg. v. Pappenheim (L.):

Ich will mich ausschließlich mit der von Herrn Bell vorgetragene Angelegenheit beschäftigen. Die Tatsache, daß ein Buch dieses Charakters in dieser Form von der königlichen Staatsregierung der Öffentlichkeit empfohlen worden ist, ist geeignet, die Annahme zu verbreiten, daß die im Buch niedergelegten Tendenzen die Billigung der königlichen Staatsregierung finden. Der Herr Minister hat gesagt, er hätte in dem Buche geblättert. Ich nehme an und kann nicht anders annehmen, als daß das Blättern nur ein sehr flüchtiges gewesen ist. Ich kann nicht annehmen, daß der Herr Minister sich mit den Teilen des Buches beschäftigt hat, die sich zum Beispiel gegen die hochverehrte Persönlichkeit des Ministers v. Studt richten; ich kann nicht annehmen, daß ihm von seinen nachgeordneten Beamten die nötigen Mitteilungen über den Inhalt des Buches gemacht worden sind. Allein schon die Persönlichkeit des Verfassers mußte zur Vorsicht mahnen, der von einem „deutschen Germanen“ nur die Eigenschaft hat, daß er Jovist unter allen bürgerlichen Parteien des Vaterlandes zu sein sich bemüht hat. Ich muß annehmen, daß der Herr Minister in seiner vornehmen Besinnung glaubte, verpflichtet zu sein, seinen nachgeordneten Beamten die Verantwortung abzunehmen, indem er zu meinem lebhaften Bedauern die ganze Sache nicht schärfer bedauert hat. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Jemandem nachgeordneter Beamter hat offenbar das Buch nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit gelesen. Wir können nicht annehmen, daß ein preussischer Minister sich mit den in diesem Buche niedergelegten Ansichten identifiziert. (Stürmisches Drabol rechts und im Zentrum.)

Abg. Frisch (nall.) fordert eine Neuregelung des Beamtenrechts. (Der größte Teil seiner Ausführungen bleibt auf der Tribüne gänzlich unverständlich.)

Ein Vertagungsantrag wird von der Rechten und dem Zentrum abgelehnt.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Nach den scharfen Angriffen der Rechten sollte man annehmen, daß Sie dem Minister des Innern das Gehalt verweigern werden. (Weiterkeit.) Es wird den Sozialdemokraten vorbehalten bleiben müssen, an der Person des Ministers des Innern doch noch ein gutes Häuschen zu finden. (Weiterkeit.) Wenigstens auf einem Gebiete können wir die Tätigkeit des Ministers begrüßen: insofern er den Beamten einen möglichst höflichen Ton dem Publikum gegenüber empfohlen hat. Im übrigen werde auch ich zu einem Verdammungsurteil gegenüber dem Ministerium des Innern kommen müssen.

Der Herr Reichstagsler und Ministerpräsident hat am 19. Februar im Reichstag erklärt,

ein bürokratisches Regiment

führe das Volkleben zum Absterben. Wenn der Ministerpräsident die volle Bedeutung dieser Worte in sich aufgenommen hätte, würde er seinen Tag Ministerpräsident in Preußen sein können, denn das preussische Regiment ist das denkbar bürokratischste. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In dem preussischen Landrat haben wir den Zentralspunkt für alle Klagen, die aus der rückständigen Polizeiwirtschaft für das preussische Volk erwachsen.

Die Kreisblätter

sind ein gefügiges Instrument in den Händen der Landräte. Es ist ein großes Verdienst des früheren Bürgermeisters Schilling, darauf hingewiesen zu haben. Natürlich schreiben die Landräte nicht sämtliche Artikel, aber sie überwachen die allgemeine Haltung, und Kreisblätter, die sich nicht ganz im Sinne der Auffassung der Verwaltung halten, werden die amtlichen Bekanntmachungen entzogen. Im übrigen sind die Kreisblätter Ablagerungsorten für die Produkte des Reichslagenverbandes gegen die Sozialdemokratie. Das Bestreben des Ministers, die Allmacht der Landräte noch über das bisherige Maß zu vermehren, ist geradezu gefährlich. Die wesentlichste Aufgabe der

Verwaltungsreform

ist die Schaffung von Rechtsgarantien gegen die Verwaltung. Es muß das unerträgliche System beseitigt werden, wonach die Verwaltung in weitestem Umfange jeder Kontrolle entzogen ist und wonach es nichts als den einfachen Aufschubweg gibt, dessen wesentlicher Sinn der ist, daß man den Teufel bei Weib und Kind verlagert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sobald die Frage aktuell werden wird, werden wir mit aller Macht auch darauf hin-

wirken, daß Preußen aus einem Polizeistaat allmählich ein Rechtsstaat wird. Wir haben eine Reihe von Anträgen in dieser Richtung vorgelegt, wonach unter anderem auch „der Konflikt“, dieses unglückselige Gebilde, das es der Verwaltung möglich macht, nach Belieben alle möglichen ihr unbecommene Sachen den ordentlichen Gerichten zu entziehen, beseitigt werde, daß im höherem Umfange als bisher die zivil- und strafrechtliche Haftung der Beamten festgelegt wird usw. Die Demokratisierung der gesamten Verwaltung von unten bis zur obersten Spitze ist allein geeignet, sie aus einem Instrument der Herrschaft der Bürokratie zu einem Instrument des Volkswillens zu machen. Aus diesem Grunde sind wir natürlich auch Anhänger und Vorkämpfer für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auch für die Gemeinden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Wort zur

Sittenpolizei.

Im „Berliner Tageblatt“ vom 12. Februar hat der Kriminalkommissar v. Treschow einen sehr bemerkenswerten verständigen Artikel über die Frage des internationalen Mädchenhandels und der Prostitution veröffentlicht. Dieser Herr, der in sehr intime Verührung mit diesen traurigen Auswüchsen der sozialen Verhältnisse kommt, hat unter dem Eindruck dieser lebendigen Erfahrungen einen Standpunkt gegenüber der Prostitution eingenommen, der durchaus dem der Sozialdemokratie entspricht. Es macht der Einsicht dieses Herrn große Ehre, daß er diesen Standpunkt auch öffentlich vertritt. Mit Recht weist er darauf hin, daß es vor allem die bittere Not ist, die für das Heer der Prostituierten immer neue Scharen wirbt. Daran ergibt sich die Verpflichtung, die Prostituierten als Opfer unerer gegenwärtigen Gesellschaftszustände zu betrachten, alle unnötigen Härten der Beamten gegen diese Unglücklichen zurückzuweisen und ihnen alle Möglichkeiten zu gewähren, in ein geordnetes bürgerliches Leben zurückzuführen. Bedauerlicherweise läßt sich heute noch die Polizei von dem engsten bürokratischen Geist auf diesem Gebiete leiten. Die Reglementierung der Prostituierten sollte aufgehoben und dafür ein allgemeiner Gesundheitschutz der Bevölkerung gegenüber den Geschlechtskrankheiten eingeführt werden. Die Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat wertvolle Anregungen auf diesem Gebiete gegeben.

Dringend wünschenswert ist die Beseitigung des Sogabundengesetzes, dessen unheilvolle Wirkungen im Falle des Hauptmanns von Rippenid der breiten Öffentlichkeit bekannt wurden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch auf dem Gebiete der

Kunstzensur

ist die Polizei ihren Aufgaben nicht gewachsen. In zahlreichen Fällen geht sie gegen wirklich wertvolle Produkte der literarischen und bildenden Kunst vor. In klassischen Denkmälern und wertvollen literarischen Leistungen erblickt sie unzählige Abbildungen und unsittliche Schriften! Wiederholt hat die preussische Polizei den Spott der ganzen Kulturwelt herausgefordert durch ihre Engherzigkeit und den absoluten Mangel an höherem Kunstverständnis. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Polizei ist bei dieser Tätigkeit nur zu vergleichen mit dem Tier im Porzellanladen. (Weiterkeit.)

Ein Gebiet, das dringend der Reform bedarf, ist leider die Rikhandlung durch Polizeibeamte. Die Rubrik

„Schau vor Schnulenteu“

ist in unserer Presse zu einer ständigen geworden, seit langer Zeit auch in allerhand bürgerlichen Zeitungen. (Zuruf rechts: „Berliner Tageblatt“) Es ist ja für und eine Ehre, daß, wenn einmal eine bürgerliche Zeitung anfängt, vernünftig zu werden, sie als sozialdemokratisch beschrien wird. Ueber Rikhandlungen durch Polizeibeamte habe ich ein ungeheuerliches Material. Ich werde es Ihnen nicht vortragen (Drabol rechts), um nicht von neuem den Vorwurf auf mich zu laden, als ob ich frivol mit Ihrer Zeit umginge. In Hannover, Dortmund, Breslau wird auf den Polizeiwachen gewissermaßen gewohnheitsmäßig geprügelt.

Wiederholt sind solche Fälle vor Gericht verhandelt. Unsere Parteigenossen in Breslau haben neuerdings den Weg gewählt, beim Polizeipräsidenten selbst in solchen Fällen Hilfe nachzusuchen, aber auch ohne Erfolg. Die Gerichte sehen leider ihre Aufgabe darin, in solchen Fällen bei der Ausdehnung des Strafmaßes die Polizei gegenüber der Presse in Schutz zu nehmen.

Eine Ehrenpflicht für den preussischen Staat wäre weiter die Aufhebung des Kontrabandgesetzes für Landarbeiter, daß die Kulturteilung Preußens auf schwerste diskreditiert. Gegen den ungeheuerlichen Legitimationszwang für ausländische Arbeiter haben die italienische und österreichische Regierung und deren Parlamente bereits protestiert. Diese vertragswidrigen Maßnahmen sollten schleunigst beseitigt werden.

In welchem Umfange die Polizei in die inneren sozialen Kämpfe in Preußen eingreift, dafür ist jeder Tag ein neuer Beleg. Sie nimmt in ganz einseitiger, rücksichtsloser und wohlüberlegter Weise Partei gegen das kämpfende Proletariat für die sogenannten „nützlichen Elemente“: Arbeitswillige und Streikbrecher. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vom Fraktionsstandpunkt aus könnten wir der Regierung wirklich nur dankbar sein für eine derartige Aufspaltung ihrer wahren inneren Besinnung gegenüber der Arbeiterschaft. Das hat das Proletariat begriffen, und wesentlich darin liegt die Ursache für den abgrundtiefen Haß von Millionen von Arbeitern gegen die preussische Polizei. Die Regierung wird sich damit eine Grube graben, in die sie selbst hinein fällt. (Lachen rechts.) Sie müssen ja darüber lachen, dazu sind Sie verpflichtet.

Ich erinnere an das Verbot des Streikpostenstehens.

Auf diesem Gebiete wird ein geradezu schänder Rikbrauch mit den Bestimmungen unserer Straßenpolizeiverordnung zur Verhinderung aller den Unternehmern unbecommene Handlungen der Arbeiter getrieben. So ist nach der Berliner Straßenpolizeiverordnung das Stehen auf Granitplatten verboten! (Weiterkeit.) Wer von Ihnen weiß wohl etwas von diesem Verbot? Aber diese Bestimmung wird in unerhörter Weise vielfach in Berlin angewandt, um den Arbeitern das Streikpostenstehen unmöglich zu machen und sie in harte Strafe zu nehmen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ein weiterer Beweis, in welcher rücksichtsloser Weise die Polizei die Arbeiterklasse verfolgt, ist

die einseitige Handhabung des Plakatgesetzes.

Andere Parteien können ruhig Plakate aufhängen, die den Anforderungen des Plakatgesetzes nicht entsprechen, aber der Sozialdemokratie, den Gewerkschaften und den freireligiösen Gemeinden gegenüber greift man zu diesem alten Gesetz. Dieses Auftreten der Polizei hat selbst in Nichterkreisen böses Blut gemacht. Ich verweise auf das Randgericht Köln, das jedesmal mit einer demonstrativen Begründung auf die niedrigste Strafe erkennt, ja bedauert hat, überhaupt auf eine Strafe erkennen zu müssen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Saalabteilungen

haben auch unter dem Reichsvereinsgesetz nicht aufgehört. Soweit sie von Behörden ausgehen, sind sie gesetzwidrig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der jetzige Ministerpräsident hat in seiner früheren Eigenschaft als Staatssekretär des Reichsamts des Innern die Erklärung abgegeben, daß ein detartiges Treiben der Behörden

strafbar

seil (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe solche Fälle von Saalabteilungen im Kreise Ostbavland selbst mit erlebt, wo die Gen darmen sich direkt neben uns stellten, wenn wir mit den Wirten verhandelten! In geradezu unerhörter Weise wird den Wirten, die ihre Säle den Sozialdemokraten geben, das Leben schwer gemacht. Die Polizeistunde wird herabgesetzt, die Genehmigung zu Aufbarkeiten wird verweigert usw. Bei einem Fall aus



Der Umgebung von Breslau hat das Verwaltungsgericht selbst Veranlassung genommen, einzuschreiten! Es handelt sich um einen kleinen Ort, in dem ein Wirt seinen Saal auch der Sozialdemokratie zur Verfügung stellte. Dem Wirt wurde sofort die Polizeistunde herabgesetzt auf 9 Uhr; die Polizei revidierte jeden Tag seinen Betrieb, und bei der geringsten Kleinigkeit wurde Anzeige erstattet. Ja, der Wirt wurde verantwortlich gemacht für eine Schlägerei, die ein paar hundert Meter entfernt von seinem Lokal stattgefunden hatte! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Verwaltungsgericht hat schließlich mit einer geradezu vernichtenden Begründung die Maßnahmen der Polizei aufgehoben. Es hat zugestanden, daß die Polizei ursprünglich nur eingeschritten ist aus politischen Gründen, so daß hier

#### ein schwerer Amtsmißbrauch

vorliegt! Diese Fälle sind durchaus nicht vereinzelt. Als ich sie auf dem preussischen Parteitag zur Sprache brachte, wurde mir allenthalben entgegengehalten, daß diese Fälle überall so häufig sind, daß die Polizei überall in dieser unerträglichen Weise den Befreiungskampf des Proletariats aufzuhalten sucht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie dem Volke die Möglichkeit nehmen, die politischen Angelegenheiten in Versammlungen zu erörtern, so drängen Sie ja geradezu das Volk auf illegale Wege! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In unerhörter Weise tritt die Polizei auch den

#### Jugendorganisationen der Arbeiter

gegenüber das Vereinsgesetz mit Füßen. In Berlin, Breslau und Königsberg sind die Jugendorganisationen in ungeheurer Weise aufgelöst worden. Und doch haben sich gerade die Jugendorganisationen des Proletariats erfolgreich bemüht, reine Bildungsvereine zu sein. Die Jugendorganisationen des Proletariats sind bei weitem nicht so politisch wie die bürgerlichen Jugendorganisationen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es liegt eben hier ein

#### Messen mit zweierlei Maß

vor. Die Jugendbewegung der Arbeiterklasse werden Sie mit solchen Maßnahmen nie aufhalten können. Eine Jugend, die gut genug ist, in die Werkstätten hinausgeschickt zu werden, die auch gut genug ist, ausgebeutet zu werden, ist auch gut genug, um ein Vereinsrecht zu besitzen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Jugendbewegung des Proletariats wird Mittel und Wege finden, sich ihre Wege über den Kultusminister und Polizeiminister hinwegzubahnen. Nichts hat der Jugendbewegung einen so frischen und fröhlichen Mut verschafft als dieses Vorgehen der Polizei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die proletarische Jugendorganisation ist kampfesfreudig, weil sie für eine große Idee kämpft, und sie ist deshalb nicht niederzuhalten. Die Polizei hat sich auch nicht scheut, in der Umgebung von Berlin auf die Jugendorganisationen

#### Polizeihunde

zu hegen, ja, Gendarme sind gegen einen harmlosen Ausflug der Jugendvereine in der rücksichtslosesten Weise eingeschritten! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Polizisten führten dabei sogar auf junge Mädchen ein. Schließlich machte man den jungen Leuten noch einen Ausrufeprozess, der allerdings mit einem unglücklichen Plaisir der Polizei endete. Es kann gar keine besseren Agitatoren für uns geben, als wenn Sie weiter in dieser Weise Polizeihunde und Gendarme auf die Jugendorganisationen loslassen.

Die Kleinlichkeit des preussischen Polizeigeistes beweist auch der Rieker Fall.

Zu seiner Rechtfertigung betreibt der Minister auf die gefährliche Situation während des schwedischen Generalfreikampfs! Der Minister hätte gut getan, sich besser zu informieren. Wenige Wochen vorher, als auch schon der schwedische Generalfreikampf herrschte, habe ich in Kiel eine Versammlung unter freiem Himmel abgehalten, die von über 10 000 Menschen besucht war. Wenn der Minister glaubte, befürchten zu müssen, daß die Rieker Arbeiter irgendwie Unfug stiften könnten, so ist diese Befürchtung durch diese Versammlung auf das deutlichste widerlegt. Aber der Minister geht eben nicht von einer weitherzigen Auslegung des Vereinsgesetzes aus, sondern übt die

#### Kleinliche Schikane gegen die Arbeiter.

(Unruhe rechts.) Vizepräsident Dr. Borsch: Sie dürfen dem Minister nicht den Vorwurf machen, daß er die kleinliche Schikane gegen die Arbeiter begeht.

Abg. Dr. Liebknecht: Die Erregung in der Versammlung, in der ich sprach, war allerdings eine ungeheure, aber es war eine in neue Erregung der Massen, die sich nicht äußert in Erregung nach außen. Es war eine Proletenversammlung gegen den Besuch des Jaren in Deutschland, und sie brachte speziell den Gedanken zum Ausdruck, daß es

#### eine Schande für Deutschland

ist, wenn der Jar deutschen Boden betritt. (Lärm rechts und im Zentrum. Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Borsch: Wegen dieses Ausdrucks rufe ich Sie zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Liebknecht: Daß Ausländer dem Reichsbereinsgesetz nicht unterliegen, mag formell richtig sein, aber dieser Grundsatz entspricht nicht dem Völkerrecht und nicht der Courtoisie, monach den Angehörigen fremder Staaten dieselbe Bewegungsfreiheit eingeräumt wird, die die eigenen Staatsangehörigen besitzen. Der Minister hätte gut getan, in diesem Falle die unteren Polizeibehörden preiszugeben, statt den ausichtslosen Versuch zu machen, sie zu beden. (Sehr richtig!)

Einen interessanten Beitrag liefert das Königreich des Herrn v. Heydebrand, Klein-Tschulawo, wo eine Versammlung meiner Parteigenossen wegen einer Scharlachepidemie verboten wurde. Diese Scharlachepidemie hatte nur die Eigentümlichkeit, daß sie gar nicht existierte! (Hört! hört! b. d. Soz.) Charakteristisch ist auch ein Fall, der sich im vorigen Mai in Breslau abspielte. Dort vergriff der Schriftführer der demokratischen Vereinigung bei der Anmeldung einer Versammlung mit Herrn v. Gerlach als Referenten, die Zeit anzugeben. Die Polizei erteilte trotzdem die gesetzliche Verschonung und inhibierte nachher die Versammlung! (Hört! hört! b. d. Soz.) Das ist doch auch schändlich, denn jeder vernünftige Mensch hätte auf das kleine Versehen aufmerksam gemacht. Der Regierungspräsident v. Arnshagen geht gegen sozialdemokratische Versammlungen vor, weil er Aufstrebungen befürchtet. Der Herr weiß natürlich ganz genau, daß man in sozialdemokratischen Versammlungen auf Ordnung zu halten pflegt. (Lachen rechts.) Das wissen Sie auch! Man ist sogar gegen eine Versammlung vorgegangen, die sich mit der Reichsfinanzreform beschäftigten sollte. Sie sehen, wie unrichtig Ihre Behauptung ist, die Regierung hätte tatlos die Steuerhebe geschehen lassen! Die Polizei wenigstens gab sich Mühe, die verheerende Tätigkeit der Sozialdemokratie zu verhindern. Wenn Sie eine solche Angst vor unserer Tätigkeit haben, dann muß sich schon eine große Summe von Schuld auf Ihrer Seite aufgehäuft haben, die im Volke zu einer Entladung reif geworden ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.)

Die Schikane gegenüber den Ausländern, die heute an der Tagesordnung sind, müssen beseitigt werden. Für die Ausländer müssen alle die Gesetze gelten, die auch für die Inländer geschaffen sind. Ein besonders krautiges Kapitel des Fremdenrechts ist

#### das Kapitel der Kontrollstation,

deren Wesen darin besteht, daß die minderbegüterten Ausländer einer beschämenden polizeilichen Kontrolle unterworfen werden; sie werden den Agenten der Verkehrsgelehrten ausgeliefert, denen man geradezu polizeiliche Befugnisse gibt. Erst neuerdings habe ich Agenten des Norddeutschen Lloyd auf dem Lehrter Bahnhof beobachten können. Ein Redakteur des „Vorwärts“ hat sich einmal früher, als Ausländer verkleidet, in eine solche Kontrollstation stellen lassen, um die wirklichen Verhältnisse genau kennen zu lernen. (Lachen rechts: Spitzel!) Ja, da gibt es gar kein anderes Mittel, um

kennen zu lernen, wie die Zustände wirklich sind. Glauben Sie etwa, daß man einen Sozialdemokraten in die Kontrollstation hineingelassen und ihm reinen Wein eingeschenkt hätte? Ueber das Spitzelwesen sind Sie auch gar nicht empört. Ihre Empörung entspringt nur der ohnmächtigen Wut darüber, daß es uns auf diese Weise gelungen ist, einen Schmutzflack an der preussischen Verwaltung bloßzulegen.

Vizepräsident Dr. Borsch: Herr Abgeordneter, ich muß Sie aber doch bitten, sich in Ihren Ausführungen zu mahigen.

Abg. Dr. Liebknecht: Die bayerische Kammer hat den bayerisch-russischen Auslieferungsvertrag aufgehoben. Es wäre doch ein beachtenswertes Zeugnis, wenn Preußen wiederum so weit hinter den Süddeutschen herhinken sollte.

An dem Fall Schieper hat sich wieder einmal gezeigt, in welcher unerhörten Weise die Polizei provokatorisch innerhalb der anarchischen Organisation tätig ist. Man kann nur alle ehrlichen Anarchisten vor der unerhörten Spitzelwirtschaft, die gerade jetzt auf die Berliner Anarchistenorganisation ausgedehnt worden ist, warnen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Spitzel wollen ihre Unentbehrlichkeit beweisen und unternehmen allerhand gefährliche Aktionen; sie wollen dadurch vielleicht auch eine Gehaltserhöhung oder eine Beförderung erreichen.

Kun zu den

#### Straßendemonstrationen.

Nach einer Entscheidung des Kammergerichts sind die Straßendemonstrationen als durchaus gesetzlich zu betrachten. Die Straßendemonstrationen haben 1906 eingesetzt. In

#### Breslau

wurden dagegen für die Polizisten Revolver angeschafft. Kriegswaffen wurden bereitgestellt, die Säbel wurden besonders scharf geschliffen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei Hausdurchsuchungen bei verschiedenen Arbeiterführern aber fand man nirgends Waffen außer geistigen Waffen und geistiger Munition (Heiterkeit), die Ihnen freilich viel unangenehmer ist als die brutale Waffe, denn die können Sie leicht kompensieren, aber nicht die geistigen Waffen! Auch wurden feinerzeit mit Rücksicht auf die Demonstrationen Kanonen über das Pflaster von Breslau gezogen. Es wurde auch eine Hand einem Demonstranten abgeschlagen. Diese ist seit diesen Tagen für die Sozialdemokratie das Wahrzeichen zur Kennzeichnung der preussischen Polizeiwirtschaft. (Heiterkeit rechts.) Graf v. Doensbroeck hat auch die Polizeiausstattungen verurteilt, und Graf Doensbroeck stammt doch aus aristokratischen Kreisen, er ist kein Sozialdemokrat. (Lachen rechts.) Für Sie ist alles Sozialdemokrat, was links von Herrn v. Heydebrand sitzt. (Heiterkeit.) Für die letzten Demonstrationen hat die Sozialdemokratie überall polizeiliche Genehmigung nachgesucht, obwohl nach dem Urteil des Kammergerichts Straßendemonstrationen gar keine polizeiliche Genehmigung bedürfen! Bei unseren Demonstrationen hat sich wieder einmal gezeigt, daß überall da, wo die Polizei die Arbeiter in Frieden läßt, sich alles in vollster Ordnung und Ruhe abspielt. Die Auslassungen des Berliner Polizeipräsidenten über Straßendemonstrationen in England beweisen eine geradezu vollständige politische Blindheit, eine absolute Ignoranz auf den Gebieten der Politik. In England sind Straßendemonstrationen geradezu an der Tagesordnung. Dort werden sogar auf den Verkehrsstraßen mitunter Rednertribünen aufgestellt und Versammlungen abgehalten. Der „Standard“, ein konservatives englisches Organ, wendet sich denn auch gegen die Ausführungen des Polizeipräsidenten, indem es diese Tatsache darlegt und dann fortfährt:

„Die preussische Regierung erblickt in jeder Opposition gegen ihre Ideen Hochverrat. Sie wird aber auf die Dauer nicht gegen den Willen der Majorität des Volkes regieren können.“

Wie es in England ist, ist es in Frankreich, in der Schweiz, in Holland. Dem Kölner Karneval macht man keine Schwierigkeiten (Heiterkeit), obwohl dort jedes Jahr Hunderte von Verletzten zu verzeichnen sind! (Heiterkeit.) In den Straßendemonstrationen der Anhänger des Hottentottenbrotts in der bekannten Januarnacht 1907 auf den Berliner Straßen erblickte man auch keine Ungeheuerlichkeit.

Die Maßnahmen gegen die Straßendemonstrationen wirken ein bißchen so mißlich. Wir im Hause belamen hier doch vor der Wahlrechtsdebatte eine Aufforderung, von der Leipziger Straße aus ins Abgeordnetenhaus zu gehen wegen großer Menschenansammlungen in der Prinz-Albrecht-Straße. Sie sind fürchterlich ins Wasser gefallen mit Ihrer Keuschheit. (Widerpruch rechts.)

#### Der Berliner Polizeipräsident

erließ folgendes Plakat:

„Es wird das Recht auf die Straße verflücht. Die Straße dient lediglich dem Verkehr. Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch. Ich warne Reuegierige!“ (Lebhafter Beifall rechts.) Natürlich, Sie rufen Bravo!, Herr v. Jagow aber wird wahrscheinlich nicht mehr Bravo rufen, wenn er an diesen Erfolg denkt. (Heiterkeit rechts.) Sie können darüber lachen und höhnen, aber niemand wird an den rechten Ernst Ihrer Heiterkeit glauben. Diese Straßendemonstrationen waren getragen von einer Stimmung des Enthusiasmus, von einer Stimmung des Idealismus und der Opferfreudigkeit. (Heiterkeit rechts.) Jedenfalls, der diese Stimmung kennen gelernt hat, ist klar, daß diese Volksmasse reif genug ist, die Regierung selbst in die Hand zu nehmen. (Beifall rechts, Beifall bei den Sozialdemokraten.) Diese Volksmasse ist nicht länger geneigt, sich der Herrschaft übermächtiger und ausländischer Unterdrücker zu heugen. (Lachen rechts, Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Borsch: Ich muß bitten, diese Ausdrücke nicht zu gebrauchen.

Abg. Dr. Liebknecht: Die Straßendemonstrationen sind in glanzvoller Weise verlaufen und haben eine ungeheure Begeisterung gezeigt. Wo Ausschreitungen vorgekommen sind, ist das nicht die Schuld der Demonstranten, sondern ausschließlich Schuld der engherzigen Polizeibehörden. Dieses Plakat ist die Blutschuld der polizeilichen Mißwirtschaft, der preussischen Reaktion, insbesondere der Junkerreaktion.

#### Frankfurt.

Die „Frankfurter Zeitung“ (Wahl-Lust rechts.) — sie war doch eine Blödsinnigkeit, und damals hätten Sie nicht „Wahl“ gerufen — hat sich ausdrücklich dahin ausgesprochen, daß es nicht möglich wäre, wenigstens nicht in gutem Glauben möglich wäre, die Vorgänge in Frankfurt zu reaktionären Zwecken zu frustrieren. (Beifall rechts.) Die „Frankfurter Zeitung“ schildert, wie die Massen sich ruhig durch die Straßen bewegten, wie dann die Schutzleute auf sie eintraten und sogar in rücksichtslosster Weise Frauen anfielen. (Hört! hört!) Die Beamten, die ihre Hand gegen eine Frau erhoben haben, verdienen, der allgemeinen Mißachtung preisgegeben zu werden. Die Schutzleute haben sogar auf eine Frau ein, die zu Boden gerissen war! (Lachen rechts.) Sie sollten sich schämen, hier zu lachen. Wer bei solchen Dingen den Ernst nicht wahr kann, hat das Recht verloren, an den Aufgaben der Verwaltung noch teilzunehmen.

#### Reumünster

hat ein Beamter der Stadtverwaltung zugeben müssen, daß er bedauern mußte, die blutigen Vorgänge nicht verhindern zu können. Der „Vorwärts“ hat gewiß nicht übertrieben. Die ersten Nummern des „Vorwärts“ enthielten nur laienmäßige Mitteilungen, dabei sogar ein ziemlich ungeschickliches Lob über die Berliner Polizeiverwaltung. Das kann uns aber nicht hindern, die einzelnen Fälle anderer Art in den Vordergrund zu rücken und darauf aufmerksam zu machen, daß sie ein Schlüssel sind des preussischen Polizeigeistes, der hätte vermieden werden können, wenn der Minister verständige Anweisungen gegeben hätte. Der Minister hatte das Recht und die Möglichkeit zu einer solchen Anweisung. Wir können daher mit Recht behaupten, daß das gestoffene Blut an den Händen

der preussischen Verwaltung fließt. (Woh! rechts), daß sie nichts dazu getan hat, um diese Blutschuld wieder abzuwaschen.

Vizepräsident Dr. Borsch ruft den Redner wegen dieser Worte zur Ordnung und macht ihn darauf aufmerksam, daß ihm bei dem dritten Ordnungsruf das Wort entzogen werden kann.

Abg. Dr. Liebknecht (fortfahrend): Die Polizei hat erfreuliche Fortschritte gemacht, nicht auf dem Gebiete des Schutzes der Bevölkerung, sondern auf dem der Verfolgung der Bevölkerung. (Auf rechts: Zur Ordnung!) Straßendemonstrationen sollen von jetzt ab photographiert werden! Diese Verfügung des Ministers wird von den Sozialdemokraten begrüßt; wir werden sehen können, wie Demonstrationen entstehen. Der Schritt vom Erhabenen zum Lächerlichen ist klein.

Die Vorkommnisse im Berliner Rathaus haben wohl überall ein verständnisvolles Lächeln hervorgerufen. Der Polizeipräsident hat so wenig Augenmaß gehabt, einen Schutzmannsposten frei nach Herrn v. Olzenburg in das Berliner Rathaus zu schicken. Die Sache hat ein solches Erstaunen hervorgerufen, daß in Zukunft derartige Vorfälle nicht mehr vorkommen werden. Die Verhandlungen haben sich an jenem Tage im Berliner Rathaus in rühmlichster Weise abgespielt, und der Polizeipräsident scheint wohl selbst das nötige Einsehen gehabt zu haben, indem er erklärte, in Zukunft keine städtischen Gebäude mehr mit Polizeiposten besetzen zu wollen.

Was der preussischen Verwaltung in der gegenwärtigen Situation am meisten zum Vorwurf gemacht werden muß, ist der Umstand, daß in den verschiedensten Gegenden bei Demonstrationen sogar

#### Militär

requiriert worden ist. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, daß es so wahr ist. Aber es ist wahr, daß diese Anwendung des Militärs eine Stimmung in der Bevölkerung erzeugt, die jede antimilitaristische Propaganda in meinem Sinne wertlos macht. In Berlin sollen an dem betreffenden Sonntag sämtliche Regimentelkommandeure besondere Anweisungen erhalten haben! Das zweite Garde-Regiment soll ein

#### Proberitten

veranstaltet haben, damit sich die Pferde an das Pflaster gewöhnen! Wenn etwas dazu beiträgt, den letzten Rest von Popularität, den unser Militär noch im Volke genießt, gänzlich auszumergen, so ist das der richtige Weg dazu. (Lachen rechts.) Ich berufe mich dafür auf den Generalfeldmarschall Rolffe, der sich im Reichstag dahin ausgesprochen hat, daß es gerade im Interesse der Disziplin eine höchst gefährliche Sache sei, das Militär gegen den inneren Feind zu verwenden. Aber diese Besonnenheit Rolffes ist längst gewichen. Gegenwärtig erachtet man das Militär als das wichtigste Wuchtmittel gegen den inneren Feind. Sowohl bei der Schlacht in Halle wie bei den Vorgängen in Reumünster hat es sich gezeigt, daß die gewaltigen Menschenmassen sich durchaus ruhig durch die Straßen bewegen; es wäre auch nichts vorgekommen, wenn die Polizei Besonnenheit gezeigt hätte. Die städtischen Kollegien in Frankfurt, Halle, Reumünster und Königsberg haben diese Vorgänge bereits erörtert. Das ist das beste Agitationsmittel für die Sozialdemokratie. Natürlich wird die Sozialdemokratie zu noch stärkeren Mitteln als den Demonstrationen greifen, soweit sie es für zweckmäßig hält, diese stärkeren Mitteln anzuwenden. (Wahl rechts.) Ich spreche nicht von Säbeln und Maschinengewehren, sondern von anderer Agitation, die die Bevölkerung in eine Stimmung hineinbringt, daß die Regierung sich unseren berechtigten Forderungen nicht mehr widersetzen können. Es ist nicht der geringste Zweifel, daß, wenn die Verhältnisse sich so weiter entwickeln,

#### zuletzt auch das Mittel des Massenstreiks

zur Anwendung kommt. (Lachen rechts.) Das Mittel wird nicht gemacht werden, es wird aber von selbst kommen, und Sie werden es zweifellos erleben, daß dieses wichtigste und stärkste Wuchtmittel des Volkes zur Anwendung kommen wird. Ins Bodenhorn läßt sich das Volk nicht jagen, und wenn Sie auch weiter mit Militär vorgehen, Sie werden keinen Erfolg haben gegenüber dem Ansturm des Volkes. Gerade der Versuch des zwischen den Mehrheitsparteien jetzt geschlossenen Kompromisses in der Wahlrechtsreform ist nur geeignet, die Empörung immer weiter zu steigern. (Der Vizepräsident bittet den Redner, auf die Wahlrechtsreform nicht weiter einzugehen.) Der Ansturm wird wachsen. Wir Sozialdemokraten rufen das Bürgerturn auf, Seite an Seite mit den Sozialdemokraten in diesem Kampfe zu stehen. Wir rufen das gesamte Proletariat auf und sind überzeugt, daß auch zuletzt die große Masse der Beamtenschaft sich mehr und mehr auf die Seite der Sozialdemokraten stellen wird. (Auf rechts: Ausgeschlossen!) Wir werden die Beamten für uns gewinnen, und zuletzt wird auch Ihre letzte Waffe, Militär und Polizei, verfallen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Lautes Gelächter links.)

#### Minister v. Rolffe:

Ich muß antworten, nicht etwa, weil die Ausführungen des Vorredners irgend welchen Eindruck auf mich gemacht hätten. (Sehr richtig! rechts.) sondern lediglich, um die vielen Uebertreibungen richtigzustellen und die Verdächtigungen der Polizeibehörden nicht un widersprochen zu lassen.

Der Abg. Liebknecht glaubt, daß die Demonstranten, wenn sie sich selbst überlassen wären, sich vollkommen ruhig verhalten hätten. Die Erfahrungen haben und ein anderes gelehrt. Ueber die Vorgänge in Frankfurt am 8. Februar geht aus dem amtlichen Bericht hervor, daß auf die Polizeibeamten zuerst geschossen, daß ihnen Pfeffer in die Augen gestreut wurde, daß der Angriff auf die Kriminalhauptleute den Eindruck machte, als ob nach einer lang vorbereiteten stillen Parole gehandelt wurde. (Hört! hört! rechts.) Von der Polizei ist nur von zwei Beamten und nur zur Abwehr geschossen worden. Es ist auch mit vier Schüssen geworden. 23 Schutzleute und viele Kriminalbeamte sind verletzt worden. (Hört! hört! rechts.) Das ist der amtliche Bericht. (Abg. Liebknecht: Ja, ja, das glaube ich!) Oberbürgermeister Abdes, ein ruhig denkender hochgeachteter Mann hat in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung erklärt, daß die Polizei die Pflicht zur Aufhebung des Zuges gehabt habe. Von nationalliberaler Seite wurde anerkannt, daß die Polizei in schlimmster Weise probiert worden ist. Es wurde auch lebhafter Protest eingelegt gegen die Beschimpfung Bismarcks vor dem Denkmal. (Hört! hört! rechts.) Ich kann nur meine Bemerkung ausdrücken, daß die mit unterstellten Polizeibehörden ihre Pflicht überall getan haben. (Lebhafter Beifall rechts. Zischen bei den Sozialdemokraten. Erneuter lebhafter Beifall rechts.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr verlagert.

#### Tierquälerei und Schächten.

In der gestrigen Sitzung der Strafschutzkommission wurden zunächst diejenigen Beschlässe erster Lesung wiederholt, die sich auf eine Milderung der Strafen für Hausfriedensbruch, Nötigung eines Beamten, Arrestbruch, Entziehung der Bekleidung, Freiheitsberaubung, Weisheitschaffung von Vermögenswerten bei drohender Zwangsvollstreckung, Inwiderhandeln gegen Wahrgelassen zur Verhütung oder Einführung einer Krankheit oder von Viehseuchen sowie für Entziehung Winderjähriger beziehen. In allen diesen Fällen verlangen die Beschlässe die Zulässigkeit von Geldstrafen. Außerdem soll bei Hausfriedensbruch künftig die Zurechnung des Strafanzuges zulässig sein.

Eine längere Debatte entspann sich bei dem auf Tierquälerei bezüglichen Vorschlag. Das geltende Strafgesetz bestraft Tierquälerei nur dann, wenn böshafte Lachen oder rohes Wüßhanseln der Tiere öffentlich oder in Vergernis erregender Weise vorgenommen ist. Als Strafe ist Geldstrafe bis 100 M. oder Haft angedroht.

Der Entwurf und der Beschluß erster Lesung beseitigt das Erfordernis der Öffentlichkeit und des Vergerniserregens und will den, der die Tiere böshaft quält oder roh mißhandelt, mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 500 M.



bestraft wissen. Ein Antrag des Abg. Schmidt-Warburg (Z.) will auch Haft als Strafe für zulässig erklären. Der Antrag wurde mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Freisinnigen angenommen. Hingegen beantragte der Abgeordnete Bahrenhorst (fr.) eine Verschärfung der Strafen für die Fälle der Mordfähigkeit. Für diese sollten eine Strafe von drei Monaten bis zu zwei Jahren zulässig sein. Er wurde besonders mit dem Hinweis darauf bekämpft, daß danach das Tier höher geschätzt werde als der Mensch und gegen die Stimme der Freisinnigen abgelehnt. Das gleiche Schicksal erfuhr ein Antrag des Abg. Schmidt-Warburg und Stadthagen wiesen darauf hin, daß es sehr bedenklich sei, den neuen Strafsatz auf alle Tiere auszudehnen. Das könne zu erheblichen Härten führen. Man denke an die Fälle, in denen Kinder oder Halberwachsene Unfug mit Fliegen oder Käfern vornehmen, oder wenn Regenwürmer, Mäusel usw. zum Angeln benutzt würden. Ein von den Sozialdemokraten gemachter Vorschlag, die neue Vorschrift nur auf Haustiere zur Anwendung

zu bringen, im übrigen aber die bestehende Vorschrift aufrechtzuerhalten, wurde jedoch gegen die Stimmen der Antragsteller und eines Teils des Zentrums abgelehnt. An Stelle des jetzigen § 380 Ziffer 13, der die Vorschrift gegen Tierquälerei enthält, soll nach der Vorlage eine Vorschrift treten, die mit Geldstrafe bis 150 M. oder mit Haft das Uebertreten von Vorschriften bedroht, die zur Verhütung von Tierquälereien erlassen sind. An diese Bestimmung knüpfte eine längere Debatte über die Notwendigkeit an, in solche Vorschriften keine Bestimmung aufzunehmen, die das rituelle Schächten als Tierquälerei bezeichnet. Solche Vorschrift besteht für Sachsen, wo „zur Verhütung von Tierquälerei“ das Betäuben des Tieres vorgeschrieben ist, sowie in einigen Gegenden Preußens, wo technically ortstatutarisch festgelegt ist. Der Abgeordnete Gröber (Z.) beantragte, dem § 380 zuzufügen: „Die auf Grund der Ziffer 13 erlassenen Bestimmungen dürfen nicht in die rituellen Vorschriften einer Religionsgemeinschaft über das Schlachten von Tieren eingreifen“. Andere Anträge verfolgten denselben Zweck. Die Regierungsvertreter, die Konservativen und Nationalliberalen bekämpften den An-

trag, weil er in das Recht der Landesgesetzgebung eingreife und nicht in das Strafgesetzbuch gehöre. Demgegenüber wurde insbesondere auf den Grundfah hingewiesen, daß Reichsrecht dem Landesrecht vorgeht und ferner darauf, daß es eine Ungeheuerlichkeit sei, ein sächsisches Spezialrecht zur Beweiskräfterei orthodoxer Juden aufrecht zu erhalten, das unter dem Vorwande der Tierquälerei entgegengetreten erlassen ist. Der Antrag Gröber gelangte schließlich durch die Stimmen des Zentrums, der Polen, der Freisinnigen und der Sozialdemokraten zur Annahme. Die heutige Sitzung wird mit der Beratung über die gegen die Presse gerichteten Vorschläge beginnen.

Wirtschaftlicher Marktbericht der k. k. Reichsanwaltschaft über den Großhandel in den Central-Marktblättern. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft sehr still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft ziemlich erge, Preise behauptet. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert. Fische: Zufuhr ziemlich genügend, Geschäft ruhig, Preise befriedigend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr meist über Bedarf, Geschäft anhaltend still, Preise fest.

# Theater und Vergnügungen

**Donnerstag, 24. Februar.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Königl. Opernhaus.** Cavalleria rusticana. Bajazzo.  
**Königl. Schauspielhaus.** Der Familienrat.  
**Neues königl. Oper-Theater.** Die Schöne.  
**Deutsches.** Der Widerspenstigen Zähmung.  
**Rammer'sche.** Der gute König Dagobert. (Anf. 8 Uhr.)  
Anfang 8 Uhr.  
**Berliner.** La Hain.  
**Leffing.** Das Konzert.  
**Neues Schauspielhaus.** Der Herr Verteidiger.  
**Neues.** Der Philosoph von Sanssouci.  
**Wehen.** Die geschiedene Frau.  
**Romische Oper.** Zigeunerische.  
**Neues Operetten.** Der Graf von Luxemburg.  
**Trionon.** Theodora u. Cie.  
**Kleines.** Der große Name.  
**Reitens.** Im Taubenschlag.  
**Thalia.** Die Dollarprinzessin.  
**Schiller.** Die Räuber. (Theater.)  
Neue Jugend.  
**Schiller-Charlottenburg.** Egmont.  
**Friedrich-Wilhelmstädt.** Der Hypochonder.  
**Volkoper.** Lucia von Lammermoor. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Luisen.** Das Gott zusammenfügt.  
**Kole.** Bonender Boden.  
**Zustielhaus.** Der dunkle Punkt.  
**Metropol.** Gallop II - Die große Renne.  
**Holl's Caprice.** Herr Bassenkrampf.  
**Der Lustturner.** (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
**Casino.** Der Ubergänger.  
**Gedr. Herrnsfeld.** So muß man's machen.  
**Heddel.** Kavaliere. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
**Stadth.** Der Sonnwendhof.  
**Stadttheater Moabit.** Heimat.  
**Parodie.** Vohengrün. (Anf. 9 1/2 Uhr.)  
**Apollon.** Der Liebeswalzer. Spezialitäten.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Steffiner Sänger.  
**Palast.** Spezialitäten.  
**Vonage.** Spezialitäten.  
**Karl Haberland.** Spezialitäten.  
**Walhalla.** Spezialitäten.  
**Buggenhagen.** Spezialitäten (Anf. 7 1/2 Uhr.)  
**Urania.** Landentrabe 18/19.  
Abends 8 Uhr: Im Firmenglanz des Ober-Engadin.  
Anf. 8 Uhr: Dr. W. Berndt: Der Verfall und Untergang des menschlichen Individuums.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 67-68

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Donnerstag 8 Uhr:  
**Im Firmenglanz des Ober-Engadin.**  
Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt: Der Verfall und Untergang des menschlichen Individuums.  
**Passage-Panoptikum**  
**Senegal in Berlin!**  
**50 wilde Weiber**  
Männer, Kinder.  
**Drei Negerdörfer**  
Ohne Extra-Entree!

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr.  
**Gussy Holl**  
**Lamborg**  
**Schneider - Duncker**  
(prolongiert)  
und das neue  
**Februar-Programm.**  
14 Varietè-Attraktionen.

**Residenz-Theater**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
**Im Taubenschlag.**  
Schwan! in 3 Akten von Hennequin und Heber.  
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Donnerstag, 24. Februar, 8 1/2 Uhr:  
**Der Hypochonder.**  
Freitag: Im bunten Kos.  
Sonnabend 8 1/2 Uhr: Die Jungfrau von Orleans. 8 1/2 Uhr: Die Großstadtluft.

**ROSE-THEATER**  
Große Franzfurter Str. 132.  
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
**Wankender Boden.**  
Drama in 4 Akten u. 5 Bildern v. Dudenstadt.  
Freitag und Sonntag: Wankender Boden.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der dunkle Punkt.**

**WINTERGARTEN**  
Abends 8 Uhr:  
Die geschiedene Frau.  
Sonn. 8 1/2 Uhr: Der ideale Bauer.

**Neues Operetten-Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Der Graf von Luxemburg.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Der Zigeunerbaron.  
**Volkoper.**  
SW., Belle-Alliance-Str. Nr. 7/8.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Lucia von Lammermoor.**

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Was Gott zusammenfügt.**  
Schauspiel in fünf Akten von Ernst Ritterfeldt nach einer Erzählung von Courth's-Wähler.  
Freitag: Was Gott zusammenfügt.  
Sonnabend: Der Seifenkessel.

**Schiller-Theater O. (Baltzer-Theat.).**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Neue Jugend.** (Johan Ulfstjerna.)  
Schauspiel in 5 Akten v. Tor Hedberg.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die erste Gelbe.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Neue Jugend.** (Johan Ulfstjerna.)

**Trionon-Theater.**  
Heute und folgende Tage, 8 Uhr:  
**Theodore & Cie.**  
Sonntag nachm.: Pariser Witwen.

**Apollo Theater**  
Letzte Woche!  
8 Uhr: Die großen Spezialitäten.  
8 1/2 Uhr:  
**Der Liebeswalzer.**  
Operette in 3 Akten.  
Musik von E. W. Fiedler.  
Konrad Dreher a. G.  
und die Originalbesetzung.

**Herrnsfeld Theater**  
Kommandantenstr. 57. T. N. 4, 5063.  
Zum 16. Male:  
**Eine Uebergangs-Ehe.**  
Zum 115. Male:  
**So muß man's machen**  
mit Anton und Donat Herrnsfeld.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11 bis 2 Uhr.  
Sonntag nachmittags 4 Uhr:  
**Meine-Deine Tochter.**

**Tonbild-Theater**  
Reichenfurter Str. 26-27.  
**Reform-Kino**  
Das schönste Programm  
Berlins,  
laufend vom 22.-28. Februar,  
u. a.: Am Hofe einer Ägypt.  
Messaline. Kunstfilm 1. Rang.  
3. Platz 30 Pf.  
Kind. 10 Pf. ohne Anzahlung.  
Dauervorstell. v. 4-11 Uhr.

**W. Noacks Theater**  
Brunnenstr. 16, am Rosenfelder Tor  
Große Extra-Vorstellung.  
**Der Sonnwendhof**  
oder:  
Die Tochter des Brandstifters.  
Volkschauspiel in 5 Akten v. Wolfenthal.  
Freitag: Dieselbe Vorstellung.

**Brauerei Friedrichshain am Königstor.**  
Größte Schenkwürdigkeit Berlins.  
Morgen Freitag: Elftag.  
Gratisverlosung von 100 Wertgegenständen.  
Jeder Besucher erhält ein Los gratis.  
Größter Bock-Jubel und Trubel „Auf der Alm“.  
Der berühmteste Festwirt  
**Schorsch Ehrengreber**  
mit seiner Truppe (60 Mitwirkende) aus München.  
Anfang 8 Uhr.  
Vollpreiskarten haben volle Gültigkeit.

**Arnold Scholz**  
**Neue Welt** Hasenheide 108/114  
Vom Dienstag, den 22. Februar, bis Donnerstag, 24. Februar:  
**Schönheits-Konkurrenz-Woche**  
in den bayerischen Alpen.  
Näheres siehe Anschlagszettel.  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

**Schiller-Theater (Charlottenburg).**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Zum ersten Male: **Egmont.**  
Ein Trauerspiel in 5 Aufzügen von Johann Wolfgang v. Goethe.  
Ende 11 1/2 Uhr.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Pfarrer v. St. Georgen.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Egmont.**

**Metropol-Theater**  
**Hallo!!!**  
Die große Revue!  
In 8 Bildern von Jul. Freund.  
Musik v. Paul Lincke. In Szeno  
gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Reichshallen-Theater.**  
**SteffinerSänger**  
Der Nachwächter  
von Jepsen-Schleuse.  
v. F. Meyssal  
Anfang:  
Sonnabend:  
8 Uhr.  
Sonntag:  
7 Uhr.  
Billett 8 Tage vorher.

**Palast-Theater.**  
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.  
Burgstraße 24, am Bahnhof Döbje.  
Das brillante  
**Februar-Programm!**  
**14 Attraktionen**  
ersten Ranges.  
**Der Chemann vor der Tür,**  
oder:  
**Die überlistete Kattippe.**  
Anfang 8 Uhr.  
Entree: 50 Pf. bis 2 Mark.  
Vorzugskarten überall zu haben.

**ORPHEUM**  
SOBRÜCKENSTR. 2  
an der Jannowitzbrücke.  
Deutschlands grösste und  
vornehmste Lichtbühne  
650 Sitzplätze  
Feenhalla Ausstattung  
Beginn:  
Wochentags 4 Uhr.  
Sonntags 2 „

**Königstadt-Kasino.**  
Polenstraße 72.  
Täglich: **Franz Sobanski.**  
Reiz: Giesow, Trossell, Handstand-  
akt, The Frankoni, Exzentris-Duo.  
Little Julius, Kunstballettspieler.  
Prolongiert: Viktor Ritter, William  
Watson und Son, Stitty Welt usw.  
**Kamerad Schruppe.**  
Bosse in einem Akt v. R. Reichardt.

**Freie Volkshühne**  
Die nächsten Stücke:  
**Lessing-Theater:** Hanneles Himmelfahrt.  
**Thalia-Theater:** Jugend.  
**Der Dorityrann.**  
**Neues Schauspielhaus:** Traumulus.  
**Der große Tote.**  
**Residenz-Theater:** Musotte.  
Einige Karten zu den Nachmittags-Abteilungen können noch in den Zahistellen bestellt werden.  
240/9 Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

**Zirkus Schumann**  
Donnerstag, den 24. Februar,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Abend.**  
Zum 1. Male:  
„Eisenberg“ v. Meisterfinger  
a. b. Elze, Zuschengst, ge-  
von Kommissionsrat  
**Gustav Stensbeck** als Gast.  
**Mons. Romanoff**  
der phänomenale Kopf.  
**Bagonoff**, der kleinste komische  
Reitkünstler der Welt.  
Letzte Reueit: The Franklins  
**liegende Akrobaten.**  
Um 9 1/2 Uhr: Ende 11 Uhr:  
**Die drei Rivalen.**  
Große Partie in fünf Akten aus  
der Augenmattentzelt.

**Zirkus Busch.**  
Heute Donnerstag, 24. Februar,  
abends 7 1/2 Uhr präz.:  
**Große Galavorstellung!**  
Mc Danell Co.  
Skandinavischer Sport-Akt.  
Ski, Rodel und Rollschuhe.  
Herr **James Leon Fillis**  
junior, Schulreiter.  
Mr. **Jacob**, Foxterrier-Dress.  
Hr. E. Schumann, Nendrossuren.  
Zwergelohn **François**, Kunstr.  
Reiterfamilie **Proserpi**, Gigori-  
clown **Alfred Daniels** usw.  
9 Uhr ca. Ende ca. 11 Uhr.  
Die russ. Sensationspantomime  
**Marja!**

**CIRCUS SARRASANI**  
Alter Botan. Garten  
Eingang Grünwaldstr.  
Donnerstag, den 24. Februar,  
abends 8 Uhr:  
**Sensationelle Vorstellung**  
mit rein zirkus. Programm.  
Ab 9 1/2 Uhr: Fortsetzung der  
**Ringkampf-Konkurrenz**  
unter dem Protektorat des  
Herrn Prof. Reinhold Bogas.  
Heute abend ringen:  
**Macdonald** (Schottland) gegen  
**Zorn** (Schöneberg).  
**Gocksch** (Breslau) gegen  
**Lassartosa** (Frankreich).  
**Paradonoff** (Rußland) gegen  
**Brillier** (Posen).  
**Madralli** (Armenien) gegen  
**Stronge** (Deutschland).  
**Cazeaux de Bastieux** (Frankr.)  
gegen **Bischoff** (Schöneberg).  
**Dammhofer** (Schweiz) gegen  
**Michaloff** (Ural-Kosak).

**Karl Haverland**  
Theater, präz. 8 U.  
77/79 Kommandantenstraße 77/79  
Ab 16. dieses Monats  
ein sensationelles Programm.

**Volgt-Theater**  
Gastspiel im Urschhof, Moabit,  
Berliner Straße 96.  
Donnerstag, den 24. Februar:  
**Verwaist.**  
Charakterbild mit Bezug in sieben  
Bildern von Elmar.  
Kasseneröffnung 7. Anfang 8 Uhr.

**Buggenhagen**  
am Marienplatz  
8 Uhr.  
Heute 9 1/2 Uhr ringen:  
**Wax Schneider** - Tuomisto.  
**Gambier** - Oskar Schneider.  
**Entscheidungskampf:**  
L. de Wolf - Zauerer.  
Im unteren Saale: Großer  
**Bockbier-Kellerfest**  
mit **Doppel-Konzert.**

**Folies Caprice**  
**Der Luftturner.**  
Neuer bunter Teil.  
**Herr Wasserkropf.**  
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorberf. 11-2 Uhr.  
**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Donnerstag, den 24. Februar 1910:  
Erstes Gastspiel des Fräulein  
**Frida Ward** vom Kolo-Theater.  
Zum erstenmal:  
**Heimat.**  
Schauspiel in 4 Akten v. H. Sudermann.  
Musik: Frida Ward a. G.  
Vollpreiskarten haben zu dieser Vor-  
stellung keine Gültigkeit.

**Casino-Theater**  
Rehringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:  
Nur noch bis 25. Februar:  
**Der Obergänger.**  
Sonnabend, den 26. Februar:  
Zum 1. Male: **Berlin bei Nacht.**  
Sonn. 4 U.: Trudens Sommerfeste.

**Der Obergänger.**  
Sonnabend, den 26. Februar:  
Zum 1. Male: **Berlin bei Nacht.**  
Sonn. 4 U.: Trudens Sommerfeste.

**Der Obergänger.**  
Sonnabend, den 26. Februar:  
Zum 1. Male: **Berlin bei Nacht.**  
Sonn. 4 U.: Trudens Sommerfeste.

**Der Obergänger.**  
Sonnabend, den 26. Februar:  
Zum 1. Male: **Berlin bei Nacht.**  
Sonn. 4 U.: Trudens Sommerfeste.

**Der Obergänger.**  
Sonnabend, den 26. Februar:  
Zum 1. Male: **Berlin bei Nacht.**  
Sonn. 4 U.: Trudens Sommerfeste.



Die Tischgelder. - Arbeiterentlassungen. Der teure Krupp.

Die Mittwochsitzung der Budgetkommission begann mit einer „Berichtigung“ des Reichsmarineamts gegen das „Berliner Tageblatt“.

Admiral Reinhardt „berichtigte“ nun: Das Marineamt habe im Gegenteil ein Telegramm erhalten, wonach nicht nur die Messiegelder keinen Ueberschuß ergeben, sondern die Offiziere noch Zuschüsse hätten leisten müssen!

Eine Anfrage, ob beabsichtigt sei, die Marinewerft in Danzig einzuschränken und zahlreiche Arbeiter zu entlassen, wurde von Admiral Farms dahin beantwortet, daß von „zahlreichen“ Entlassungen keine Rede sein könne, es kämen „höchstens“ 200 bis 300 Arbeiter.

in Frage! - Eine Eingabe der verschiedenen Arbeiterorganisationen um Lohn erhöhungen hätte die Verwaltung ablehnen müssen, weil ein Vergleich mit den in der Privatindustrie gezahlten Löhnen ergeben habe, daß die Löhne der Marineverwaltung meist höher seien.

Beim Titel „Arilleristische Armierungen“ beklagt sich Abg. Erzberger über die hohen Preise, die Krupp für Kanonenrohre und Panzerplatten nimmt: er sei im Durchschnitt um 40 Proz. teurer als die Konkurrenz.

Außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Dresden, 22. Februar 1910.

Dritter Verhandlungstag.

Die Debatte über die Frage des Reichstarifs wird fortgesetzt. In derselben nimmt auch Genosse Silber Schmidt als Vertreter der Generalkommission das Wort.

Redner schlägt vor, die Abstimmung dadurch klarer zu machen, daß man sie in folgende drei Teile zerlegt: 1. nimmt die Generalversammlung den Reichstarif an; 2. soll der Verhandlungskommission ein Tadelvotum ausgesprochen werden;

3. soll die Taktik und die Verhandlungsform für über drei Jahre bereits jetzt festgelegt werden.

Der Redner führt dann aus, daß es Aufgabe der Delegierten sei, die Zweifel und Meinungsverschiedenheiten in ihren Filialen zu beheben und neue Kräfte zu sammeln für die Entscheidungskämpfe, die trotz Tarife nicht umgangen werden können.

Nach dem Schlußwort Toblers und einer ganzen Anzahl persönlicher Bemerkungen folgen dann die Abstimmungen.

Dem Reichstarif wird gegen zwei Stimmen die Sanction der Generalversammlung erteilt; die Hamburger und Danziger Resolutionen werden einstimmig zurückgewiesen; das in der Berliner Resolution beantragte Tadelvotum für die Verhandlungskommission wird in namentlicher Abstimmung mit 55 gegen 13 Stimmen abgelehnt, bei 21 Stimmenthaltungen, die von den Mitgliedern dieser Kommission geübt wurde.

Mit 66 gegen 10 Stimmen, bei 7 Stimmenthaltungen wird folgende Resolution des Vorstandes angenommen:

„Die in Dresden tagende außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands hält an den grundsätzlichen Aufstellungen der 12. Generalversammlung zu Köln 1909 über Tarifverträge fest.“

Sie erachtet die vom Vorstand und der Verhandlungskommission bei den Verhandlungen über den Reichstarif eingeschlagene Taktik mit dieser Auffassung als durchaus übereinstimmend.

Der neue Reichstarifvertrag ist auf der Grundlage des seit dem Frühjahr 1906 bestehenden, von der Generalversammlung in Köln genehmigten Normaltarifs aufgebaut. Seine weitgehende Bedeutung liegt in der nunmehr herbeigeführten gleichmäßigen Gestaltung des Arbeitsvertrages im Deutschen Reich, die einen Ausgleich der bisherigen Verschiedenheiten und damit eine Verbesserung der bestehenden Verhältnisse darstellt.

Demgegenüber entspricht der materielle Inhalt des Reichstarifvertrages nicht den berechtigten Forderungen unserer Kollegen bezüglich des Lohnes und der Arbeitszeit. Ein allgemeiner und vollständiger Ausgleich insbesondere gegen die durch die Reichsfinanzreform herbeigeführte unerschönte Verteuerung der Lebenshaltung unserer Verbandsmittelglieder ist nicht erreicht. Es war durchaus notwendig, eine wesentliche materielle Verbesserung der Kollegen herbeizuführen. Die Bewilligung der Forderungen unseres Verbandes stellten das mindeste dar, um den gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen gerecht zu werden. Insbesondere gilt dies auch von der Kulturförderung der Verkürzung der Arbeitszeit und der Verminderung der die Gesundheit unserer Kollegen schädigenden Berufsgefahren.

Der völlig abnehmende Standpunkt des Arbeitgeberentums gegenüber diesen Forderungen kennzeichnet die Verständnislosigkeit der Unternehmer gegen die sozialen Zeitforderungen in unserem Berufe. Ihre Stellung entspricht lediglich den Klasseninteressen der organisierten Unternehmertums.

Sierdurch wurde die Stellung der unparteiischen Schlichter wesentlich erschwert. Ohne die dankenswerten Be-

mühungen der Herren Unparteiischen wäre ein Ergebnis der Verhandlungen nicht zu erzielen gewesen. Trotz voller Anerkennung dieser Tätigkeit der Unparteiischen bedauert die Generalversammlung, daß in den Schlichtsprüchen nur eine so geringe Aufbesserung des Lohnes enthalten und die notwendige Verkürzung der Arbeitszeit nicht berücksichtigt ist.

Wenn demnach auch durch die Schlichtsprüche eine Befriedigung unserer gerechten Forderungen nicht erzielt ist, so ist dieses Ergebnis insbesondere der bisherigen ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur und den dem Verband noch fernstehenden Kollegen zuzuschreiben. Unter Würdigung der vorliegenden Umstände erteilt die Generalversammlung dem abgeschlossenen Reichstarife ihre Zustimmung.

Die auch in unserem Beruf zunehmende Verschärfung der Klassengegensätze erfordert den Zusammenschluß aller Kollegen in einer geschlossenen Organisation. Jede Zersplitterung schwächt die Macht des Verbandes und erschwert die erfolgreiche Vertretung der Forderungen in der Gegenwart und Zukunft. Jeder Versuch, diese Geschlossenheit der Kollegen durch Sonderbestrebungen innerhalb und außerhalb des Verbandes zu gefährden, ist ein schweres Verbrechen gegen die gesamte Arbeiterbewegung.

Die Generalversammlung fordert alle Kollegen auf, tatkräftig im Verbandsrat weiter zu wirken. Pflicht eines jeden Mitgliedes muß es sein, unermüdet dafür zu sorgen, daß auch unter den schwierigsten Verhältnissen die noch fernstehenden Kollegen unserer Organisation zugeführt werden, damit der Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands an Macht und Einfluß gewinnt, zum Nutzen aller Mitglieder.“

Bei der Beratung des letzten Punktes der Tagesordnung: Durchführung des Reichstarifs, wird folgende Resolution, die die Zustimmung der Generalversammlung findet, den Beratungen zugrunde gelegt:

„Mit Bezugnahme auf die Resolution über einen Reichstarif stellt die außerordentliche Generalversammlung in Dresden fest, daß die Durchführung dieses Tarifs, der bereits am 17. Januar 1910 in Kraft getreten ist, noch sehr viel zu wünschen übrig läßt, weil der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe es in einer Reihe von Orten unterlassen hat, eine raschere Durchführung herbeizuführen.“

Dazu kommt, daß der Hauptverband der Arbeitgeber es bisher unterlassen hat, gemeinsam mit unserem Verband einen Kommentar über die Auslegung der Vertragsbestimmungen zu vereinbaren.

Deshalb beauftragt die Generalversammlung den Vorstand des Verbandes, von den Arbeitgebern die sofortige Durchführung des Tarifs und den Schlichtsprüche zu fordern. Für alle örtlichen Verhandlungen ist die Gewährung der allgemeinen Lohn-erhöhung unerläßliche Voraussetzung.

Endlich ermächtigt die Generalversammlung den Vorstand, gegen alle Betriebe oder Tariforte, wo die Durchführung des Tarifvertrages unterbleibt, mit den schärfsten Mitteln vorzugehen.

Die Filialverbände sind gehalten, von allen sich bei der Durchführung sich ergebenden Differenzen den Bezirksleitern unumgänglich Mitteilung zu machen, um der Verbandsleitung die notwendige Heberlei und die Erteilung entsprechender Direktiven zu ermöglichen.“

Damit sind die Arbeiten der außerordentlichen Generalversammlung erledigt.

Aus der Partei.

Auf dem Wege zur Parteienheit in Rußland.

Das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat auf seiner letzten Plenarsitzung eine Reihe von Beschlüssen angenommen, die einen wesentlichen Umbruch in den inneren Parteiverhältnissen bedeuten und geeignet sind, die Konsolidation der Partei und ihre Schlagkraft bedeutend zu fördern. Vor allem sind es die einstimmig angenommenen Resolutionen über die Situation in der Partei, über die „Fraktionszentren“, d. h. die Tatsache, daß jede der Gruppen sich eine besondere Zentralinstanz gegeben hat, und über die Befestigung der Spaltung in den ausländischen Gruppen, die die Abschwächung der fraktionellen Gegensätze in der Partei charakterisieren. Die Resolution über die Fraktionszentren lautet: „In Anbetracht der Annahme einer Reihe von Beschlüssen, die auf die Herstellung der faktischen Einheit in der Partei gerichtet sind, und der Deklaration der Genossen von den Volkswilts, die ihr Organisationszentrum auflösen und die Herausgabe ihres Organs „Der Proletarier“ einstellen, drückt das Zentralkomitee die vollste Zufriedenheit aus, daß die Redaktion des Zentralorgans („Der Sozialdemokrat“, indem sie den vom Zentralkomitee einstimmig angenommenen Beschluß durchführt, den Zusammenschluß aller literarischen Kräfte ohne Unterschied der Richtung fördern wird, und spricht zugleich die Heberzeugung aus, daß die Interessen der Partei und der Parteienheit die Schließung der (menschewistischen) Zeitung „Golos Sozialdemokrata“ in der nächsten Zukunft erfordern. Im Einklang damit wendet sich das Zentralkomitee an die menschewistischen Mitglieder des Zentralkomitees und des Zentralorgans mit dem Antrag, alle Bemühungen anzustellen, um dieses Ziel durch Einwirkung auf ihre nächsten Gesinnungsgenossen zu erreichen.“

Die Resolution über die Spaltung in den ausländischen Parteiengruppen lautet: „Das Zentralkomitee betrachtet es als die nächste Aufgabe des Auslandsbüros des Zentralkomitees, die Spaltung zwischen den Gruppen im Auslande zu beseitigen und die Vereinigung der letzteren mit den nationalen sozialdemokratischen Gruppen durchzuführen.“

Von großer Wichtigkeit für die Partei sind die Beschlüsse, die die Einberufung einer allrussischen Parteikonferenz und das Statut des Zentralkomitees regeln. Da seit dem letzten Parteikongreß in London (Mai 1907) kein Kongreß einberufen werden konnte und auch jetzt nicht einberufen werden kann, da ferner die alljährlich stattfindenden Konferenzen keinen genügenden Ersatz für einen Kongreß bieten, stand das Zentralkomitee vor der schwierigen Aufgabe, vorläufig - bis die Einberufung eines Kongresses möglich sein wird - ein Organ zu schaffen, das imstande wäre, alle vorhandenen Kräfte der Partei zu sammeln und den Wiederaufbau der Partei zu beschleunigen. Einen solchen Ausweg fand das Zentralkomitee in der Einberufung einer allrussischen Konferenz, zu der auch auf der gleichen Basis mit den illegalen Parteiorganisationen die sozialdemokratischen Gruppen in der legalen Arbeiterbewegung herangezogen werden sollen, die bereit sind, ein festes organisatorisches Band mit den örtlichen Parteizentren herzustellen. Indem das Zentralkomitee diesen Delegierten nur eine beratende Stimme einräumt, überläßt es die definitive Entscheidung dieser Frage der Konferenz selbst. Endlich empfiehlt es den Lokal- und Gauorganisationen, zur erfolgreichen Vorbereitung der nächsten allrussischen Konferenz und im Interesse des Zusammenschlusses aller Sozialdemokraten, die auf verschiedenen Gebieten der Arbeiterbewegung tätig sind, örtliche und Gaukonferenzen einzuberufen, an denen neben den Vertretern der illegalen Partei-

organisationen die Genossen teilnehmen sollen, die in der legalen Arbeiterbewegung tätig sind.

Das Statut des Zentralkomitees wurde in der Weise geändert, daß nur das Kollegium der in Rußland wirkenden Mitglieder des Zentralkomitees alle Rechte des Zentralkomitees genießt. Von sonstigen Beschlüssen sind noch herabzuheben: der Beschluß über das Zentralorgan, über die Arbeiterzeitung „Pravda“ und über die Gruppe „Spered“ (in welcher sich die die Duma boykottierende Richtung in der Partei - die sogenannten Disjovisten und Ultramaxisten - zusammengefaßt hat).

Obgleich es auch jetzt nicht gelungen ist, alle vorhandenen Richtungen in der Partei zu einem geschlossenen Ganzen zu vereinigen - die erzielte Verständigung zwischen den Fraktionen erstreckt sich nicht auf die oben erwähnte Gruppe „Spered“ - so hat doch das Gros der Partei die Vertreter der beiden wichtigsten Fraktionen und der nationalen sozialdemokratischen Organisationen im Zentralkomitee den Weg gewiesen, auf welchem sich die Partei trotz der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Fraktionen die Einheit der Aktion wird sichern können.

Aus dem amerikanischen Parteileben.

New York, 10. Februar. (Fig. Ver.)

Der soeben veröffentlichte Bericht des Parteisekretärs Genossen Nathan Barnes läßt erkennen, daß die Zahl der organisierten Parteigenossen während der letzten Jahre in erfreulicher Weise gestiegen ist. Im Jahre 1908 zählten die Organisationen der Partei 15 975 Mitglieder, 1904 20 763, 1905 23 327, 1906 26 784, 1907 20 270, 1908 41 751 und 1909 41 479. Der geringe Rückgang während des verflorenen Jahres ist zurückzuführen auf die furchtbare wirtschaftliche Krise, deren Wirkungen auch jetzt noch nicht überwunden sind.

Besonders günstig entwickeln sich die fremdsprachigen Parteioorganisationen und allen voran die Finnen, die über drei Parteizeitungen verfügen und auch eine Parteischule unterhalten.

Die Einnahmen des Parteisekretariats während des Jahres 1909 beliefen sich auf insgesamt 36 721,97 Dollar und die Ausgaben auf 36 648,55 Dollar.

Ueber die Frauenstimmrechtsfrage heißt es in dem Bericht, daß ihr sowie der Agitation unter den Frauen während des verflorenen Jahres eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt und daß auf Antrag des Parteivorstandes sowohl am 27. Februar in Versammlungen im ganzen Lande als auch am 1. Mai die Frage des Frauenstimmrechts besonders erörtert worden ist. Die Resultate waren recht gute, und der Genossin Anna H. Wiley, der Organisationsleiterin der Partei, wird für ihre in dieser Richtung geleistete Arbeit vom Parteisekretär warme Anerkennung gezollt.

Ueber die Civic Federation, deren Stellung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung und der Arbeiterbewegung überhaupt während des letzten Jahres Anlaß zu lebhaften Auseinandersetzungen in deutschen Partei- und Gewerkschaftsorganen gegeben hat, befragt der Bericht des Parteisekretärs: „Die Civic Federation ist weder unparteiisch noch parteilos. Zwei von insgesamt drei Nummern ihres Organs „The Review“, die während des letzten Jahres erschienen sind, enthielten fast nichts wie Angriffe auf die Entstellungen der sozialistischen Bewegung, verbunden mit Warnungen von der Gefährlichkeit des Sozialismus. Angesichts der zunehmenden Stärke der Socialist Party und der daraus resultierenden Gefahr für den Kapitalismus erachtet die Civic Federation und die Interessen, denen sie dient, eine konservative Arbeiterpartei für notwendig. Und wenn es zu der Gründung kommt, wird sie auch finanziell ausgehalten werden.“

Die während der letzten Jahre in verschiedenen Staaten unternommenen und zum Teil durchgeführten Wahlreformen, so die direkte Primärwahl, werden in dem Bericht als die ersten Anläufe zur Verschlechterung des bestehenden allgemeinen und gleichen Wahlrechts gekennzeichnet.

Nach einem Rückblick über die lebhaftige Tätigkeit der Socialist Party zur Wahrung des Wahlrechts und die verhinderte Auslieferung der Genossen Christian Rudowit und Jan Janof Bouren an Rußland und des Genossen D. G. de Lara an Mexiko nach einem Hinweis auf die reaktionären Tendenzen, die immer deutlicher in den Vereinigten Staaten zutage treten, fährt der Bericht fort: „Ungeachtet aller vom Kapitalismus ausgehenden Hindernisse, ungeachtet der Civic Federation, ungeachtet der Wahlrechtungsverweigerung und trotz der kapitalistischen Presse und ihrer Verdrehungen und trotz aller Schachzüge der politischen Klasse wird die Socialist Party, die Hoffnung der Arbeiterklasse, dauernd bestehen. Unsere politischen Verhältnisse machen sie möglich und die wirtschaftlichen notwendig. Sie ist jetzt ein heimisches Gewächs. Man pflanze nämlich die sozialistische Bewegung als ein ausländisches Gewächs hinzu. D. A. und die kommenden Kongresswahlen geben uns Gelegenheit, die weitverbreitete sozialistische Stimmung in eine Revolte gegen die kapitalistische Mißwirtschaft umzuwandeln.“

Der italienische Parteivorstand zum Fall Ferri.

Rom, 20. Februar.

Der Parteivorstand hat in seiner Plenarsitzung vom 18. d. M. dem Fall Ferri seine Aufmerksamkeit zugewandt. Obwohl Genosse Modigliani die Ansicht vertrat, der Parteivorstand müsse den Vorwürfen entgegenreten, die Ferri gegen die Parteifraktion erhoben hat, war die Mehrheit dafür, nur die disziplinäre Seite des Austritts aus der Parlamentsfraktion zu berücksichtigen. Es wurde somit eine Tagesordnung Vuffi angenommen, die erklärt, daß Morgari durch seine dokumentierte Wiederlegung die Angriffe gegen die Parlamentsfraktion als unberechtigt dargetan hätte und deshalb Ferri's Austritt aus der Fraktion als unmotiviert ansieht und ihn auffordert, im Interesse der Parteidisziplin seinen Platz wieder einzunehmen.

Uns scheint es durchaus nicht klar, ob man von Ferri im Namen der Parteidisziplin den Wiedereintritt in die Fraktion fordern kann. Die Fraktion selbst erkennt keine Parteidisziplin und keine Parteikontrolle an und hat wiederholt nichtorganisierte Sozialisten zu Mitgliedern gehabt. Noch heute ist der Abgeordnete Manoni Fraktionsmitglied, ohne Parteigenosse zu sein. Unter diesen Umständen erscheint uns keine Verpflichtung für alle sozialistischen Abgeordneten vorzuliegen, der Fraktion anzugehören. Steht doch Genosse Cicotti auch außerhalb der Fraktion. So lange kein neuer Parteitag-Beschluß vorliegt, dürfte allein die Würdlichkeit Ferri's, nicht aber der Parteivorstand das Recht haben, den Wiedereintritt in die Fraktion von ihm zu verlangen.

Aus den Organisationen.

Die vierzehn Parteiversammlungen in Rürnberg deren Beschlüsse zur preussischen Wahlrechtsfrage wir gestern meldeten, beschäftigten sich auch mit einem Antrage auf Beitragserhöhung. Zwei genehmigten nach meist sehr bewegter Debatte gegen verabschiedende Minderheiten die Erhöhung der Parteibeiträge auf 35 Pf. pro Monat, zwei beschloßen nur 30 Pf.

Aus Industrie und Handel.

Der Arbeitsmarkt im Monat Januar 1910.

Der Geschäftsgang brachte, nach dem „Reichsarbeitsblatt“, im Monat Januar für einige Großindustrien eine kaum nennenswerte Abweichung gegen den Vormonat.







**Briefkasten der Redaktion.**

Die hiesige Sprechstunde findet Lindenstraße 3, Welter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, **Freitag** **Freitag** wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Die zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

**E. L. Pannierfrage.** Von dem Verfasser des Artikels „Vom Gehörten der Kinder“ sind pädagogische Schriften nicht erschienen, wir werden aber gelegentlich weitere Artikel bringen. — **Anonym 66.** Die falsche Anschuldigung ist nur dann strafbar, wenn sie wider besseres Wissen erteilt ist; eine solche Anschuldigung liegt hier nicht vor. — **Süßende 100.** Michorj kann die Gemeindesteuer für März fordern. Von Süßende können Sie sie zurückfordern, wenn Sie sich selber noch im Februar anmelden. — **M. D. L. Hüfingergerechtigkeit** ist nicht mehr zulässig, da das Höchstalter für den Beginn der Hüfingergerechtigkeit — Vollendung des 18. Lebensjahres — überschritten ist. — **Edward 6.** Wenn es sich tatsächlich um einen Bruch, nicht nur eine log. Bruchanlage handelt, so schließt das die Fähigkeit zum Dienst mit der Waffe aus. — **H. B. 30.** Beauftragen Sie den Gerichtsvollzieher mit der Pfändung von Gegenständen, die nicht der Intervention unterliegen. Sind solche Gegenstände nicht vorhanden, so bleibt nur die Ladung zum Offenbarungseid übrig. — **G. W. 75.** 50 M. ohne Kosten eines Patentanwalts, dessen Hilfe Sie sich etwa bedienen. — **R. G. Reichlich** so lange, wie er ohne Beschädigung seines handesgemäßen Unterhalts unter Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen dazu imstande ist. — **H. W.** In zwei Jahren, sofern die Leistung nicht für den Gewerbebetrieb des Schulmeisters erfolgt ist. Ist dies der Fall: in vier Jahren. — **Z. 100.** Die raten vom Beitritt zu der Kasse ab. — **G. G., Brechtner.** Ja. — **Z. 7. 26.** Ist der Unfall auf dem Wege von der Wohnung zur Be-

triebsstätte passiert und zwar außerhalb der Betriebsstätte, ohne durch Einrichtungen des Betriebes oder durch eine Verletzung im Interesse des Betriebes veranlaßt zu sein, wie es nach Ihrer Darstellung der Fall zu sein scheint, so liegt nach der u. G. irrigen Praxis des Reichsversicherungsamts kein Betriebsunfall vor. Um Ihnen eine bestimmte Auskunft erteilen zu können, müßten wir den genauen Hergang kennen. Auskunft ercent. Bitte bei der Befolgung Ihrer Anfrage gemäß Ihnen auch das Arbeitersekretariat, Engelauer 15. — **R. G. 20.** Wenden Sie sich beschwerdebefähigt an den Regierungspräsidenten. Ob der Klageweg empfehlenswert ist, können wir nur an Hand der fraglichen, für den dortigen Ort maßgebenden Bestimmungen beurteilen. — **G. L. 70 Ziegel.** Auf eigene Kosten ja. — **H. 12.** Teilen Sie der Armenverwaltung mit, daß für Sie eine Unterhaltspflicht für den Bruder, somit auch eine Erhaltungspflicht für die fraglichen Kosten gesetzlich nicht besteht, da nur Verwandte in gerader Linie (§ 1601 B. G. B.) einander unterhaltspflichtig sind. Zudem würde durch die Zahlung der handesgemäßer Unterhalt (§ 1603 B. G. B.) gefährdet werden. — **R. R. 20.** Verlangen Sie es mit einer Mitteilung an die Polizeibehörde; einen Erfolg versprechen wir uns davon jedoch nicht. — **H. Z. Friedrichshagen.** Stellen Sie einen Antrag unter genauer Schilderung Ihrer Verhältnisse an das Landratsamt.

**Eingegangene Druckschriften.**

**Balzac's Menchliche Komödie.** 10. Bd. 4 M., geb. 5 u. 7 M. Insel-Verlag, Leipzig.  
**Reinland des Wissens.** Nr. 9 und 10. Halbmonatsschrift für Natur- und Geistesleben. Viertel. 1,25 M. Leipzigmann u. Co., Leipzig.  
**Chaussees Werte** in 2 Bänden. Herausgegeben von M. Sydow. 3,50, 5,50 und 7 M. Bong u. Co., Berlin.  
**Die Kette der Frauen.** Von Dr. J. Jikel. 1,80 M. Schweizer u. Co., Berlin NW. 87.

Statistik der an den höheren technischen Staats- und Kommunalhochschulen sowie an den privaten Techniken, Polytechniken und Akademien gelehrten Disziplinen. Herausgegeben von G. Rathes. Verlag: Pfeil, Berlin SW. 45. 1 22.

**Wasserstands-Nachrichten**  
 der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	22. 2.	21. 2.	am 3.	am 4.		22. 2.	21. 2.	am 3.	am 4.
Remel, Mühl	400	-3	am 3.	am 4.	Saale, Großh.	215	-9	am 3.	am 4.
Bregel, Jüterburg	307	+5	am 3.	am 4.	Saale, Spandau	154	+1	am 3.	am 4.
Reichel, Thon	176	-8	am 3.	am 4.	Saale, Rathenow	154	0	am 3.	am 4.
Ober, Raibitz	268	+5,8	am 3.	am 4.	Spre, Spremberg	—	—	am 3.	am 4.
Kroffen	199	-4	am 3.	am 4.	Beeslow	151	-1	am 3.	am 4.
Frankfurt	184	-6	am 3.	am 4.	Geier, Rindon	118	-10	am 3.	am 4.
Barthe, Schumm	158	-22	am 3.	am 4.	Rhein, Rindon	168	+15	am 3.	am 4.
Landberg	134	+3	am 3.	am 4.	Rhein, Warmsieder	439	-17	am 3.	am 4.
Rege, Borsdorf	17	-11	am 3.	am 4.	Rhein, Rindon	319	+3	am 3.	am 4.
Sibe, Leimert	41	+5	am 3.	am 4.	Rhein, Rindon	410	-6	am 3.	am 4.
Tredben	-81	+8	am 3.	am 4.	Rhein, Rindon	140	-10	am 3.	am 4.
Barda	217	+8	am 3.	am 4.	Rhein, Rindon	257	+7	am 3.	am 4.
Magdeburg	179	+11	am 3.	am 4.	Rhein, Rindon	317	+75	am 3.	am 4.

\*) + bedeutet Zufluß, — Fall. — \*) Unterpegel. — \*) Ufstrand. — \*) Eistreiben.  
 Die Wosel war nach telegraphischer Meldung heute morgen bei Trier am Ausufer und noch im kalten Steigen, das mittlere Hochwasser war aber noch nicht erreicht. Der Wasserstand betrug heute morgen 300 cm.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
 des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 21. Februar verstarb unser Mitglied, der Buchdrucker  
**Willi Kolbe**  
 Wilmersdorfer Str. 18.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Gethsemani-Gemeinde, Nieder-Schönhaufen-Nordend, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
**Weißensee.**  
 Den Genossen zur Nachricht, daß am Sonntag unser Mitglied, der Vergolder  
**Oskar Klingebell**  
 verstorben ist.  
 Wir werden ihm feils ein ehrendes Gedächtnis bewahren.  
 18/3 **Der Vorstand.**

**Zentral-Verein**  
**der Bildhauer Deutschlands.**  
 Am 21. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Holzbildhauer  
**Heinrich Beckmann**  
 im 23. Lebensjahre.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Heiland-Friedhofes in Wilmersdorfer aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
 für den  
**4. Berliner Reichstagswahlkreis**  
**Straßener Viertel, Bezirk 349.**  
 Teil II.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schlosser  
**Emil Hintze**  
 Ribauerstr. 10  
 gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Todes-Anzeige.**  
 Am 21. d. Mts. verschied nach langem Leiden meine liebe Frau  
**Auguste Zander**  
 geb. Genosa.  
 Dies zeigt tiefbetrübt an  
**Emil Zander.**  
 Die Beerdigung findet Donnerstags nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause, Tegeler Straße 60, aus statt. 49942

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Emil Hintze**  
 am 22. Februar an Lungenleiden gestorben ist. 112/5  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.  
 Rege Beteiligung erwartet  
**Die Ortsverwaltung.**

**Dankfagung.**  
 Für die schönen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Bruders sage ich im Namen meiner Mutter und Geschwister herzlichsten Dank.  
**Emil Rose.**  
**Achtung! Vereine.**  
 Engl. Garten: Sonnabende, Sonntag im April mit Bühne frei. Alexanderstr. 27c. 8245

**Zentralverband der Maurer Deutschlands**  
**Zweigverein Berlin.**  
**Sektion der Putzer.**  
**Sonntag, 27. Februar, vorm. 10 Uhr, in Präfels Festsaal, Neue Friedrichstr. 35:**  
**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Berichterstattung der Delegierten vom XI. Verbandstage. 2. Diskussion. 3. Bekanntgabe des Wahlergebnisses von der Vorstandswahl. 4. Antrag des Vorstandes. 5. Verschiedenes.  
 Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
 Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Vorstand. J. A.: E. Schulze.**

**Zum 70. Geburtstage**  
 von  
**August Bebel**  
 erschien in unserer Verlage eine  
**Heliogravüre**  
 auf Chinapapier.  
 Mattengröße 19,5 x 26 cm  
 Kartongröße 32 x 44 cm  
 Preis 1 M. Porto 20 Pf. extra.  
 Hünslig erste  
**Künstlerdrucke**  
 mit Bedruck eigenhändiger Unterschrift.  
 Preis 2,50 M.  
 Porto 20 Pf. extra.  
**Expedition des „Vorwärts“**  
 Berlin SW. 68,  
 Lindenstraße 69, Laden.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col. I. Amt 3, 1209. Charitestraße 3. Col. III. Amt 3, 1987.  
**Sonnabend, den 26. Februar 1910, abends 8 Uhr:**  
**Große Versammlung mit Lichtbildern**  
 im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.  
**Tages-Ordnung:**  
 Vortrag über: „Industrie und Arbeiter in Amerika.“  
 Referent: Genosse Chagrin.  
 Kollegen! Der Referent hat durch seine vielen Reiseberichte in der „Metallarbeiter-Zeitung“ nachgewiesen, daß er ein guter Kenner der Verhältnisse in Amerika ist. Deshalb dürfte es für alle Kollegen von hohem Interesse sein, dem Vortrag beizuwohnen. Der Eintritt beträgt 10 Pf. und wird durch Teilerhebung erhoben. Wir können den Kollegen den Besuch dieser Versammlung dringend empfehlen.  
 Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein und Tanz.**  
 Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.  
**Die Ortsverwaltung.**  
 112/4

**Dr. Schünemann**  
 Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.  
 Friedrichstr. 203. Ende Schönhaufenstr. Wochentags 10-2, 5-7.

**Steinarbeiter!**  
**Sonntag, den 27. Februar 1910, vormittags 9 1/2 Uhr,**  
 in den **Arminhallen**, Kommandantenstr. 58/59:  
**Kombinierte Versammlung.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Stellungnahme zur Tariffrage, 2. zur Erhebung von Extrasteuern, 3. zur auswärtigen Anfertigung kommunaler Arbeiten, 4. zur Gauskonferenz.  
 Kollegen aller Branchen, erscheint ohne Ausnahme!  
 Auch die Arbeitslosen müssen zur Stelle sein.  
**Die Ortsverwaltung.**  
 171/2\*

**„Männerchor Norden“.**  
 Die erste Uebungsstunde mußte verlegt werden. Dieselbe findet **Freitag, den 25. Februar, Obiglos Festsaal Schwedter** präzis 9 Uhr, in **Obiglos Festsaal Schwedter** statt. — Vorstandssitzung eine Stunde früher. 8276

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
**Prinzenstr. 41,** dicht am Moritzplatz,  
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Wichtig Arbeitersekretäre,**  
 für Parte-, Gewerkschaftsbeamten usw. ist Reichsleiter, Handbuch der Rechts- und Staatswissenschaften, von Professor Ludwig, 1909. 2. Halbband, neu nicht gebraucht, umhängebare Heft 48,— M. für 35,— M.  
 Hierfür unter B. M. 11209 an **Rudolf Hesse, Bremen.** 23/90

**Muster-Coupons u. Reste**  
 für **Anzüge, Paletots, Kostüme** usw.  
 direkt aus der Fabrik.  
**Enorm billig! Meter 2, 3, 4, 5.— Mark.**  
 Nur Saison-Neuheiten!  
**Spezialhaus moderner Herren- und Damenstoffe.**  
 Koch & Seeland Gesellschaft m. b. H.  
**BERLIN C., Roßstraße 2, Sonntags geöffnet.**

**Hagenbruch's Kautabak**  
 ist der Beste,  
 nur echt mit Firmenzettel  
 „Hugo Carl Hagenbruch, Kautabakfabrik, Mühlhausen i. Th.“  
 Vertreter: **Aug. Kleinert, Berlin SW. 47,**  
 Amt 6, 10560. **Großbeerenstraße 99.**

**46 eigene Dampfer.**  
  
**Probieren Sie unsere Riesen-Salz-Lachsheringe**  
 Sie werden diese anderen vorziehen, weil dieselben durch ihre Größe wie durch ihr fettes, weißes Fleisch andere Heringsarten überbieten.  
 Vorzüglich geeignet zum **Heringssalat.**  
 Wir empfehlen dieselben pro Stück mit 10 Pf. ff. geräucherte **Lachsheringe** pro Stück 10 und 15 Pf.  
**Deutsche Dampffischer-Gesellschaft „Nordsee“**  
 Hauptfiliale: Berlin C., Bahnhof Börs, Tel. III, 8804.  
 Verkaufsstellen:  
 Reichenstraße 94.  
 Schleierh. Bahnhof, Vogen 8-9.  
 Anwaltsstraße 131.  
 Große Frankfurter Straße 85.  
 Turmstraße 73.  
 Wilmersdorfer Straße 111.  
 Landsberger Straße 52-53.  
 Spandau: Breite Straße 54.  
 Steglitz: Schloßstraße 121.  
 Schöneberg: Magienstraße 31.  
 Eigene Eisenbahn-Kühlwaggons!

**Inventur-Extrapreise!**  
 Nur einmal jährlich im  
**Gardinen-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
 Berlin, Oranienstr. 158  
 abgepaßte Fenster, weiß und crème  
 per Fenster 2<sup>05</sup>, 3, 4-20 M.  
 mit Pointace-Kunst- 635  
 Ier-Gardinen, p. F. M. 6  
 Eleg. Successions- 105  
 Tüll-Stores . . . M. 1  
 Gestickte echte 725  
 Spachtel-Stores M. 7  
 Goldfarb. reichgest. 305  
 Band-Stores M. 3  
 Tüllbettedecken, 233  
 Größe 180/230 cm, M. 2  
 Reichgest. Erbs- 625  
 tüllbettedecken M. 6  
 Elegante Tüll-Bett- 630  
 rückwände . . . M. 6  
 Brise, Biss (Scheibenschneider) 25, 35, 40, 50 Pf.  
 Nach auswärtig per Nachnahme  
**Inventur-Extraliste**  
 billig. Sonderangebote gratis und franko

**Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands**  
 (Zentrale Berlin I.)  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Kollege  
**Alexander Wichmann**  
 am 21. Februar im Alter von 35 Jahren verstorben ist. 162/6  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Jerusalem- und Rindhofes, Michorj, Hermannstraße aus statt.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Auf die großen wissenschaftlichen Lichtbilder-Vorträge**  
 des Herrn Direktor Hlzig vom Waldsanatorium Oybin

 

**Donnerstag, 24. Februar:**  
**Bockbrauerei,**  
 Chausseestr. 64. für Herren,  
**Freitag, 25. Februar:**  
**Ballschmieder,**  
 Sadstr. 16. für Damen,  
**Montag, 28. Februar:**  
**Brauerei Bötzw,**  
 Prenslauer Allee 212.  
 für Damen,  
**Dienstag, 1. März:**  
**Brauerei Bötzw,**  
 Prenslauer Allee 212.  
 für Herren,  
**Mittwoch, 2. März:** Residenz-Festsäle, Landsberger Straße 31. für Damen,  
**Donnerstag, 3. März:** Arminhallen, Kommandantenstraße 58-59. für Damen,  
**Freitag, 4. März:** Arminhallen, Kommandantenstr. 58-59. für Herren,  
**Montag, 7. März:** Kilems Festsäle, Gosenheide 13-15. für Damen,  
**Dienstag, 8. März:** Kilems Festsäle, Gosenheide 13-15. für Herren,  
 abends 7 1/2 Uhr,  
 sel hierdurch nochmals aufmerksam gemacht.  
 Näheres siehe in geistiger Kammer dieser Zeitung und Plakate.

**Deutscher**  
**Holzarbeiter-Verband**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler  
**Gustav Stolzenberg**  
 am 19. Februar verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Rindhofes Gemeinde-Friedhofes aus statt.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Dankfagung.**  
 Allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die überaus zahlreiche Beteiligung und Kranzsenden bei der Beerdigung unseres lieben Leichers sagen wir unseren herzlichsten Dank.  
**Karl Schlafke**  
 nebst Familie.

**Dänischer Kautabak**  
**M. Hansen jun., Hadersleben.**  
 Generalvertrieb:  
**Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70,**  
 Amt VII, 3047.



# W. WERTHEIM GM BH

POTSDAMERSTR.  
10, 11 und 13



FRIEDRICHSTR. 110/112  
Passage-Kaufhaus

Donnerstag,  
Freitag, Sonnabend

## Extra-Preise

Soweit  
der Vorrat reicht

**Riesenstangenspargel**  
12-18 Stangen  
 $\frac{1}{2}$  Dose 1.80,  $\frac{1}{3}$  Dose 95 Pf.

**Stangenspargel**  
extra stark, 20-24 Stangen  
 $\frac{1}{2}$  Dose 1.60,  $\frac{1}{3}$  Dose 85 Pf.

**Stangenspargel II**  
30-36 Stangen  
 $\frac{1}{2}$  Dose 1.40,  $\frac{1}{3}$  Dose 75 Pf.

**Riesenbruchspargel**  
 $\frac{1}{2}$  Dose 1.30,  $\frac{1}{3}$  Dose 70 Pf.

**Bruchspargel**  
extra stark . . . . .  $\frac{1}{2}$  Dose 1.20

**Bruchspargel**  
ohne Köpfe . . . . .  $\frac{1}{2}$  Dose 70 Pf.

**Kaiserschoten** fein  
 $\frac{1}{2}$  Dose 1.00,  $\frac{1}{3}$  Dose 55 Pf.

**Junge Schoten I**  
 $\frac{1}{2}$  Dose 65 Pf.,  $\frac{1}{3}$  Dose 38 Pf.

## Alle Frucht-Konserven 10 Prozent unter Katalogpreis

u. a.

**Aprikosen**  $\frac{1}{2}$  Frucht . . .  $\frac{1}{2}$  Dose 90 Pf.,  $\frac{1}{3}$  Dose 50 Pf.

**Apfelmus** . . . . .  $\frac{1}{2}$  Dose 52 Pf.

**Kirschen** saure, mit Stein,  $\frac{1}{2}$  Dose 54 Pf.,  $\frac{1}{3}$  Dose 32 Pf.

**Kaiserkirschen** ohne Stein,  $\frac{1}{2}$  Dose 1.00  $\frac{1}{3}$  Dose 55 Pf.

**Melange** . . . . .  $\frac{1}{2}$  Dose 85 Pf.,  $\frac{1}{3}$  Dose 48 Pf.

**Reineclauden** . . . . .  $\frac{1}{2}$  Dose 76 Pf.,  $\frac{1}{3}$  Dose 41 Pf.

**Pfirsiche**  $\frac{1}{2}$  Frucht, geschält,  $\frac{1}{2}$  Dose 1.08  $\frac{1}{3}$  Dose 58 Pf.

**Heidelbeeren** . . . . .  $\frac{1}{2}$  Dose 52 Pf.,  $\frac{1}{3}$  Dose 32 Pf.

**Gem. Gemüse II**  
 $\frac{1}{2}$  Dose 58 Pf.,  $\frac{1}{3}$  Dose 35 Pf.

**Dicke Bohnen II**  
 $\frac{1}{2}$  Dose 55 Pf.,  $\frac{1}{3}$  Dose 33 Pf.

**Stangen-Perlbohnen**  
 $\frac{1}{2}$  Dose 42 Pf.,  $\frac{1}{3}$  Dose 26 Pf.

**Wachsbohnen**  
 $\frac{1}{2}$  Dose 38 Pf.,  $\frac{1}{3}$  Dose 24 Pf.

**Kohlrabi** in Scheiben  
 $\frac{1}{2}$  Dose 26 Pf.,  $\frac{1}{3}$  Dose 18 Pf.

**Grünkohl**  
 $\frac{1}{2}$  Dose 32 Pf.,  $\frac{1}{3}$  Dose 21 Pf.

**Karotten I**  
 $\frac{1}{2}$  Dose 55 Pf.,  $\frac{1}{3}$  Dose 33 Pf.

**Steinpilze**  
 $\frac{1}{2}$  Dose 1.00,  $\frac{1}{3}$  Dose 55 Pf.

**HÜLSENFRÜCHTE**

Riesen-Erbse . . . . . Pfd. 16 Pf.

Kleine Erbsen . . . . . Pfd. 14 Pf.

Gelbe Erbsen glas. . . . . Pfd. 22 Pf.

Spalt-Erbse gelb . . . . . Pfd. 18 Pf.

Grüne Erbsen . . . . . Pfd. 15 Pf.

Linsen . . . . . Pfd. 11, 14, 20 Pf.

Große Bohnen . . . . . Pfd. 22 Pf.

Kleine Bohnen . . . . . Pfd. 15 Pf.

**BACKOBST**

Ringäpfel . . . . . Pfd. 48 Pf.

Pflaumen frz., Pfd. 35, 45, 55, 70 Pf.

Kalif. Aprikosen . . . . . Pfd. 65, 75 Pf.

Kalif. Pfirsiche . . . . . Pfd. 55 Pf.

Kalif. Birnen . . . . . Pfd. 55, 75 Pf.

Ital. Prünellen . . . . . Pfd. 62 Pf.

Pflaumen (entsteint) . . . . . Pfd. 36, 43 Pf.

Gem. Backobst . . . . . Pfd. 35, 50 Pf.

**KAKAO**

Ia holl. Kakao Pfd. 1.80 u. 2.10

Ia dtsh. Kakao in Dosen, Pfd. 1.10

Ia dtsh. Kakao lose . . . . . Pfd. 80 Pf.

Haushalt-Schokolade  
Pfd. 60, 70 Pf.

Block-Schokolade Pfd. 70, 85 Pf.

Milch-Block-Schokolade  
Pfd. 1.00

**KAFFEE**

FRISCH GERÖSTET

No. VI . . . . . Pfund 95 Pf.

No. V . . . . . Pfund 1.15

No. IV . . . . . Pfund 1.35

No. III . . . . . Pfund 1.55

No. II . . . . . Pfund 1.75

No. I . . . . . Pfund 1.90

Französ. Artischocken  
Stück 28 Pf.

Stettin. Riesen-Sellerie  
Knolle 15 Pf.

Algier-Kartoffeln  
Pfund 17 Pf.

Ia große Hasen gestreift Stück 3.25

Ia Schneehühner St. 80 Pf.

Frisch geschlachtete Suppenhühner  
Stück . . . 1.50, 1.85, 2.20

## WURSTWAREN

Ia geräucherter Speck  
fett und mager . . . Pfund 78 Pf.

Schinkenspeck . . . . . Pfund 1.00

Ia Zervelatwurst . . . Pfund 1.10

Ia Salamiwurst . . . . . Pfund 1.15

Feine Leberwurst . . . Pfund 95 Pf.

Landleberwurst . . . . Pfund 85 Pf.

Ia Teewurst . . . . . Pfund 1.10

Rotwurst I u. II Pfund 70, 50 Pf.

**Prima**  
**Speisekartoffeln**

Magnum bonum . . . . . Zentner 2.75

Rote Daber . . . . . Zentner 2.75

## Ia UNGARISCHES MASTGEFLÜGEL als Brathühner, Suppenhühner, Kapaunen, Puten

Ia Sprottbücklinge . . . . . Pfund 25 Pf.

Ia Kabeljau Pfund 20 u. 25 Pf.

Ia Seelachs Pfund 20 u. 25 Pf.

Ia Merlan (Ersatz für Bratzander) . . . Pfund 35 Pf.

Ia gefr. Zander Pfund 65 Pf.

Russ. Lachs gefroren  
im Ganzen Pfund 65 Pf. im Ausschn. Pfund 80 Pf.

**Hirschfleisch**

Ragout . . . . . Pfund 25 Pf.

Blatt . . . . . Pfund 55 Pf.

Rücken . . . . . Pfund 80 Pf.

Keule . . . . . Pfund 85 Pf.

**KAWKAS-ZIGARETTEN**

100 Stück Moskau mit Mundstück . . . . 1.00

100 Stück Memphis mit Goldmundstück . 1.40

100 Stück Kabinett mit Mundstück, 1 Kart. 1.60

100 Stück Kleopatra mit Goldmundstück 3.50

Bei Abnahme von 1000 Stück 10% Rabatt

Nur Potsdamer Straße:

**KALTE KÜCHE:**

Gefüllte Gans . . . . . Pfd. 75 Pf.

Gefüllter Truthahn . . . . . Pfd. 70 Pf.

Gefüllter Schweinskopf . . . . . Pfd. 1.00

Pa. Ital. Salat . . . . . Pfd. 1.00

Pa. Ochsenmaulsalat Pfd. 75 Pf.

Pa. Heringssalat . . . . . Pfd. 75 Pf.

Pa. Hummermaj. inkl. Glas 70 Pf.

Pa. Gänseweissauer inkl. Gl. 1.00

Gefüllte Tomaten . . . . . 35 Pf.

Gänseleb.-Pastete i. Gelee 1.00

Nur Potsdamer Straße:

Tilsiter Käse . . . . . Pfd. 58 Pf.

Schweizer Käse . . . . . Pfd. 80 Pf.

Holländer Käse . . . . . Pfd. 85 Pf.

Brie-Käse . . . . . Pfd. 58 Pf.

Edamer . . . . . Pfd. 70 Pf.

Camembert . . . . . Stück 20 Pf.

## IM PASSAGE-KAUFHAUS:

Nur in dieser Woche EXTRA-PREISE

Photographisches Atelier . . . . . Dtz. 1.50

Kabinett blank . . . . . Dtz. 4.25

Ein Posten moderner roter  
**Seidengummigürtel 30 Pf.**

**Farb. Gummigürtel** mit eleganten Schössern,  
regulärer Wert bis 10.00 . . . . . jetzt **2.00 bis 4.00**



Das gerichtliche Nachspiel zum Einsturz der Görlitzer Musikfeihalle.

Nach fast zweijähriger Voruntersuchung gelangten gestern die Urkunden des Einsturzes der Görlitzer Musikfeihalle zur gerichtlichen Nachprüfung. Am 8. Mai 1908 durchsuchte die Stadt Görlitz die Schreienkunde, daß die von der Stadt unter Aufbringung schwerer finanzieller Opfer in Bau gegebene Musikfeihalle eingestürzt sei und zahlreiche Arbeiter unter sich begraben habe. Der Fall erregte weit über die Stadt Görlitz hinaus Aufsehen, da der Bauleiter der bekannte Baumeister Bernhard Sehring, Charlottenburg war, der Schauer des Theaters des Westens und des bekannten Künstlerhauses. Baumeister Sehring, der gerade einen Turmbau in Wallenstedt leitete, war sofort auf die Unglücksnachricht hin nach Görlitz geeilt und wurde hier auf der Unfallstelle selbst auf Anordnung der Görlitzer Staatsanwaltschaft in Haft genommen. Er ist dann später freigelassen worden. Die Untersuchung hat auch keinen Anhaltspunkt ergeben, daß er selbst mit beteiligt ist an den Ursachen des Unglücks. Die Anklage ist nur erhoben worden gegen den von Baumeister Sehring beauftragten Bauleiter, den Architekten Karl Raumann aus Stuttgart (jetzt in Berlin) und gegen den Zivilingenieur Hermann Martini aus Dresden, der damals als Inhaber der Firma Martini u. Co. in Sorau die eiserne Dachkonstruktion geliefert hatte. Der Unfall ist durch den Zusammenbruch der Dachkonstruktion erfolgt. Die ganze eiserne Dachkonstruktion war herabgestürzt und hatte einzelne Stellen der darunter befindlichen Mauer durchgeschlagen. Eine Giebelmauer war eingestürzt worden, so daß ein wüster Trümmerhaufen an Stelle des in seinem Neugehen ziemlich weit vorgeschrittenen stolzen Baues übrig geblieben war.

Zu der Verhandlung sind 40 Zeugen und 20 Sachverständige geladen.

Der Eröffnungsbeschluss legt den beiden Angeklagten zur Last, durch Außerachtlassung der Regeln der Baukunst bezw. durch nicht genügende Nachprüfung der Konstruktion den Tod von 5 Personen und Körperverletzung mehrerer anderer Personen herbeigeführt zu haben.

Beide Angeklagte bestreiten ihre Schuld. Martini hat vom 9. bis 12. Mai, Raumann vom 9. bis 21. Mai 1908 in Untersuchungshaft gesessen. Aus der Vernehmung der Angeklagten ist folgendes hervorgehoben: Raumann, der sich Architekt nennt, hat in Dessau die Mittelschule und die Kunstgewerbeschule besucht. Er ist darauf Maurerlehrling bei seinem Vater gewesen. Später hat er ein Semester lang die Baugewerkschule in Herbst sowie ein Semester das Technikum in Hildburghausen besucht und an der Technischen Hochschule in München hospitiert. Er war von Sehring zum Bauleiter ernannt, der schalten und walten konnte wie er wollte. Sein Gehalt betrug 500 M. monatlich. Als er sich dem Liegnitzer Stadtbaurat vorstellte, hat er der Wahrheit zuwider angegeben, er habe auf der Technischen Hochschule in Charlottenburg studiert und das Examen als Diplomingenieur bestanden. Nach der Angabe Martini ist Raumann an ihn herangetreten, um ihn zu veranlassen, eine leichtere Konstruktion zu nehmen. Den Gewinn wolle man teilen. Raumann bestreitet das. Martini legt dar, daß er eine leichtere Eisenkonstruktion des Daches genommen habe. Er habe kein pekuniäres Interesse daran gehabt, denn je stärker die Konstruktion ist, desto mehr verdient er. Raumann habe darauf gedrängt, die Belastung geringer zu machen. Er habe die wieselfischen statistischen Berechnungen zugrunde gelegt. Diese wurden von Raumann genehmigt. Die Belastung habe er für ausreichend gehalten, habe aber gewünscht, daß die Baupolizeiverordnung höhere Anforderungen stellt. Wichtig sei, daß der Stadtbaurat Hilg den Baumeister Sehring am 31. Dezember 1908 darauf aufmerksam gemacht habe, daß die Eisenkonstruktion in dem Voranschlag mit 20 000 M. figuriere, daß aber, wiewohl die Eisenpreise gestiegen waren, die Lieferung für 14 100 M. an Martini übertragen worden sei; es könne nur also eine bedeutende Verzerrung der Konstruktion oder eine Abänderung vorgenommen sein; der Baurat müsse deshalb die Einreichung neuer Zeichnungen verlangen. Es wurden später Verschärfungen, sogenannte Winder, an der Konstruktion angebracht. Der Angeklagte Raumann behauptet: Ein Beamter der Berufsgenossenschaft in Liegnitz hat das Gerüst geprüft und es für sicher gehalten. Ein Statistiker, der dabei war, habe aber gesagt: Na, wenn Ihr es noch für sicher hält, dann können wir gleich aufhören.

Sehring sagt unter anderem als Zeuge aus, Raumann habe er weder als Ingenieur, noch als Architekt, sondern nur als Techniker betrachtet. Er habe ausgezeichnete Zeugnisse über Bauten, die er für Städte ausgeführt hat. Der Maurermeister Kemper hat an Raumann einen Brief gerichtet, in dem es heißt: Die Zementwände haben sich um 4 Zentimeter durchgehoben, die Spanneisen würden platzen und die Zementdielen zerplatzen. Auf den Brief hat Raumann geantwortet: „Unsinn, muß sich selbstverständlich infolge der Elastizität des Materials durchbiegen.“ Raumann behauptet: Die Wauer von Kemper hätten die Schrauben abgelöst. Kemper wolle sich selbst nur von der Verantwortung freimachen; er habe den Brief geschrieben, um sich die Schuld zu machen und eventuell später Arbeiten zu erhalten. Sehring erklärt: Er sei auf höchste Überwachungsstelle gewesen, als ihm der Brief nach der Katastrophe vorgelegt wurde. Wenn er ihn, was er nicht glaube, vorher erhalten hat, so habe er kein Gewicht auf ihn gelegt, weil der Inhalt als Bloch hingestellt wurde und Kemper einen weiteren Brief unterlassen habe.

Die Verhandlung wird mehrere Tage andauern. Ueber den Ausgang werden wir berichten.

Partei-Angelegenheiten.

Als ein konsequenter Lokalboikottbrecher

Scheint sich „der sozialdemokratische Theologe und Historiker Dr. Max Wahrenbrecher“ — so nennt er sich in einem Kellameist selber — entwicken zu wollen. Nachdem er erst kürzlich in einem gesperrten Lokale in Leipzig Vorträge über Jesus gehalten hat, werden jetzt vom Buchverlag der „Hilse“ die gleichen Vorträge für Berlin angekündigt, die in dem für die Berliner Arbeiterkassen gesperrten Lokale des Berliner Lehrervereinshauses am Alexanderplatz stattfinden sollen. Der Buchverlag der „Hilse“ wendet sich in einem Zirkular an die freien Gewerkschaften, um sie unter Hinweis auf eine Herabsetzung des Eintrittspreises zum Besuch der Vorträge Wahrenbrechers zu interessieren.

Auf ein an den Zentralverband der Fleischer gerichtetes Schreiben hat dieser dem „Hilse“-Verlag folgende Antwort zukommen lassen: „Auf Ihr Schreiben vom 19. Februar d. J. teilen wir mit, daß wir keine Karten zu den Vorträgen des Dr. Wahren-

brecher deshalb nicht umsetzen können, weil und nicht zugemutet werden kann, daß wir unsere Mitglieder in Lokalitäten dirigieren können, die den freien Gewerkschaften nicht zur Verfügung stehen und somit gesperrt sind.“

Offentlich findet dieses Beispiel der Beachtung des Lokalboikotts Nachahmung; wir halten das für selbstverständlich. Unverständlich ist nur, wie ein Mann wie Wahrenbrecher es fertig bringen kann, die Beschlüsse der Parteioptionen in der Lokalfrage so zu mißachten, wie er es tut. Wer Anspruch auf den Ehrennamen eines Parteigenossen erhebt, von dem ist zu verlangen, daß er Parteibeschlüsse respektiert.

**Rehendorf (Wannseebahn).** Sonnabend, den 26. Februar, abends 8 Uhr findet bei Meck, Karlstr. 12, eine Volksversammlung statt. Die Handzettel erhalten die Genossen dazu heute und wollen dieselben für Verbreitung Sorge tragen. Der Vorstand.

**Rehen.** Am Sonntag, den 27. Februar, früh 8 Uhr findet von Kurzer aus eine allgemeine Flugblattverbreitung zur Gewinnung von Wahlvereinsmitgliedern und „Vorwärts“-Abonnenten statt. Nachmittags 4 Uhr bei Kurzer Wahlvereinsversammlung. — Sonntag, den 6. März, abends 6 Uhr veranstaltet der Wahlverein im Lokal von Kurzer sein 7. Stiftungsfest. Die Festrede hält Genosse Fritz Zubeil. Es wirken mit das Berliner „M. Trio“, Gesangsverein „Freie Sänger“ und „Freie Turnerschaft“. Einladungen sind bei P. Kurzer, Otto Kadow und bei den Bezirksführern zu haben. Der Vorstand.

**Kauferdorf (Ostbahn).** Die Parteigenossen werden ersucht, sich am kommenden Sonntag früh 8 Uhr pünktlich im Restaurant Wobeser, an der Stadtbahn, zwecks Flugblattverbreitung einzufinden. — Am Montag, den 28. Februar, abends 9 1/2 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen in Hamanns „Gesellschaftshaus“, Frankfurter Chaussee, statt. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Gemeindevertreterwahlen. Referent: Genosse Bruno W. Gemeindevertreter in Ober-Schöneweide. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

**Rehendorf (Ostbahn).** Am kommenden Sonntag früh 8 Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt. Für Rehendorf-Eld treffen sich die Genossen im Restaurant Meier, Köpenicker Allee 25, für den übrigen Ortsteil im Restaurant Dräger, Bahnhofsstraße. Nachmittags 5 1/2 Uhr findet eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen im Restaurant „Heidekrug“, Köpenicker Allee, statt. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Gemeindevertreterwahlen. Referent: Genosse D. Scheide. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Uebergang.

Wer gegen Osten und Norden wohnt, der hat lange Monate hindurch die Sonne nur kalt über die Dächer scheitern sehen. Nun aber hat sich ihr Tageskreis mächtig gehoben und manch goldener Strahl fällt um die Mittagzeit über die Firne der Nadelkronen hinweg in die engen Höfe und in die winterlich dunklen Zimmer. Auch der Februar ist bald vorüber; nur wenige Wochen noch, und der Kalendermacher meldet den Frühlingsanfang an. Er wird und vielleicht nicht leicht gemacht werden. Der Januar war aus der Rolle gefallen, und wenn es wahr ist, daß alles in der Natur seinen Ausgleich verlangt, dann ist zu befürchten, daß das Frühlingswetter nicht alles halten wird, was wir von ihm erwarten.

Inzwischen ist der Kreislauf des Lebens Schritt um Schritt seine Bahn gezogen. Die frühzeitig aus ihren Winterverstecken durch milde Lüste hervorgekrochen und an die Redaktionen gesandten Schmetterlinge durchbrechen nur scheinbar die Ordnung der Natur. Sie braucht ihre Zeit, um den Boden für die neue Generation urbar zu machen. Was im Herbst und Winter verdorrt zu Boden fiel, das mußte aus verholzten Jellen wieder in eine Form übergeführt werden, aus der eine neue Welt sich ihre Bausteine bilden konnte. So haben auf dem durchfeuchteten Boden, unter dem Schnee, in der Akerkrume und im Kuhl der Wälder und Wiesen Myriaden kleiner und kleinster Lebewesen emsig ihre Tätigkeit an den abgefallenen Blättern, erstorbenen Sträuchern und vermoderten Organismen jeder Art, die auf dem Schlachtfelde des Winters geblieben sind, ausgeübt, um sie in Humus verwandelt dem Boden zurückzugeben. Bis der Frühling herankommt, ist das Alte zersetzt und verwendbar gemacht für Neue was nun kommen soll.

Scheinbar still und starr stehen Baum und Strauch. Aber sie schlagen nicht Ursprünglich im Frühjahr aus, sondern erst nachdem sie ihre Vorarbeit getan haben. Sie ging auch im Winter im Wurzelwerk vor sich, wo niemals das Leben schlummert. Da werden, wie auch im Stamme, die im Herbst und Winter ausgehaunten Reservestoffe, die meist aus Stärkeförmern bestehen, chemisch verarbeitet und in lösliche Verbindungen gewandelt, die sich dort sammeln, wo das Baumaterial am stärksten gebraucht wird, also dort, wo die schon schwellenden Knospen am dichtesten sitzen. Mit welcher Gewalt diese Flüssigkeit, das Blut der Pflanzen, nach oben drängt, das zeigen die im Vorfrühling gefällten Stämme, aus deren Strumpf es in Menge hervorquillt.

Während die Knospen schon Farbe bekommen und die Stämme sich leise lockern, hängt an den äußersten Spitzen der Laubbäume noch hier und da ein geschwärtzes, verdorrtes Blatt. Verrunzelt und verwitert, lebt es doch noch immer fest an dem Punkte, der ihm einst den Ursprung gab. Es ist aber nicht das Blatt, von dem diese Fähigkeit des Festhaltens herrührt, sondern die Schuld trägt eine Unterlassungsfünde des Baumes. Am Grunde jedes Blattstieles bildet er im Herbst eine sogenannte Trennungsschicht aus, ein korkartiges Gewebe, das gleichzeitig an jenem Punkte den Blattstiel bis zur Bruchigkeit löst und die entstandene Wunde verschließt. Wo die Ausbildung einer solchen Trennungsschicht unterbleibt, wird das Blatt zum „Reber“. Es hängt hoch oben am Baume und sieht auf ihn vielleicht verächtlich hinab, denn der Baum ist ja tief unter ihm. Es ist nur eine Mumie, aber da es im Winde zappelt und raschelt, so meint es zu leben und die geistige Macht zu sein, die den Baum regiert. So wird eine Nation, die es unterläßt, die Trennungsschichten auszubilden und die Organe, die ihre Schuldigkeit getan haben, zu Fall zu bringen, von Lords und Herrenhäusern „regiert“. Aber der Frühling kommt, und wenn die neuen Triebe grünen, stoßen sie die alten Mumien von ihren Sitzen.

Im Verkehrsraum.

In der schönen, glasgedeckten Haupthalle des ehemaligen Hamburger Bahnhofes und in seinen langgestreckten Nebenhallen ist seit einigen Jahren eine dauernde staatliche Aus-

stellung untergebracht, die leider noch nicht die verdiente Beachtung allerweitester Kreise findet. Im Zeichen des Verkehrs soll dieses blühendere Museum stehen, aber interesselos flieht der Großstadtverkehr vorüber. Selten sehen die weiten Räume, die sich vor anderen Museen auch durch ihren Lichtquell vorteilhaft auszeichnen, mit einmahl mehr als ein halbes hundert Personen. Nur Vereine und Schulen bringen gelegentlich einige bunte Abwechslung in die zum ewigen Stillstand verurteilte Verkehrsdarstellung. Warum, wie wir vorweg bemerken möchten, so wenig Schulen? Die leitenden Schulmänner sollen sich mal erst ernstlich der Sache annehmen. Unsere Kinder können in dieser Ausstellung unendlich viel mehr Praktisches und tief ins moderne Leben hineinreichendes lernen als an den ausgegrabenen Scharfeten der sogenannten alten Museen, für deren kulturhistorisch ja recht wertvolle Dinge die Jugend doch noch nicht das richtige Verständnis hat, und an patriotischer Völlerei. Was aber die Schuljugend hier im Hamburger Bahnhof sieht, hat bleibenden Wert und haftet fest im Gedächtnis, weil man draußen im Leben sofort lebendige Vergleiche mit der beweglichen Wirklichkeit anstellt.

Schon auf den ersten Blick ist der Besucher überrascht durch die bis in die kleinsten Einzelheiten außerordentlich exakte Darstellung der im Maßstab 1:5 gehaltenen zahlreichen Eisenbahnwagen- und Lokomotivmodelle. Es fehlt hier wohl nicht ein einziger neuerer Wagentyp, während man zur Erläuterung des Verkehrsfortschritts nur einige wenige Systeme aus früheren Jahrzehnten herangezogen hat. Wir finden ohne langes Suchen unsere mit bekannter preussischer Sparfameit eingerichtete „vierte Güte“ heraus und sehen dicht daneben verwundert in den auf die Spitze getriebenen Luxus der D-Züge, der Schlaf- und Speisewagen hinein. Nichts ist verabsäumt, um Kommoditäten, Raubjunker und reichen Staatsbeamten das Eisenbahnfahren zu einem Vergnügen zu gestalten und ihnen jede gewohnte Bequemlichkeit zu erhalten. Selbst die silbernen Vesten, Tafelaufsätze und Sektflügel glitzern in Miniaturformat aufdringlich durch die kleinen Fensterchen. Dafür kostet auch ein mit allem Komfort versehener D-Zugwagen 1. und 2. Klasse die Kleinigkeit von 50 000 M., ein besonderer Speisewagen sogar 65 000 M., während gewöhnliche vierachsige Abteilwagen 3. Klasse schon für 31 000 M., 1. und 2. Klasse für 37 500 M., Postwagen für 32 000 M. und Personen-Gepäckwagen für 10 000 M. zu haben sind. Hiernach kann man sich einen ungefähren Begriff machen, welches ungeheure Nationalvermögen bloß in dem Eisenbahnwagenpark des Deutschen Reiches steckt. Was man auf der Strecke als Passagier selten oder nie zu sehen bekommt, zeigen hier die Modelle der Kriegs-Sanitätswagen sowie eines Arzt- und Gerätewagens des Militärzuges. Teile von Schlafwagen ohne Unterstell sind in natürlicher Größe vorhanden. Auch die verschiedenen Arten von Transportwagen für Langholz, Kohlen, Schotter, Töpfe, Raff, Benzin, Petroleum, Dünger, Vieh, Milch, Bier, Geflügel, lebende Fische, Leichen und selbstverständlich Kanonen beanspruchen im einzelnen großes Interesse. Ebenso verschiedenartig sind, meist in demselben Maßstab, die Maschinentypen. Auf einer kleinen Treppe gelangt man zu der natürlichen Größe eines Lokomotivführerstandes empor und ist erstaunt, wie gemächlich es in diesem Raum, von dessen richtiger Bedienung so viele Menschenleben abhängen, aussieht. Die Wirklichkeit mit „Voll dampf voraus“ sieht weniger behaglich aus. An einer anderen Lokomotive hat man eine durchgreifende Operation vorgenommen und durch Querschnitt ihre sämtlichen Eingeweide bloßgelegt. Mit unheimlicher Gewalt verbogene und zerrissene Original-Maschinenteile veranschaulichen nur zu deutlich, daß der nimmer rastende und ewig vorwärtsstrebende Verkehr auch immer neue Opfer fordert.

Aus dem Eisenbahnfach ist hier überhaupt wohl nichts bergessen. Neben sämtlichen modernen und auch älteren Arten von Heizungs-, Beleuchtungs-, Brems- und Signalvorrichtungen gehen wir an Fahrartenhäuschen, Gepäckausgaben, Fahrarten-Automaten, deren Inneres sichtbar ist, an Fahrarten-Druck- und Fühlmaschinen, sowie an den tausendertei Werkzeugen und sonstigen Hilfsmitteln, welche im weitverbreiteten Eisenbahnbetriebe unentbehrlich sind, mit ehrlichem Staunen über die Macht der Technik vorüber. Deutlich humoristisch mutet uns ein stiller Museumswinkel an: Fadeln, Handlaternen, Signallhörner, rote Fähnchen, Zugführerfächer, Stationsvorstehermützen — und darüber ein Wandarrangement von Waffen. Ein paar vorstinstufige Säbel, eine zwei Meter lange Flinte und eine noch längere Lanze, mit der die Lokomotivführer der ehemaligen Altona-Kieler Eisenbahn während der Erhebung Schleswig-Holsteins 1849-51 ausgestattet waren. Eine zeitgemäße Erinnerung! Für Eisenbahner wie für Laien von hohem Werte ist die in natürlicher Größe hinter der Haupthalle neben einem offenen Hofe aufgebaute große Stellwerk-anlage mit zahlreichen Schienen, Weichen und Signalen. Das Interesse der Deffentlichkeit würde wahrscheinlich reger werden, wenn dieses Stellwerk recht oft im Betriebe vorgeführt werden könnte. Anscheinend verspielen aber dazu die zahlreichen Aufsichtsbeamten wenig Lust. Man kann sich nicht ohne weiteres denken, wie die Geschichte funktioniert, und läßt deshalb gerade diesen technisch fast wichtigsten Ausstellungssteil etwas sehr links liegen.

Und damit auch der Salzhumor hier zu seinem Recht kommt, erhebt sich im Hintergrunde ein bald drei Meter hoher vergoldeter Holzpöbel, der die 131 Millionen vorstellen soll, welche in den Jahren 1895-1900 an krank, verunglückte und invalide gewordene Eisenbahnarbeiter gezahlt worden sind. Das ist der soziale Bluff der Ausstellung, deren Besuch wir dringend empfehlen, obwohl vom modernen Schmerzengende „elektrischer Straßenbahnverkehr“ so gut wie nichts, nicht mal ein einziger Straßenbahnwagen zu bemerken ist.

Besuchszeit: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag 10-3, Sonnabend 2-7, Sonntag 11-3, im Sommerhalbjahr an den ersten vier Wochentagen eine Stunde länger. Kinder unter 12 Jahren haben auch in Begleitung Erwachsener keinen Zutritt, was als bürokratische Engherzigkeit bezeichnet werden muß.

Vom Neuen Botanischen Garten in Dahlem. Der „Vossischen Zeitung“ wird geschrieben: Vom Neuen Botanischen Garten in Dahlem könnte man sicher die herrlichsten Dinge erzählen, wenn man ihn nur zu sehen bekäme. Aber da liegt der Hofe im Pfeffer. Man bekommt ihn eben nicht zu sehen. Es gibt da eine Mauer, hinter der die seltsamsten und prächtigsten Dinge vor sich gehen, hinter der Bäume treiben, Pflanzen sprießen und sich der



**Hauber der Natur der ganzen Welt aufzuk. Und wenn man sehnlichst dahinstrebt, wenn man sich an der Fülle der Farben und Formen satt sehen will, wie ich das am letzten Sonntag vorhatte, dann führt man überall auf ein häßlich rot gefärbenes drei Meter hohes Eisengitter. Und läuft man herum bis zu einer halbrunden Einbudung, die den Eingang bilden soll und will die Tür aufhaken, so hat man die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Tür gibt nicht nach. Und der erstaunte Wanderer entdeckt auch bald darüber das häßliche Wort des anscheinend unlöslichen Rätsels: Geschlossen! Geschlossen der Neue Botanische Garten! Ja wozu ist er denn eigentlich da? Doch nicht für die Herren Verwalter und die Herren Botaniker allein? Ich denke er ist da für alle Berliner Bürger, die dafür ihre Steuern zahlen. Wichtig, das steht neben dem „Geschlossen“ etwas, was ich im ersten Augenblick der Enttäuschung übersehen hatte, nämlich: Sonn- und Feiertags! Ach so! Das preussische Dreiklassenwahlrecht ist auch für den Neuen Botanischen Garten vorhanden. Wer in der Woche zu tun hat, wer von morgens bis abends im Bureau sitzen muß, wer mit einem Wort zu denen gehört, die sich ihre Ruhestunden nicht wählen können, für den besteht der Neue Botanische Garten nicht, der hat kein Recht, an schönen Pflanzen und Bäumen sich zu erfreuen. Denn er könnte nur Sonntags herauskommen. Und Sonntags ist der Neue Botanische Garten geschlossen. Wer viel hat, dem wird auch noch der Botanische Garten gegeben, wer wenig hat und in der Woche arbeiten und sich mühen muß, dem wird auch der Botanische Garten vor der Nase zugemacht. Jawohl, antwortet die weiße Verwaltung, aber nur vom 1. Oktober bis zum 31. Mai, also während der Wintermonate. Aber die Kalmenhäuser sind im Winter so schön wie im Sommer, und der Garten ist ja auch in der Woche für die Nichtsteuer und Mühsiggänger geöffnet. Also bitte, heraus mit dem Schlüssel und das Tor aufgesperrt! Wir, die wir in der Woche keine Stunde der Ruhe haben, wir wünschen den Botanischen Garten am Sonntag zu sehen. Es liegt gar kein Grund vor, uns zu entziehen. Wir können dem Schreiber der Heilen nur zustimmen.**

**Die ersten Markthallen in Berlin.** Die Einrichtung der Markthallen, mit denen die Stadt Berlin so schlechte Geschäfte gemacht hat, ist eben erst ein Vierteljahrhundert alt geworden, denn trotz der wiederholten Versuche und Anregungen, die auf diesem Gebiete gemacht worden sind, wurde erst 1885 der Bau städtischer Markthallen in Berlin begonnen. Allerdings, wenn man genau sein will, hat es schon vor 250 Jahren in Berlin Markthallen gegeben. Damals hatten sich die Fleischer und Bäcker in Cölln an der Spree bei der Aufstellung und Preisbestimmung ihrer Waren, trotz wiederholter Verbote und Strafen, Unregelmäßigkeiten zuzufinden kommen lassen und der Rat beschwerte sich deshalb beim Kurfürsten. Dieser erließ unterm 17. Oktober 1661 eine Kabinetsorder, worin es heißt: „Wir concediren unseren Bürgermeistern und Rathmännern, auch deren Nachkommen, in officio, an einem bequemen Ort in der Stadt, da Niemanden sonst zu nahe geschieht, noch einem und anderen der Profect genommen wird, einen Fleischer-, Brod- und Fischboden oder Bank zu bauen und darinnen nicht nur den Einwohnern zum Besien allerhand Fleisch, Fische und Brod nach der rechten Ordnung und um billigen Preiß zu verkaufen, und zu lassen, sondern auch mit Fleisch dahin zu gehen, daß allemal rein und guet Vieh bei Handen geschaffet und geschlachtet, auch sauber und reinlich damit umgegangen, recht Gewicht gegeben werden und kein Rangel an obergeheilten Victualien vorfallen möge.“ Damals nannte man diese Einrichtungen Scharren oder Bänke und an sie erinnert noch in Berlin die Scharrenstraße und der Ausdruck „Freibank“ auf dem Viehhof, während man in der heutigen vereinernten Sprache Markthallen sagen würde. Der Unterschied ist der, daß die Fleischer, Bäcker usw. damals in die Scharren befohlen wurden, während sich heute kein Händler dorthin kommandieren läßt und das Publikum noch weniger. Deshalb mögen die Berliner Markthallen vor 250 Jahren wohl rentabler gewesen sein als die modernen.

#### Frauen in der Armenpflege der Stadt Berlin.

Der neueste Jahresbericht der Armenverwaltung unserer Stadt, der das Statjahr 1908/09 behandelt, weiß von einem Fortschritt zu melden. Mitgeteilt wird da, daß im Laufe des genannten Jahres die Zahl der Armenpflegerinnen, die in den Armenkommissionen tätig sind, sich von 28 auf 72 erhöht hat. Fortschritte sind in der Armenpflege Berlins etwas so Ungewöhnliches und Neues, daß wir jede Verringerung, auch die geringste, mit um so größerer Freude begrüßen. Von der Wehrung der Armenpflegerinnen, wie sie in den obigen Angaben sich darstellt, könnte einer auf den ersten Blick annehmen, daß sie sogar zu den „bedeutenden“ Verringerungen zu zählen sei. Sie schrumpft aber leider etwas zusammen, wenn man die ganze Reihe der sieben Jahre überblickt, die seit Zulassung der Frauen zu der Armenpflege Berlins verlossen sind.

In dem Zeitraum von 1902/03 bis 1908/09 stieg die Zahl der Armenpflegerinnen sich auf 23, 30, 37, 41, 32, 28, 72. Wie man sieht, wurde im Jahre 1905/06 mit 41 sogar ein „Höhepunkt“ erreicht, dem bereits wieder ein Abstieg folgte. Den Gegnern der Mitarbeit von Frauen erspähen wohl die Zahl 41 schon so bedeutend, daß sie in den nächsten Jahren sich gegen eine weitere Wehrung der Armenpflegerinnen wehrten und sogar eine in der Richtung durchsetzten. In 1907/08, dem sechsten Jahr seit Zulassung von Frauen, stand die Zahl mit 28 kaum höher als mit 23 im ersten Jahre. Erst das Jahr 1908/09 hat einen erneuten Aufschwung gebracht, aber er verliert viel von seiner Bedeutung angesichts der Tatsache, daß drei Jahre vorher immerhin schon 41 Armenpflegerinnen tätig gewesen waren. Auch das darf nicht außer Acht gelassen werden, daß inzwischen die Gesamtzahl der Armenkommissionen und ihrer Mitglieder sich beträchtlich gemehrt hat. Am Schluß des Statjahres 1908/09 waren 427 Kommissionen vorhanden, denen 5909 Personen angehörten. Der Jahresbericht der Armenverwaltung sagt: „Es steht zu erwarten, daß es unserer sorgfältigsten Bemühungen gelingen wird, die noch zum Teil widerstrebenden Kommissionen mehr und mehr von dem Vortelle weiblicher Mitarbeit an der Armenpflege zu überzeugen. Wir erhoffen für das nächste Berichtsjahr eine noch bedeutendere Zunahme der Zahl der Pflegerinnen.“ Hoffen wir's! Wir werden aber wohl nicht sehr geben, wenn wir von den Bemühungen, die widerstrebenden Kommissionen zu überzeugen, uns auch für die nächsten Jahre noch keinen übergroßen Erfolg versprechen.

Der Chef des Armenwesens der Stadt Berlin, dem Stadtrat Rünsterberg, kann nicht die Anerkennung versagt werden, daß er zu den Freunden der Mitarbeit von Frauen in der Armenpflege gehört. Nur ist er eben doch nicht die starke Persönlichkeit, für die man ihn hielt, als er vor jetzt zwölf Jahren in das Magistratskollegium eigens zu dem Zweck hineingewählt wurde, die Armenpflege Berlins zu reformieren. Die freisinnigen Spießbürger, die in den Armenkommissionen das große Wort führen dürfen, weil möglichst kein Sozialdemokrat hineingelassen wird, pfeifen was auf die Autorität des Herrn Rünsterberg. Eine Reform der Armenpflege ist übrigens auch jetzt wieder im Gange, und auch die Hinzuziehung von mehr Frauen zu den Armenkommissionen gehört zu den Forderungen, die dabei aufgestellt worden sind. Jeder Kommission sollen mindestens zwei Armenpflegerinnen beigegeben werden; das wurde in den Beratungen der Armenverwaltung als das Ziel hingestellt, dem man zustreben müsse. Da das Jahr 1908/09, wie gesagt, mit 427 Armenkommissionen abschloß, so hätten in ihnen, wenn jetzt schon dieses Ziel erreicht gewesen wäre, mindestens 854 Frauen sitzen müssen. Und es saßen in ihnen ganze 72.

**Beiträge zu den Herstellungskosten des Kaiser-Friedrich-Platzes können nicht erhoben werden.** Der Besitzer des Grundstücks Campenhaustraße 19a, das auch am Kaiser-Friedrich-Platz liegt, Herr Richard, war vom Berliner Magistrat zu den Herstellungskosten (Anlegerbeiträge) des Kaiser-Friedrich-Platzes herangezogen worden, und zwar sollte er 84 000 M. beitragen. Er klagte auf Freistellung. Er machte geltend, der Kaiser-Friedrich-Platz sei ein

Zell der Mäckerstraße. Die Kosten für deren Herstellung seien aber längst erstattet. — Der Bezirksausschuß erkannte nach dem Klageantrage auf Freistellung. — Das Oberverwaltungsgericht hat jetzt die vom Magistrat gegen dieses Urteil eingelegte Revision zurückgewiesen. Als wesentliche Tatsache sei festgestellt, daß es sich nicht um eine neue Straße handle und auch nicht um den Teil einer neuen Straße im Sinne des § 15 des Fluchtliniengesetzes. Damit entfällt der Anspruch des Magistrats auf anteilige Erstattung der Herstellungskosten.

#### Die Verhältnisse im städtischen Obdach.

Der Magistrat macht folgende Mitteilung: „In der Sitzung der Deputation für das Arbeitshaus und das städtische Obdach am 23. Februar brachte der Vorsitzende, Stadtrat Fischbeck die Verhältnisse in den Sälen der jugendlichen Obdachlosen zur Erörterung, die in einem Artikel in der „Zeit am Montag“ besprochen worden sind. Ein Teil der darin behaupteten Tatsachen ist der Verwaltung seit langem bekannt. Daß Diebstähle, auch unsittliche Handlungen hier wie anderwärts, wo eine größere Anzahl junger Männer gemeinsam schläft, vorkommen, kann nicht bestritten werden. Die Verwaltung hat selbst mehrfach solche Uebelthäter abgefaßt und der Staatsanwaltschaft zugeführt. Um festzustellen, ob die weitergehenden Behauptungen jenes Zeitungsartikels den Tatsachen entsprechen, ob wirklich eine Räubertruppe, wie jener Artikel behauptet hatte, im Obdach ihr Unwesen treibe, hat die Verwaltung ein Strafverfahren gegen einen in jenem Artikel näher bezeichneten Obdachlosen angeregt. Dieses Strafverfahren hat aber eingestellt werden müssen, da der als Zeuge vernommene Verfasser des Artikels bekundet hat, daß er von einer strafbaren Handlung nichts gesehen habe. Auch die Behauptung des Artikels, daß in den Sälen der jugendlichen Doppelbetten vorhanden seien, die zu einer unsittlichen Annäherung herausfordern, ist falsch. In den Sälen der Jugendlichen erhält jeder Obdachlose eine Drahtgittertür für sich. Ein geregelter Aufsichtsdienst findet und fand immer statt (11 Neb.); nur ist seit einigen Jahren durch den Beschluß der Deputation angeordnet worden, daß die Aufsichtsbewachen nicht die Säle selbst betreten dürfen, weil sie damit nur die wirklich Ruhenden stören würden, während die Unfugtreibenden bei ihrer Annäherung schon dafür sorgen würden, daß sie nicht erklappt werden. Seit jener Zeit werden die Säle regelmäßig (11 Neb.) durch Guldächer in den Sälen beaufsichtigt. Es wurden in der Erörterung noch eine Reihe anderer Maßnahmen, Vergrößerung der Guldächer, Einrichtung von Einzelzellen, vorgeschlagen, ohne daß eine Einigung erzielt wurde. Eine fünfgliedrige Kommission, bestehend aus den Stadträten Fischbeck und Rünsterberg und den Stadtverordneten Hoffmann, Rettig und Dr. Ritter wird diesen Vorschlag weiter beraten.“

**Durch Sturz in einen Kessel mit kochendem Wasser fand das 17-jährige Söhnchen des Serganten Kochan vom Königin-Elisabeth-Garde-Regiment Nr. 3 den Tod.** Frau K. hatte gestern in ihrer, in der Kaserne des genannten Truppenteils belegenen Wohnung große Wäsche. Während sie auf einen Augenblick sich aus der Küche in der Stube begab, machte sich das Kind an einem auf dem Fußboden stehenden, mit heißem Wasser gefüllten Gefäß zu schaffen und fiel hinein. Obwohl auf das Geschrei des Kleinen die Mutter sofort hinzueilte und ihr Kind aus dem Wasser herauszog, hatte es bereits so schwere Brandwunden erlitten, daß es unmittelbar in den Armen der Mutter starb.

**Mit einem neuen Kniff arbeitete ein gewerbsmäßiger Schlafstelen-Dieb, der jetzt unerschöpflich gemacht wurde.** Ein zwanzig Jahre alter Hausdiener Vendi, der trotz seiner Jugend wegen Betruges schon öfter bestraft ist, trat als Student Schulz, Sekretär Bondt, Kaufmann Gahn usw. auf und mietete sich bald hier bald da ein. Fast überall gelang es ihm, die Wirtinnen unter irgendwelchen Vorwänden anzuborgen. So pumpte er eine Frau um 30 M. an, weil er unbedingt als Student einen Kommerz mitmachen müsse. Bei der ersten Gelegenheit stahl er dann auch den Leuten, was er nur bekommen konnte. Um nicht durch den Verlah seiner Beute die Kriminalpolizei auf seine Spur zu bringen, wandte er den Kniff an, jedesmal das, was er der alten Wirtin gestohlen hatte, die neue auf deren Namen versehen zu lassen. Jetzt endlich erwischte eine betrogene Frau den Schwindler und Dieb auf der Straße und ließ ihn festnehmen. Vendi räumt zwölf Diebstähle, deren ihn die Kriminalpolizei überführen konnte, ein, wahrnehmlich aber hat er noch viel mehr beräbt.

Ein anderer Schlafstelen-Dieb, ein ebenfalls schon vorbestrafter 29 Jahre alter Arbeiter Otto Lindner mietete sich mit den Papieren eines Handlungsgehilfen Range, die er diesem im vorigen Monat am Götlicher Bahnhof gestohlen hatte, in einem Hospiz im Westen der Stadt ein und stahl dort Kleidungsstücke. Auch er wurde jetzt festgenommen.

**Von einem Balken erschlagen wurde gestern nachmittag um 8 1/2 Uhr der 13 Jahre alte Richard Weiler, Sohn des Kaufmanns Weiler aus der Bismarckstraße 8.** An der Ecke des Hanfaußers und der Tiele-Wardenbergstraße wird ein Neubau ausgeführt und gestern wurden Rammarbeiten dort gemacht. Hierbei sah der Knabe zu, als plötzlich von dem Gerüst ein Balken herabfiel und ihn am Kopfe traf. Mehrere Arbeiter brachten den verunglückten Knaben, der bewußtlos war, nach dem Krankenhaus Moabit. Als man dort mit ihm eintraf, war er bereits tot. Die der Balken von dem Gerüst fallen konnte, wird erst die behördliche Untersuchung ergeben.

**Drei schwere Unfälle durch ein rasendes Pferd.** Unheil richtete Dienstagabend ein durchgehendes Pferd unter den Passanten der Badstraße an. Gegen 8 Uhr abends war der Pferdehändler Schneider aus der Fronteimer Straße 14 vor einem Lokal in der Badstraße 9 von seinem Gefährt gestiegen, um eine Erfrischung einzunehmen. Plötzlich scheute das Pferd und raste die Badstraße entlang. Vor dem Hause Nummer 20 schleuderte der Wagen gegen die Vorführung und wurde völlig zertrümmert. Einige Eisenstücke durchschlugen die Fensterscheibe eines in dem Hause befindlichen Kinematographentheaters. Hierbei wurde die Kassiererin des Etablissements durch die herumfliegenden Glassplitter im Gesicht und an den Händen schwer verletzt. An der Ecke der Stettiner Straße überkam das dahinstürmende Tier einen Kindertwagen, wobei die darin sitzende anderthalbjährige Elsa Hoff auf das Straßenpflaster geschleudert wurde und außer einer tiefen Kopfwunde eine Gehirnerschütterung erlitt. Vor dem Hause Badstr. 45 endlich erfolgte durch das Pferd der dritte Unfall. Dort versuchte eine Frau Anna Gölzig aus der Poststr. 42 den Damm zu kreuzen, wurde umgestoßen und erlitt außer einem Schädelbruch schwere innere Verletzungen, die um so gefährlicher sind, als sich die Frau in geeigneten Umständen befindet. Die Schwerverletzte wurde in fast hoffnungslosem Zustande nach dem Virchow-Krankenhaus geschafft, während die beiden anderen Verletzten in der Unfallstation in der Badstraße die erste Hilfe erhielten.

**Ueber den Unfall auf Bahnhof Weußelstraße wird auf Grund des bisher vorliegenden Ergebnisses der amtlichen Untersuchung folgende Mitteilung gemacht:** Das Lokomotivpersonal hat am 22. Februar d. J. nach Willküriger Ruhe auf einer vollkommen betriebssfähigen Lokomotive den Dienst übernommen. Diese hatte den Nordringzug Nr. 1727 von Westend über die Stadtbahn nach Westend zu befördern. Vor Bahnhof Weußelstraße trat Wassermangel ein, wodurch sich die Feuerstehende übermäßig erhitzt hat. Infolge dieses Umstandes wurde bei der Wassergängung auf dem genannten Bahnhof die Decke der Feuerbüchse eingedrückt und undicht. Durch den ausströmenden Dampf und die mitandertretende Flamme trugen Führer und Heizer mehr oder minder erhebliche, aber nicht lebensgefährliche Verletzungen davon. Eine Explosion des Kessels der Lokomotive hat sonach nicht stattgefunden. Die Untersuchung über die Schuldfrage ist noch nicht abgeschlossen.

**Ueber die Langsamkeit der Berliner Baupolizei wird in interessanten Kreisen schon lange lebhaft Klage geführt.** Gest mochten wir folgenden Fall anführen: Vor etwa einem Jahre wurden von den städtischen Behörden die Mittel bewilligt, um das schmuckige, maurische Holztor, das als Eingang zum städtischen Friedhofe in der Mäckerstraße, Ecke Seestraße dient, durch ein eisernes Tor — und von dortigen Drahtzaun durch ein Eisengitter mit Steinsockel zu ersetzen. Auf eine Beschwerde darüber, daß die betreffende Arbeit bis heute noch nicht ausgeführt ist, antwortete die Hochbaudeputation des Magistrats, sie habe schon im November vorigen Jahres die baupolizeiliche Genehmigung für die betreffende Ausführung erbeten, die Antwort auf das Gesuch siehe aber heute — also nach Ablauf eines Vierteljahres — noch aus. Wenn eine solche Verschleppung schon bezüglich einer derartigen Bagatellarbeit Platz greift, wie mag es dann erst mit der Genehmigungserteilung für größere Bauausführungen bestellt sein!

**Vom Krankenhaus ins Krankenhaus.** Vom Unglück verfolgt wird der 22-jährige Schneider Hermann Reber. R. war vor einiger Zeit berunglückt und mußte wochenlang im Virchow-Krankenhaus liegen. Er wurde gestern als geheilt entlassen und machte sich nun auf die Suche nach einem Unterkommen. Als er die Treppen des Hauses Wipperstraße 22 emporstieg, glitt ihm der Stod, auf den er sich noch stützen mußte, ab und R., der dadurch den Halt verlor, stürzte rückwärts die Treppe hinunter und zog sich einen schweren Schenkelbruch zu. So mußte der Bedauernswerte denn wieder nach dem Krankenhaus zurückgebracht werden.

**Durch eine Stichtamme schwer verletzt wurde gestern der 22-jährige Mechaniker Clemens Vach aus der Stettiner Straße 58a.** Der junge Mann, der bei der Installationsfirma Mohde, Straßsunder Straße 33, beschäftigt ist, hatte in einem Hause des Kurfürstendammes Reparaturarbeiten auszuführen, wobei er auch eine Gasbrennlampe benutzte. Plötzlich explodierte diese aus bisher unbekannter Ursache und eine Stichtamme ergriff die Kleider des V., die alsbald lichterloh brannten. Auf die Hilferufe des Verunglückten eilten mehrere Hausbewohner hinzu, denen es gelang durch Aufwerfen von Kleidungsstücken und Decken die Flammen zu ersticken. In betäubtem Zustande wurde der Mechaniker nach der Unfallstation am Zoologischen Garten gebracht, wo schwere Brandwunden am linken Unter- und rechten Oberschenkel, sowie an der rechten Hand festgestellt wurden. Nach Anlegung eines Rotverbandes wurde der Schwerverletzte mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus in Moabit übergeführt.

**Warnung der Geschäftswelt vor einem Schwindler.** Zahlreiche Berliner und auswärtige Geschäftsleute sind durch einen Italiener, der sich Cavaliere Travaglini nennt und im Oktober vorigen Jahres angeblich aus Paris nach Berlin übergesiedelt ist, empfindlich geschädigt worden. Travaglini mietete in der Contardstraße 2 ein Geschäftslokal zum Verkauf von Delikatessen, Süßwaren und Wein. Die Waren bezog er von den Lieferanten unter der ausdrücklichen Zusicherung der Barzahlung bei Eingang der Sendungen. Er engagierte auch eine größere Anzahl Angestellte, die Kauttionen stellen mußten, auf die er es noch besonders abgesehen hatte. Um sich Vertrauen zu erwerben, gab er vor, bei dem Pariser Bankhause Kredit Bonnois ein großes Guthaben zu besitzen, dessen Höhe er verschiedenen befreundeten, auf 30 000 bis 80 000 M. In Wirklichkeit hatte er aber keinerlei Vermittel in Händen, sondern lebte von den erhaltenen Kauttionen sowie von dem Erlös der ihm gelieferten und bezahlten Waren. Zahlung leistete er nur in wenigen Fällen erst dann, wenn er von Gläubigern besonders hart bedrängt wurde. Da ihm unter diesen Umständen doch bald der Boden in Berlin zu heiß wurde, so verschwand er plötzlich vor einigen Wochen. Seine Angestellten hatte er bis dahin mit Offerten- und Briefschreiben beschäftigt, den größeren Teil dieser Schriftstücke aber nie abgehandelt, sondern sie heimlich teils in Schränken, teils unter seinem Bett aufbewahrt, wo sie bei einer Hausdurchsuchung vorgefunden wurden. Sein gemeinschaftliches Treiben gab schließlich dem Untersuchungsrichter Anlaß zum Einschreiten, und nunmehr ist auch der Erlaß eines Steckbriefes hinter dem flüchtigen angeordnet worden. Da manche Geschäftsleute von dem Eingehalten des Schwindelgeschäfts nichts wissen und bis in die letzte Zeit hinein noch Warenproben sandten, so erscheint eine Warnung dringend notwendig, zumal es nicht ausgeschlossen ist, daß der Italiener sein Betrugsmanöver in anderen Städten fortsetzt.

**Die Thackerstraße von der Hausburgstraße bis zur Landsberger Chaussee wird wegen Erneuerungsarbeiten an der in dem genannten Teile liegenden Eisenbahnbrücke vom 25. bis 28. d. Mts. (einschließlich) für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.**

**Ein Markenquittungsbuch mit zwei Hebelsteinen, einem Abrechnungsformular und einem Anmeldeformular ist am Montag, den 21. Februar, nachmittags 5 Uhr, von einem Hilfsfahrender der Zentralkrankenkasse der Maurer (Grundstein zur Einigkeit) in der elektrischen Straßenbahn Ring 5 vom Bayerischen Platz in Schöneberg bis Dresdener Straße verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, selbiges im Bureau der Kasse, Engel-Ufer 15, Zimmer 10, abzugeben.**

**Zeugungsfall.** Die Personen, die Zeuge waren, wie am Dienstagnachmittag gegen 1 1/2 Uhr vor dem Hause an der Spandauer Brücke 7 eine alte Frau schwer zu Schaden kam, als sie einen Wagen der Linie 8 besteigen wollte, werden um Angabe ihrer Adressen an Franz Krüger, Schönholzer Straße 10, gebeten.

**Der Besucher des Berliner Aquariums betrachtet mit Bewunderung und Interesse die eigentümlichen vieredigen, handgroßen, flachen, braunschwarzen Gebilde, welche er in einem der kleineren Seetwasserbehälter des oberen Grottinganges aufgehängt sieht. Und nachdem er sich überführt hat, daß dies die Eier eines Fisches, eines Rochens, sind, kann er auch seine Vorfänger, die Erzeuger der Eier kennen zu lernen, stillen. In dem geräumigen Rochenbecken des unteren Grottinganges ist neben anderen Arten auch die Speigies, welche diese Eier liefert, untergebracht. Sie gehört zu den eifigen Rochen, deren Rumpfscheibe mit den Eiern, bis zu der mehr oder weniger zugespitzten Schnauze sich erstreckenden Brustflossen und den unmittelbar hinter ihnen stehenden Bauchflossen eine rhombische oder papierdrachensförmige Platte bildet, von welcher sich der mit zwei kleinen Rückenflossen besetzte Schwanz scharf abhebt. Von ihnen unterscheiden sich die Zitterrochen oder Torpedos schon durch die Leibesform, indem der Vorderkörper mit den Brustflossen eine fast kreisrunde Scheibe darstellt, in welcher zwischen dem Kopf und den Brustflossen jederseits ein elektrisches Organ liegt, dessen Rückenflosse positiv und dessen Bauchseite negativ elektrisch ist und dessen Schläge für den Menschen höchst schmerzhaft sind.**

## Vorort-Nachrichten.

### Wilmerdorf.

**Vom Wilmerdorfer Postwesen.** Schon oft haben wir den konstanten Charakter des Wilmerdorfer Kommunalwesens geschildert, dessen Träger sich vor allen Dingen in sozialpolitischen Angelegenheiten strengem vom umstürzlerischen Geist der neuen Zeit fernhalten. Den kommunalen Zuständen ebendürftig ist das Postwesen dieser mehr als 100 000 Einwohner zählenden Gemeinde. Zwar hat die Stadt jetzt ein neues Postamt in der Altpandier, erhalten; wer jedoch der Hoffnung lebte, daß in dies modern eingerichtete Gebäude auch ein neuer Geist einziehen werde, sah sich gründlich getäuscht. In Berlin gibt es wohl kaum eine Straße, in der die erste Briefpost nicht spätestens gegen acht Uhr erledigt ist. Anders in manchen Stadtteilen von Wilmerdorf, wo statt eines Fortschrittes die Rückschritt zu den Zuständen des alten Köstlichendorfes beliebt wird. Während in der Gegend am Bahnhof Schmarztorf bis zum vorigen Herbst die erste Post gegen acht Uhr ausgegeben war, trat vor einigen Monaten plötzlich eine Aenderung



mit der Wirkung ein, daß die Bewohner, soweit sie überhaupt zu worten in der Lage sind, froh sein müssen, wenn sie um halb neun Uhr ihre Briefe und Zeitungen erhalten haben. Aehnlich geht es im Ostteil Halenses. Glücklicher sind aus unerfindlichen Gründen einige wenige bevorzugte Willandbewohner in der Kaiserallee und der Landhausstraße daran. Diese erhalten, wie das Lokalblatt ohne Widerspruch mitteilen konnte, die vom Postzeitungsamt für sie um 5 1/2 Uhr früh eingehenden Sachen in einer Extrabefehlung zugesandt, ohne daß sie für dies Entgegenkommen eine besondere Gebühr zu bezahlen hätten. Wie sehr die Briefträger es begrüßen, daß sie den acht oder zehn vornehmen Herrschaften schon zu so früher Stunde das Neueste darbieten dürfen, läßt sich denken. So solche Bevorzugung etlichen Wählern erster Klasse zuteil wird, mag es andererseits nicht darauf ankommen, daß sogar die Kohlpöste auf einigen Postämtern nach den Prinzipien der durch Ludwig Börsen berühmt gewordenen Postkutsche bedient wird. An den Postämtern Pragerstraße und Kaiserplatz ist zwar amtlich Kohlpöstebedienung eingerichtet, jedoch sieht sich das „Kohlruch“ aus den Boten zusammen, die von Zeit zu Zeit die aufgeschickten Kohlpöstebriefe nach dem Hauptamt in der Uhländerstraße tragen, von wo aus sie dann endlich den unterirdischen Weg nehmen. Auch mit der Kohlpöstebedienung liegt es zum Teil sehr im Argen. Die auf dem Amt Halensee eingehenden Pakete werden nicht direkt befördert, sondern nach dem Postamt Grünwald gebracht, von wo aus sie erst ihren Weg in die Welt nehmen. So kommt es denn, daß ein nach Berlin adressiertes Paket, das mit Hilfe der Strophenbahn in einer halben Stunde besorgt werden kann, anderthalb bis zwei Tage unterwegs ist, bevor es seine Adresse erreicht. Da von den fünf Postämtern des Ortes vier in höchst unzulänglichen Mietshäusern untergebracht sind, so ist auch die Abfertigung an den Schaltern mit Unständen verknüpft, die man in einer Großstadt für unmöglich halten sollte. Denkt man nun noch an die mancherlei Mißverständnisse und Verwickelungen, die dadurch entstehen, daß der eine Ort Wilmerdorf auf postalischem Gebiet in die drei Orte Berlin W., Wilmerdorf und Halensee geteilt ist, so wird man zu dem Schluß kommen, daß die preussische Eigenart des Rückschritts, deren freie Entfaltung Bethmann Hollweg in seiner Wahlrechtsrede so schön zu preisen wußte, im Wilmerdorfer Postwesen zu derartiger Strammheit gebiethen ist, daß der seltsame Stephan alle Ursache hat, sich vor Freude im Grade umzudrehen.

### Wilmerdorf-Halensee.

Ueber die gegenwärtige politische Lage referierte in einer am Sonntagmorgen in Halensee in den Wilmerdorfer Festsälen, Johann Georg, 19. staatsgerichtlichen öffentlichen Versammlung Genosse Fritz Jubeil. In treffenden Worten kritisierte der Referent die jetzige politische Lage im Reichstag und ebenfalls die neue preussische Wahlrechtsvorlage. Besonders forderte er die Frauen zur Teilnahme am Wahlrechtskampf auf. Daraus brachte der Gesangsverein „Sorgenfrei“ Kampflieder zum Vortrag. Nach Schluß der Versammlung blieben die Anwesenden noch beim Tanz einige Stunden gemüthlich beisammen.

### Charlottenburg.

Die schon häufig gerügte Unstille der Kinder, sich an vorüberfahrende Fuhrwerke anzuhängen, hat vorgestern zu einem bedauerlichen Unfall geführt, dem der 6jährige Sohn Baldemar des in der Herderstraße 14 wohnhaften Konditoreibesitzers Pulwit zum Opfer fiel. Der Knabe war auf das feilliche Krücheltisch eines Müllwagens gestiegen und kam, als er abspringen wollte, zu unglücklich zu Fall, daß er unter den Wagen geriet. Die Räder des schweren Gefährts gingen dem Kleinen über Kopf und Brust hinweg und führten seinen sofortigen Tod herbei.

### Rixdorf.

Von einem Pferde getötet wurde vorgestern der 26jährige Transportbegleiter Hermann Müller. Er hatte einen Transport Reitpferde nach der Provinz Ostpreußen überzuführen. Auf dem Rixdorfer Güterbahnhof, wo die Tiere verladen werden sollten, schaute eines der Pferde vor einer abfahrenden Lokomotive, schlug aus und traf den M. mit solcher Wucht gegen den Unterleib, daß er bestunngelos auf der Stelle zusammenbrach. Der Verunglückte wurde nach seiner Wohnung übergeführt, wo er wenige Stunden darauf an den Folgen der erlittenen Verletzung verstarb.

### Schöneberg.

Der Umsatz auf dem Schöneberger Grundstücksmarkt hat sich seit Beginn dieses Jahres überaus lebhaft gehandelt. Am meisten bevorzugt erweist im Hinblick auf Untergrundbahn, Rathausneubau und Stadtpark die westliche Fortsetzung des Bagerischen Viertels. Der Gesamtumsatz in ungebauten Grundstücken betrug 1888 950,50 M., die Verkäufe bebauter Grundstücke erstreckten sich auf das gesamte Stadtgebiet, mit Ausnahme des Friedenauer Ortsteiles, wo ein reger Markt wohl mit der Erschließung des Südgeländes einziehen dürfte. Für bebauten Grundstücke wurden seit Beginn des Jahres 8 269 000 M. erzielt. Am lebhaftesten war der Umsatz auch hier im Berliner Ortsteil und im Bagerischen Viertel.

Verbraunt ist vorgestern die zweifelhafte Tochter des Feuerwehmannes Rudolf aus der Ebersstraße. Während die Frau M. nachmittags ihrem Mann Essen brachte, öffnete ihr ältester vierjähriger Sohn die Ofentür, wobei einige glühende Kohlen herausfielen und das Bett, in dem das Kind lag, in Brand setzten. Auf das Geschrei der Kinder drangen einige Hausbewohner gewaltfam in die Wohnung und erlösten das Feuer. Das jüngste Kind hatte aber bereits am ganzen Körper so schwere Brandwunden erlitten, daß es im Augusta-Viktoria-Krankenhaus kurz nach seiner Einlieferung dortselbst verstarb.

Die „Freie Jugendorganisation Schöneberg“ veranstaltet am Sonntag, den 27. Februar, nachmittags 5 Uhr, in den Gesamträumen von Nietzsch Festsälen einen großen Unterhaltungsabend mit nachfolgendem gemüthlichen Beisammensein und Tanz. Eintritt für Erwachsene 25 Pf., für Jugendliche 15 Pf. Die Parteigenossen werden ersucht, sich an dieser Veranstaltung möglichst zahlreich zu beteiligen.

### Groß-Lichterfelde.

Die Wahlen zur Gemeindevertretung sind nunmehr amtlich publiziert. In der dritten Abteilung, die für die Arbeiterklasse nach den örtlichen Verhältnissen allein in Frage kommen kann, ist diesmal nur ein einziger Gemeindevertreter zu wählen und zwar im östlichen Bezirk. Die vereinigten bürgerlichen Wahlausschüsse haben sich wieder auf den bisherigen Gemeindevertreter, den Schmiedemeister Thiel, einem erzeptionären konservativen Mittelstandspolitiker, als Kandidaten geeinigt. Der sozialdemokratische Wahlverein hat den Genossen Wenzel, Krumme Straße 2, als Kandidaten der Sozialdemokratie proklamiert.

Da aller Voraussicht nach weitere Kandidaturen nicht in Frage kommen, muß die Entscheidung schon im ersten Wahlgang erfolgen. Die Arbeiterschaft muß alles daran setzen, den Sieg ihres Kandidaten herbeizuführen, endlich Wresche zu legen in das ihnen bisher verschlossen gewesene Gemeindeparlament. Alle Parteigenossen müssen bis zum Tage der Wahl die Agitation energisch betreiben, die Launen und Gleichgültigen aufzuwecken, ihnen klarzumachen, daß Wahlrecht Wahlpflicht bedeutet. Die äußeren Umstände, die jetzige politische Situation, die das Volk in Spannung und Erregung erhalten, sind der Wahlbewegung günstig.

Die kurze Frist bis zur Wahl muß daher zur intensivsten Agitation ausgenutzt werden. Die Wahl findet am Mittwoch, den 2. März, von 8-8 Uhr im Henningschen Saale, Jungfernstieg 5 (Dsbahnhof) statt.

### Wris.

Die Gemeindevertretung nahm in ihrer letzten Sitzung die Wahl eines Schöffen vor. Der bisherige Gemeindevorsteher Herr Franz Späth legte wegen mangelnder Gesundheit sein Amt mit dem

7. Februar d. J. nieder. Die Wahl fiel auf Herrn Wendt. Hierauf beschäftigte sich die Vertretung mit der Abänderung des Ortsnamens in Berlin-Brig. Der Vorsitzende verlas hierzu ein Schreiben aus den Kommissionsverhandlungen, woraus zu entnehmen ist, daß die Anregung von Deutsch-Wilmersdorf ausgeht. Der Antrag, daß künftig Brigg der Name Berlin vorausgesetzt werden soll, fand einstimmige Annahme. Alsdann legte der Vorsitzende den Entwurf eines Ortsstatuts betreffend die Aufbringung der Straßenerhaltungskosten usw. in Brigg auf Grund des § 9 des Kommunalabgabengesetzes vor. Wegen der Wichtigkeit dieser Angelegenheit wurde eine gründliche Durchberatung in der Kommission empfohlen und auch angenommen. Bezüglich der Einführung eines Einheitspreises für Gas vom 1. April 1910 ab wurden vom Vorsitzenden 14 Pf. für Koch- und Leuchtgas empfohlen. Er bemerkte hierzu, daß dadurch den Hausbesitzern bei der Gasanlage gewisse Vorteile geboten würden. Auch bleibe dem Abnehmer die Miete für den zweiten Gasmesser erspart und der Verwaltung der Gasanstalt die doppelte Kontrolle. Für Kraftgasde kann die Verwaltung, wenn der Abnehmer einen jährlichen Verbrauch von 3000 Kubikmeter nachzuweisen hat, den Kubikmeter mit 12 Pf. berechnen. Es soll somit der elektrische Kraft kein Vorzug gegeben werden. Der Automatenpreis von 10 Pf. bleibt bestehen. Genosse Rißing verlangte einen Einheitspreis von 18 Pf. Diesen Antrag bekämpften die Herren Grau und Kuppler; sie betonten, daß vorläufig 14 Pf. genommen werden müssen, um die Rentabilität des Unternehmens zu sichern. Es wurde somit der Einheitspreis von 14 Pf. gegen die Stimmen der Genossen Rißing und Schliebig angenommen.

### Schlachtensee.

Erschossen aufgefunden wurde am vorgestrigen Tage auf einer Bank am Schlachtensee der 28jährige Kunstmalers Karl Beddies, der sich durch einen Schuß in das Herz getötet hatte. Als Grund zu dem Selbstmord werden schlechte pekuniäre Verhältnisse angegeben. Bei der Leiche wurde nur ein Portemonnaie vorgefunden, das einen Pfennig enthielt.

### Lichtenberg.

Der Etat der Stadt Lichtenberg für das Rechnungsjahr 1910 balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 13 000 000 M. Obwohl im letzten Jahre die Beamten- und Lehrgelöhler erheblich aufgebessert sind und auch eine Erhöhung der Arbeiterlöhne herbeigeführt ist, war die Balanzierung möglich, ohne die Gemeinde-Einkommensteuer, die wie im vorigen Jahre nur 100 Proz. beträgt, zu erhöhen; auch eine Erhöhung der Grundwertsteuer war nicht erforderlich. Trotzdem standen dem Magistrat aus Betriebsüberschüssen der städtischen Werke noch rund 70 000 M. zur Verfügung. Der Ausgleichsfonds, der etwa 300 000 M. beträgt und im vorigen Jahre mit 78 000 M. herhalten mußte, braucht daher diesmal nicht in Anspruch genommen zu werden.

### Röpenitz.

Die Leiche eines unbekanntes Mannes wurde vorgestern im Köpenicker Forst in der sogenannten Totenecke an einem Baume hängend aufgefunden. Der Selbstmörder ist circa 40 Jahre alt, 1,70 Meter groß, hat hochstehendes, schwarzes Haar, graumeliertes Schnurrbart und trägt ein doppeltes Bruchband. Bei dem Lebensmüden, der anscheinend dem Arbeiterstande angehört, wurden keinerlei Wertgegenstände oder Legitimationspapiere vorgefunden.

### Zegel.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung nochmals mit der am 15. November d. J. beschlossenen Umsatz- und Verzinsungssteuerordnung. Der Landrat hat bekanntlich eine Abänderung der beschlossenen Ordnung verlangt. Diefem Verlangen kam die Vertretung, damit die Vorlage endlich unter Dach und Fach gebracht werden konnte, nach.

## Gerichts-Zeitung.

### Der Revolver im Gerichtssaal.

Bedrohliche Absichten schien ein Angeklagter zu haben, der gestern im Verhandlungszimmer der zehnten Strafkammer des Landgerichts I Berlin einige Aufregung verursachte. Der Kaufmann Stanfemeyer war wegen verschiedener Vergehen angeklagt. Er zeigte schon während der Verhandlung ein aufgeregtes Wesen. Als sich nach Stellung des Straftrages seitens des Staatsanwalts das Gericht zur Beratung zurückgezogen hatte, bemerkte der Gerichtsdienner Martin, daß der Angeklagte im Anklageraum sich in verdächtiger Weise mit dem Auswickeln eines in Papier gehüllten Gegenstandes zu schaffen machte. Es war ein Revolver, der zwar noch nicht geladen war, zu dem aber der Angeklagte drei scharfe Patronen bei sich führte. Noch ehe er dazu kam, diese in den Revolver einzufügen, wurde ihm der letztere entrispen und somit drohendes Unheil verhütet. Ob der Angeklagte die Absicht hatte, im Gerichtssaal einen Selbstmord zu begehen, oder ob er die Schusswaffe gegen einen der Prozeßbeteiligten richten wollte, muß dahingestellt bleiben, da der Angeklagte sich ausschwig. Dieser Vorgang, der unwillkürlich die Erinnerung an die Mordtat im Reichsgerichtsgebäude wach rief, hat Anlaß zu Erwägungen gegeben, ob zum Schutze des Gerichts eine Untersuchung darüber vor der Verhandlung stattzufinden hat, ob ein Angeklagter Schuß- oder sonstige Waffen bei sich führt.

### Ein Revolverjournalist.

Mit dem gemeingefährlichen Treiben eines Preshpiraten hatte sich gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Liepmann zu beschäftigen. Wegen vollendeten und versuchten Betruges war der „Journalist“ und Rechtskonsulent Richard Henze aus Brigg angeklagt.

Der früher in Rixdorf wohnhafte Angeklagte ist Inhaber eines Rechtsbureau und versuchte aus Gerichtsberichten. Vor längerer Zeit tauchte das Gerücht auf, daß der Angeklagte sich nach der Sitzung an betrunkenen Angeklagte herantränge und Geld für die Verschweigung von Artikeln verlange. Da ihm jedoch nichts direkt nachzuweisen war, konnte der Angeklagte sein unfauberes Handwerk ruhig fortsetzen, bis ihn eines schönen Tages sein Schicksal ereilte. Vor dem Schöffengericht war der Bäckermeister G. wegen Diebstahls angeklagt gewesen und zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Nach der Verhandlung erschien Henze in dem Geschäft des G. und erklärte, daß er beauftragt sei, nicht nur für die Rixdorfer, sondern für sämtliche Berliner Zeitungen einen Bericht zu liefern. Er wolle jedoch ausnahmsweise von der Veröffentlichung Abstand nehmen, wenn ihm der dadurch entstandene Schaden erstattet werde. Er habe Macht über alle Zeitungen und könne eine Veröffentlichung verhindern, wenn ihm 45 M. gezahlt würden. G. glaubte in seiner Angst vor der Klage den Angaben des Schwindlers und zahlte an ihn 20 M. Er war jedoch nicht wenig erstaunt, als am nächsten Tage der Verhandlungsbericht trotzdem im Rixdorfer Tageblatt und im „Vorwärts“ erschien. Trotz dieses wohlverdienten Reinfalles zögerte G. aus Furcht vor weiteren Mißstellungen, gegen den betrügerischen Preshpiraten Anzeige zu erstatten.

In einem zweiten Falle handelte es sich um eine Milchhändlerin Frau M., die vom Schöffengericht wegen Nahrungsmittelverfälschung verurteilt worden war. Der Angeklagte drängte sich auch an diese heran und gab sich als „Gerichtsdirektor“ einer „Rixdorfer Zeitung“ aus. Unter Hinweis auf ein Manuskript erklärte er der geängstigten Frau, daß ihre Sache in die Zeitungen käme, wenn sie nicht zahle. Als er dann von der Frau 4 M. erhalten hatte, geriet er das angebliche Manuskript vor ihren Augen.

In zwei anderen Fällen wendete sich Henze schriftlich an betrunkenen Personen und bot ihnen an, „unter Garantie“ dafür sorgen zu wollen, daß die Verhandlungen gegen sie nicht veröffentlicht würden.

Der „Vorwärts“ hatte in einem Falle festgestellt, daß ein Bericht des Angeklagten, nachdem dieser vergeblich ein Schweigegeld verlangt hatte, verfaßt war. Er teilte dies seinen Lesern mit dem gleichzeitigen Bemerkten mit, daß er selbstverständlich von diesem Mann Berichte nicht mehr aufnehmen werde. Dadurch kam die Klage ins Rollen. Der Vorsitzende des Rixdorfer Amtsgerichts, Gerichtsassessor Ulrich, wies ihn aus dem Gerichtssaal.

Gegen Henze wurde Anklage wegen versuchten und vollendeten Betruges in je zwei Fällen erhoben. Das Schöffengericht nahm jedoch nur zwei Betrugsfälle als erwiesen an und verurteilte den Angeklagten, trotzdem dieser schon wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung mit 10 Tagen Gefängnis vorbestraft ist, zu der milden Strafe von 200 Mark Geldstrafe. Hiergegen legte der Staatsanwalt und auch der Angeklagte Berufung ein. In der gestrigen Verhandlung beantragte Staatsanwaltschaftsrat Fabst das Verfahren auf Erpressung ausdehnen, da der Angeklagte in zwei Fällen offenbar nur durch die Drohung mit einer Veröffentlichung des Schweigegeld erhalten habe. Mit Rücksicht auf das überaus gemeingefährliche und betworfliche Treiben des Angeklagten beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Das Gericht hielt es jedoch für angebracht, nicht auf eine Gefängnisstrafe zu erkennen, da der Angeklagte nur geringfügig vorbestraft sei. Das Urteil lautete wegen vollendeten Betruges in einem und versuchten Betruges in zwei weiteren Fällen auf 300 M. Geldstrafe.

Eine außerordentlich milde Strafe, zumal sämtliche Tatbestandsmerkmale einer Erpressung vorliegen. Hätte die Staatsanwaltschaft die Anklage von vornherein wegen Erpressung erhoben, so wäre wohl eine Verurteilung wegen dieses Delikts, dessen Mindeststrafe einen Monat beträgt, erfolgt.

### Autounfall.

Der Handelsmann Stengert hatte an einem Abend mit mehreren Familienmitgliedern und Bekannten auf seinem Break einen Ausflug nach Wannsee gemacht. Auf der Heimfahrt passierte ihnen zwischen Wannsee und Beelitzhof ein Unfall. Der für zwei Beteiligte recht schlimme Folgen gehabt hat. Die Ausflügler waren in froher Stimmung und die mitfahrenden Kinder sangen heitere Lieder, als plötzlich der Gesang durch ein lautes Angstgeschrei abgelöst wurde. Die Insassen des Breaks sahen hinter sich ein schlecht beleuchtetes Automobil, welches ohne mit der Hupe ein Zeichen zu geben, in sehr schneller Fahrt direkt auf den Wagen zufohr. Der Führer des Automobils, Chauffeur Wäkt, versuchte zwar noch im letzten Augenblick, den Kraftwagen durch Bremsen zum Stehen zu bringen, er hatte ihn aber nicht mehr in seiner Gewalt. So kam es zu einem heftigen Zusammenstoß. Das Break wurde in die Höhe gehoben und beinahe ganz zertrümmert. Zwei Damen wurden bei der Festigkeit des Zusammenstoßes aus dem Wagen geschleudert und erlitten nicht unbedeutende Verletzungen. Die eine, ein junges Mädchen, hat vier Wochen im Krankenhaus zubringen müssen, die andere, Frau Stengert, leidet noch heute an heftigen Kopfschmerzen infolge des Unfalls. Der Angeklagte suchte sich durch die Behauptung zu entschuldigen: an dem Break müsse die Laterne verkehrt gelichtet haben, so daß er geblauht habe, das Fuhrwerk sahre nicht in seiner Fahrtrichtung, sondern komme ihm entgegen. Infolgedessen sei er falsch abgebogen und dadurch sei das Unglück entstanden. Das Schöffengericht bestrafte ihn mit 150 M. Geldstrafe. Der Chauffeur legte Berufung ein, die gestern von der Strafkammer des Landgerichts III Berlin verworfen wurde. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dr. Barnatsch ließ den Angeklagten nicht im Zweifel darüber, daß er zu Gefängnis verurteilt worden wäre, wenn die Strafkammer als erste Instanz zu urteilen gehabt hätte.

## Vermischtes.

### Zu dem dreifachen Mord,

über den wir gestern berichteten, wird noch aus D D e n b u r g vom gestrigen Tage gemeldet: Nach dem Geständnis, das der jugendliche Mörder Adolf Denker heute vor dem Untersuchungsrichter abgelegt hat, besteht kein Zweifel mehr, daß die Tat mit Vorsatz ausgeführt hat. Er hatte schon am Abend das Weil bereitgelegt und den Mord um 6 Uhr früh ausgeführt. Zunächst erschlug er den neben ihm im Bette liegenden Bruder und begab sich dann in die Schlafkammer der Eltern. Er erschlug und erschlug seinen Vater und dann die erwachende Mutter. Gegen 8 Uhr wurde er in der elterlichen Wohnung wegen des Einbruchdiebstahls verhaftet und zur Polizeiwache geführt, wo er die ersten Angaben über die grausige Tat machte. Die drei Leichen wurden gestern Abend in das Hospital geschafft und heute mittag dort beizet.

Von einer Lawine verschüttet. Die drei am großen St. Bernhards vermissten Arbeiter wurden, wie aus V e r n gemeldet wird, von Mönchen des Hospizes mit ihren Bernhardsiner Hunden als Leichen in einer Lawine aufgespürt und ausgegraben.

Mit Mann und Maus untergegangen. Aus Rom wird gemeldet: Der Hafenkommandant von Castellamare erhielt die Meldung von dem Verlust des Handelsdampfers „Giampa“. Der „Giampa“ war am 12. Oktober von Castellamare nach Schweden abgegangen und am 6. Januar in der Nähe von Kingston zum letzten Male gesehen worden. Dann hatte man seine Spur verloren. Der „Giampa“ ist mit Mann und Maus in der Nordsee untergegangen.

Verkehrsstörungen infolge Erdbebens. Pariser Meldung zufolge wurde die Eisenbahnstrecke zwischen Gournay und Maulins durch einen gewaltigen Erdbeben vollständig verschüttet, so daß der Verkehr unterbrochen ist. Enorme Erdmassen sind noch im Fluss begriffen.

Lawinenkatastrophe auf Island. Auf der friedlichen Insel Island hat sich ein schweres Unglück ereignet. Wie ein Telegramm aus Reykjavik meldet, hat im Quisfödal am Isafjord eine Lawine zwei Häuser fortgerissen, wobei dreißigwanzig Menschen umgekommen sind.

In einer Erdhöhle getötet. Wie aus Brunn berichtet wird, wurde in Vlassko eine arme Familie, bestehend aus Vater, Tochter und deren Kind, welche in einer Erdhöhle wohnten, verschüttet und alle drei Personen getötet.

## Eingegangene Druckschriften.

Feuertunten. Eine Dichterjugend. Schillers Briefe bis zu seiner Verlobung. Von G. Brandenburg. 1,80 M. B. Langenische-Brandt, Ebenhausen b. München.

Meggendorfer-Blätter. Nr. 1000. Jubiläumsummer. 80 Pf. München, Heilmannstr. 47.

Die Wohnungsfrage als Kulturproblem von Graf Pasadowitz. 50 Pf. — Wir und die Japaner von Prof. B. Dörsin. 50 Pf. — Geschichtliches über den Alkoholismus von Dr. G. B. Gruber. 1 M. G. Reinhardt, München.

Der Apothekerberuf. Sonderabdruck aus dem Zentralblatt für Pharmazie und Chemie. Verband lomb. Apotheker, Nürnberg, Gabelstr. 27.

Reichsches Werke und das Reichs-Archiv. Von Dr. A. Dehler. A. Kröner, Leipzig.

Reform-Blätter. Nr. 2. 30. Monatsblatt für alle hygienischen Reformen. Jahrg. 3. R. R. König, Hannover.

Geschäftsbericht und Jahresabrechnung 1909. Berlin, Zentralverband der Schmiede. 76 Seiten.

Geschäftsbericht für das Jahr 1909. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Solingen. 32 Seiten. Verlag: G. Pankowitsch, Solingen.



